

Genehmigt: 20.10.2022

Protokoll 15

Stadtratssitzung

Donnerstag, 01.09.2022, 17.00 Uhr und 20.00 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Traktandum	Seite
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.30 Uhr	932
Mitteilungen des Vorsitzenden	933
1 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2023–2026.....	933
2 Produktegruppen-Budget 2023 (Abstimmungsbotschaft).....	934
Präsenzliste der Sitzung 20.00 bis 22.45 Uhr	967
1 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2023–2026.....	968
2 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2023 (Abstimmungsbotschaft).....	968
Verschobene Traktanden	998
Eingänge.....	999

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Jelena Filipovic	Szabolcs Mihalyi
Yasmin Amana Abdullahi	Jemima Fischer	Tanja Miljanovic
Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Alina Irene Murano
Janina Aeberhard	Lionel Gaudy	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Franziska Geiser	Halua Pinto de Magalhães
Lena Allenspach	Thomas Glauser	Tabea Rai
Katharina Altas	Claude Grosjean	Simone Richner
Ruth Altmann	Lukas Gutzwiller	Mirjam Roder
Ursina Anderegg	Bernadette Häfliger	Sarah Rubin
Mirjam Arn	Erich Hess	Michael Ruefer
Tom Berger	Michael Hoekstra	Kurt Rügsegger
Nicole Bieri	Thomas Hofstetter	Remo Sägesser
Diego Bigger	Seraphine Iseli	Mahir Sancar
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
Laura Binz	Anna Jegher	Florence Schmid
Gabriela Blatter	Barbara Keller	Sara Schmid
Regula Bühlmann	Ingrid Kissling-Näf	Ursula Stöckli
Michu Burkard	Fuat Köçer	Therese Streit-Ramseier
Eva Chen	Nora Krummen	Bettina Stüssi
Francesca Chukwunyere	Anna Leissing	Michael Sutter
Nicole Cornu	Corina Liebi	Ayse Turgul
Milena Daphinoff	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Sibyl Martha Eigenmann	Simone Machado	Janosch Weyermann
Vivianne Esseiva	Salome Mathys	Marcel Wüthrich
Alexander Feuz	Matteo Micieli	

Entschuldigt

Dolores Dana	Ueli Jaisli	Claudio Righetti
Thomas Fuchs	Nora Joos	

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel
Christine Otis, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Mitteilungen des Vorsitzenden

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich begrüße Sie zum ersten Teil der Budgetdebatte. Es ist eine Stadtratssitzung, die den Ölmagnaten und Kulturförderer Jean-Paul Getty doppelt Lügen straft. Er sagte nämlich einst: «Über Geld spricht man nicht» – das war sein erster Irrtum, wie die heutige Debatte zeigt, und der zweite Teil des Satzes lautete: «Man hat es.» Auch diesbezüglich irrt er sich, was die Stadt Bern betrifft.

Wir begrüßen Lionel Gaudy, der zurück im Rat ist, herzlich willkommen.

Eine Mitteilung zum Stadtratsausflug von nächster Woche: Sie haben alle die Unterlagen per Mail erhalten. Jene, die sich noch nicht angemeldet haben, bitte ich, dies unbedingt noch nachzuholen. Zudem haben Sie das Mail hoffentlich gut durchgelesen, die Wetteraussichten sehen nicht wahnsinnig gut aus. In dem Fall wird es von Vorteil sein, wenn Sie regensichere Kleidung dabei haben.

Ich weise darauf hin, dass heute Franziska Rothenbühler von Bund und BZ im Ratssaal fotografieren wird. Falls Sie nicht auf den Fotos sein möchten, müssten Sie dies direkt Frau Rothenbühler melden.

Rücktritte habe ich keine zu verkünden und auch keine neuen Mitglieder im Rat zu begrüßen. Wir haben auch keinen Geburtstag zu feiern. Gestern hatte Ayse Turgul Geburtstag, ich gratuliere ihr nachträglich herzlich.

Applaus im Saal.

Unten in der Wandelhalle stehen für Sie Lunchpakete bereit, schön angeschrieben und mit einer Wasserflasche drin. Ich danke dem Ratssekretariat recht herzlich für den Mehraufwand, der dafür geleistet wurde. Hierzu ein wichtiger Hinweis: Wir sind hier im Ratssaal beim Kanton eingemietet und der Kanton hat die Regelung, dass man im Ratssaal nicht essen und keine offenen Getränke konsumieren darf. Dies zur Erinnerung.

Wenn Sie bereits am Platz sind, aber das Einbadgen vergessen haben sollten, bitte ich Sie, dies im Verlauf der Debatte noch nachzuholen, besten Dank. Für die Einreichung von Vorstössen gelten wie immer die folgenden Zeiten: Dringliche Vorstösse können bis 21.00 Uhr, die übrigen bis 21.30 Uhr eingereicht werden.

Zu den heutigen einzigen Traktanden 1 und 2, integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2023–2026 und das Produktegruppenbudget (PGB) 2023. Sie haben einen Ablauf erhalten, wie wir uns die Sitzung heute vorstellen. Wir halten uns an diese Ablaufplanung. Wir beginnen mit der Grundsatzdebatte zum IAFP und PGB.

- Die Traktanden 1 und 2 werden gemeinsam behandelt. –

1 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2023–2026

2021.FPI.000091

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2023–2026.

Bern, 23. März 2022

Anträge, Beschlüsse und Voten siehe Traktandum 2

2 Produktegruppen-Budget 2023 (Abstimmungsbotschaft)

2022.FPI.000072

Gemeinderatsantrag

1. Er genehmigt die Vorlage und beantragt den Stimmberechtigten der Stadt Bern, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - 1.1. Die Stimmberechtigten beschliessen das Produktegruppen-Budget 2023 des Allgemeinen Haushalts für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 1 329 931 703.88, einem Ertrag von Fr. 1 301 323 931.80 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 28 607 772.08. Sie legen die Steueranlage unverändert auf das 1,54-fache der einfachen Steuer und die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts fest.
 - 1.2. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Tierpark für das Jahr 2023 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 10 214 912.78 und einem ausgeglichenen Ergebnis.
 - 1.3. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 39 233 142.84, einem Ertrag von Fr. 38 317 750.00 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 915 392.84.
 - 1.4. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 71 086 541.22, einem Ertrag von Fr. 112 956 650.00 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 41 870 108.78.
 - 1.5. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 29 602 820.87, einem Ertrag von Fr. 28 658 360.40 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 944 460.47.
 2. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.
- Bern, 29. Juni 2022

Grundsatzdebatte zu Traktandum 1 und 2

Anträge Grundsatzdebatte

1	SVP	PGB	Rückweisung: Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, 50 Millionen einzusparen; dies unter Ausarbeitung einer Verzichtplanung insbesondere und Priorisierung der Aufgaben. Es sind weitere unnötig teure Sanierungen zurückzustellen und die Projekte entsprechend anzupassen und/oder definitiv zu verzichten.
2	SVP	PGB	Eventual-Rückweisung: Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, den Steuersatz ist von 1.54 auf 1,49 zu senken; das Budget 2023 darf kein Defizit ausweisen; es dürfen keine neuen Aufgaben (ohne Kompensation) übernommen werden; es sei eine Verzichtplanung insbesondere bei Investitionen vorzulegen, dabei sei zu priorisieren, welche Ausgaben vorangestellt werden sollen; dies unter Angabe der entsprechenden Gründe.
3	Die Mitte, FDP/JF	PGB	Rückweisung: Das Produktgruppenbudget 2023 wird vom Stadtrat an den Gemeinderat zur Überarbeitung mit folgenden Auflagen zurückgewiesen: 1. Sparmassnahmen werden grundsätzlich aufwandseitig vorgenommen. 2. Auf die Einführung oder Erhöhung von Steuern und Gebühren ist zu verzichten. 3. Personal- und Sachkosten werden auf dem Stand von 31.12.2022 eingefroren.

4	GLP/JGLFPGB		<p>Rückweisung: Der Gemeinderat wird aufgefordert dem Stadtrat ein Budget vorzulegen, das dem Grundsatz des Vorsichtsprinzips gerecht wird und insbesondere die Erwartungen korrigiert bezüglich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Feuerwehrabgabe - der Steuereinnahmen juristischer Personen - der Inflation
5	SVP	PGB	Allfällige vom Stadtrat zusätzlich zum Antrag des Gemeinderats beschlossene Anträge, die zu Mehrausgaben für die Stadt führen, seien – sofern der Antragsteller keine andere Kompensationsvariante vorsieht, vollumfänglich bei der Verkehrsplanung und/oder der BSS und im Kulturbereich zu kompensierten, wobei der Gemeinderat entscheiden soll, wo und in welchem Umfang die Mehrausgaben jeweils kompensiert werden.
6	GB/JA!	IAFP	Es seien Massnahmen für den Gesundheitsschutz und die Entlastung des Personals zu ergreifen. So seien auf weitere Sparmassnahmen beim Personal (insb. Stellenabbau) zu verzichten, wo es die Gesundheit der Arbeitnehmenden erfordert, seien abgebaute Stellen wieder einzustellen.
7	GB/JA!	IAFP S. 12f.	Auf die zwingende Einhaltung der Steuerungsinstrumente der Finanzstrategie, insb. bezüglich Bruttoverschuldungsanteil, Selbstfinanzierungsgrad sowie positive Erfolgsrechnung sei zu verzichten, bis der Investitionsrückstand aufgeholt ist.
8	GB/JA!	IAFP	In der Jahresrechnung sei der Stand der Umsetzung der ursprünglich in IAFP und MIP geplanten Investitionen auszuweisen.
9	SVP	IAFP	Die Stadt verzichtet im Sinne des Erhalts der wertvollen grünen Lungen und zur Verbesserung des Stadtklimas auf die Überbauung Gaswerkereal. Davon sind positive Finanzeffekte zu erwarten.
10	SVP	IAFP	Die Stadt schafft im Gaswerkereal einen grossflächigen Marzilipark als wertvolle grüne Lunge und zur Erweiterung des Naherholungsgebiets und des Bads Marzili. Davon sind positive Finanzeffekte zu erwarten.
11	SVP	IAFP	Die Stadt reduziert ihre hohen Wachstumsziele und setzt sich prioritär für die Interessen und Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung ein.
12	SVP	IAFP	Die Stadt passt die Planung Tram Bern Ostermundigen an und prüft Alternativen, die den Erhalt der Alleen sichern. Dadurch sind positive Finanzeffekte zu erwarten.
13	SVP	IAFP	Die Stadt stellt auch die in öffentlichem Eigentum stehenden Alleen und Bäume unter Schutz. Dadurch sind positive Finanzeffekte zu erwarten.
14	Die Mitte, FDP/JF	IAFP	Die Verschuldung wird eingefroren auf auf dem Stand per 31.12.2022
15	Die Mitte, FDP/JF	IAFP	Die wiederkehrenden Kostenfolgen der allfälligen Fusion mit Ostermundigen sind im IAFP transparent abzubilden.
16	FDP/JF, Die Mitte	IAFP S. 10	Gemäss S. 10 des IAFP erbringt die Stadt Bern «Leistungen, welche über das gesetzliche Minimum und kantonale Vorgaben hinausgehen und mit entsprechenden Mehrausgaben verbunden sind.» In künftigen IAFPs bzw. AFPs ist transparent auszuweisen, um welche Leistungen es sich hierbei handelt und welche Ressourcen

			cen einschliesslich Personalaufwand mit diesen Leistungen verbunden sind.
17	FDP/JF	IAFP	Der Gemeinderat wird aufgefordert, die vorhandenen Personalressourcen der Verwaltung bestmöglich zu nutzen und die Anzahl FTE für die Planjahre (2023-2026) nur zu erhöhen, falls dies unumgänglich ist. Auf einen weiteren freiwilligen Stellenausbau ist zu verzichten.
18	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Für Stadtberner Personal, das Jahreseinkommen über brutto CHF 120'000 bezieht, ist die Vertrauensarbeitszeit einzuführen.
19	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Die Arbeitszeiten der Stadtangestellten sind marktüblichen Konditionen anzupassen. Für die Definition der Marktüblichkeit sollen auch die Konditionen der Privatwirtschaft berücksichtigt werden.
20	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Das Pensionsalter der Verwaltungsangestellten ist auf dasjenige in der Bundesgesetzgebung vorgesehene Alter (zurzeit 65 Jahre für Männer und 64 Jahre für Frauen) festzulegen.
21	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Auf die geplante Realloohnerhöhung im Umfang von CHF 3'300'000 ist zu verzichten.
22	FDP/JF	IAFP	Die Aufgabenüberprüfung (Durchleuchtung von Leistungen, insbesondere auf Synergien und Doppelspurigkeit hin) ist prioritär durchzuführen. Wo Überschneidungen von Aufgaben festgestellt werden, sind diese zu beseitigen.
23	FDP/JF	IAFP	Die künftige Verschuldung ist derart auszugestalten, dass sie innerhalb eines Konjunkturzyklus amortisiert werden kann.
24	Die Mitte, FDP/JF	IAFP S. 13	Im IAFP ist festzuhalten, dass die Wirtschaftsförderung ein wichtiges Ziel ist und es ist aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen dieses erreicht werden soll.
25	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Unter Ziff. 5.4 «Chancen und Risiken» (S. 32) ist zu erwähnen, dass das Steuersubstrat aufgrund der Wohnbaupolitik des Gemeinderats tendenziell abnehmen wird.
26	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Die Stadt Bern hat Standorte für Mobilfunkantennen auf städtischen Gebäuden zu ermöglichen. Die entsprechend einbringlichen Mieteinnahmen sind neu im Budget einzustellen.
27	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Die Abgabe der Durchgangsstrassen an den Kanton ist zu initialisieren und auszuführen.
28	FDP/JF, Die Mitte, SP/JUSO	IAFP S. 235	Das Projekt Sportplatz Lory ist wieder in die mittelfristige Investitionsplanung (MIP) aufzunehmen.
29	FDP/JF	IAFP S. 235	In der Investitionsplanung (MIP) sind für das 2023 insgesamt CHF 1'500'000.00 für Verkehrsberuhigungsmassnahmen (mehrheitlich Begegnungszonen) eingestellt. Die Errichtung weiterer Begegnungszonen ist zu sistieren bis der Selbstfinanzierungsgrad der städtischen Investitionen mindestens 70% beträgt.
30	JUSO, JA	IAFP	Die Stadt Bern achtet ab sofort bei Sanierungsprojekten darauf, klimafreundliche Materialien zu verwenden. Bei Sanierungen werden die Einrichtungen und Infrastruktur möglichst der Kreislaufwirtschaft zugeführt. Zudem nimmt die Stadt Bern klimafreundliche Materialien als Bedingung in ihre Bauverträge auf.
31	GLP/JGLP	IAFP S. 10	Die durch den Gemeinderat zu beschliessende Haushaltsentlastung von MCHF 20 20 Mio. Franken ist bereits 2024 einzuplanen.
32	GLP/JGLP	IAFP	Der Gemeinderat nutzt seine Kompetenz zur Bestimmung des Zeit-

			punktes des Inkrafttretens des revidierten Personalreglement und setzt diese erst in Kraft, wenn das Budget der Stadt Bern nicht mehr defizitär ist.
33	SVP	IAFP	Auf die Einführung neuer Gebühren und Erhöhung im Sinne der Sparmassnahmen sei generell zu verzichten.
34	SVP	IAFP	Die Stadt verzichtet auf Steuer- und Gebührenerhöhungen.
35	SVP	IAFP	Die Stadt priorisiert ihre Ausgabenpolitik und beschränkt sich prioritär auf die notwendigen Ausgaben. Wünschenswerte Ausgaben dürfen nur getätigt werden, wenn die Finanzlage dies zulässt.
36	SVP	IAFP	Der Personalaufwand sei um 5% zu reduzieren.
37	SVP	IAFP	Eventualantrag: Der Personalaufwand sei um 2,5% zu reduzieren.
38	SVP	IAFP	Die Stadt schliesst keine Leistungsverträge mit Organisationen ab, die Personen aus rassistischen Gründen, Gründen der sexuellen Orientierung, aus politischen Gründen diskriminieren. Dadurch sind positive Finanzeffekte zu erwarten.
39	SVP	IAFP	Die Stadt setzt ihre im IAFP beschlossenen Einsparungen konsequent um. Sie gibt ihre bisherige frivole Ausgabenpolitik, die keine Rücksicht auf die kommenden Generationen nimmt, auf.
40	SVP	IAFP	Die neu geschaffenen Stellen seien nach 2 Jahren neu zu evaluieren, und zu überprüfen; sofern sie sich nicht mehr als notwendig erweisen und Verbesserungen möglich sind, unternimmt die Stadt die nötigen Anpassungen. Der Aufsichtskommission des Stadtrats und dem Stadtrat wird Bericht erstattet.
41	SVP	IAFP	Die in den vergangenen 8 Jahren neu geschaffenen Stellen seien neu zu evaluieren und zu überprüfen; sofern sie sich nicht mehr als notwendig erweisen und Verbesserungen möglich sind, unternimmt die Stadt die nötigen Anpassungen. Der Aufsichtskommission des Stadtrats und dem Stadtrat wird Bericht erstattet.
42	SVP	IAFP	Die Stadt verzichtet im Sinne des Erhalts der wertvollen grünen Lungen und zur Verbesserung des Stadtklimas auf die Überbauung wichtiger Grünflächen und schützt die wertvollen historischen Baumalleen. Davon sind positive Finanzeffekte zu erwarten.
43	SVP	IAFP	Die Stadt verzichtet im Sinne des Erhalts wertvoller grüner Lungen und zur Verbesserung des Stadtklimas auf die Überbauung Viererfeld und Mittelfeld. Davon sind positive Finanzeffekte zu erwarten.
44	SVP	IAFP	Die Stadt passt im Sinne des Erhalts der wertvollen grünen Lungen und zur Verbesserung des Stadtklimas die Überbauung Viererfeld und Mittelfeld an und reduziert das Projekt in ganz erheblichem Umfang. Davon sind positive Finanzeffekte zu erwarten.
45	SVP, Die Mitte	IAFP	Die Stadt nimmt bei der Stadtplanung vermehrt auf den Erhalt der Grünflächen und Alleen Rücksicht.
46	SVP, Die Mitte	IAFP	Die Stadt ermöglicht auch wieder Stockwerkeigentum und höherwertiges Wohnen an guten Wohnlagen.
47	SVP, Die Mitte	IAFP	Die Stadt ermöglicht im Gaswerkareal auch Stockwerkeigentum und höherwertiges Wohnen.
48	GFL/EVP	IAFP	Im IAFP sind die Kosten für die Umsetzung eines Pilotversuchs zum bedingungslosen Grundeinkommen einzuplanen, so wie es die Motion der SBK fordert. Der Gemeinderat wird damit beauftragt, die Kosten dafür andernorts budgetneutral einzusparen.
49	SP/JUSO	IAFP	In allen Leistungsverträgen der Stadt Bern wird auf eine Sparklau-

S.120	sel (Art. 15a) verzichtet, die eine Kürzung der Abgeltung bei schwieriger Finanzlage vorsieht.
-------	--

FinDel-Sprecherin *Katharina Altas* (SP) zum IAFP: Die Finanzdelegation empfiehlt Ihnen den integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2023–2026 positiv zur Kenntnis zu nehmen. Er wurde in der Finanzdelegation mit 4 Stimmen positiv, mit einer Stimme negativ und mit 2 Stimmen ohne Wertung zur Kenntnis genommen.

Zuerst einmal möchte ich die Ausgangslage skizzieren: Die Rechnung 2021 schliesst erfreulicherweise mit einem Plus von 5,2 Millionen Franken ab. Budgetiert war ein Minus von 40,9 Millionen Franken. Der Bilanzüberschuss beträgt aktuell 80,8 Millionen Franken. Die Gründe für das positive Abschneiden sind höhere Steuereinnahmen von plus 19,1 Millionen Franken, ein tieferer betrieblicher Aufwand, beispielsweise beim Lastenausgleich Sozialhilfe oder bei tieferen Ausgaben für Betreuungsgutscheine, und das bereits 2020 eingeleitete Finanzierungs- und Investitionsprogramm, kurz FIT genannt. Die Steuereinnahmen wurden in der aktuellen Finanzplanung deutlich nach oben korrigiert, weil nicht mehr mit pandemiebedingten Mindereinnahmen zu rechnen ist. Eine Unsicherheit verursachen allerdings der Krieg in der Ukraine und die steigende Inflation. Es kann also noch keine Entwarnung gegeben werden. Die finanzielle Lage der Stadt Bern ist nach wie vor angespannt.

Wir erinnern uns, 2019 gab es einen Einbruch bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen. Daraufhin wurden mit FIT I die Steuererträge nach unten korrigiert und Haushaltsverbesserungsmassnahmen im Jahr 2020 beschlossen. Durch die Coronakrise bestand eine deutliche Unsicherheit bei den Steuerprognosen. Mit FIT II wurde der städtische Haushalt um rund 30 Millionen Franken entlastet. Die beschlossenen Massnahmen werden weitergeführt. Nun, da nicht mehr mit pandemiebedingten Steuerausfällen zu rechnen ist, wurden die Steuereinnahmen in den Planjahren wieder nach oben korrigiert. Allerdings verursachen aktuell andere Faktoren Unsicherheiten in der Finanzplanung. Der Krieg in der Ukraine, die Gasmanngelage, Lieferengpässe und die Inflation könnten sich negativ auf die Konjunktur auswirken. Der Steuerfuss der Stadt Bern beträgt nach wie vor 1,54 Einheiten. Warum kann noch keine Entwarnung gegeben werden? In den Jahren 2023 bis 2030 stehen enorm hohe Investitionen von insgesamt 1,4 Milliarden Franken an. Im Durchschnitt sind das 180 Millionen Franken Investitionen pro Jahr. Wegen langwieriger Entscheidungsprozesse und Projektrisiken geht man von Investitionen von durchschnittlich 130 Millionen Franken im Jahr aus. Für diese Investitionen müssten jährlich Überschüsse von 20 Millionen Franken erzielt werden. Die finanzpolitisch verkraftbare Verschuldung sollte auf 30 Millionen Franken beschränkt werden. Zurzeit werden diese Zielsetzungen deutlich verfehlt. Allein für die Schulinfrastruktur stehen in den Jahren 2023 bis 2030 Investitionen von 638 Millionen Franken an. Die Abschreibung dieser Investitionen schlagen jährlich mit 25 Millionen Franken zu Buche.

In der Spezialfinanzierung Schulbauten, aus der ein Teil der Abschreibung finanziert wird, stehen aktuell rund 100 Millionen Franken zur Verfügung. Weitere Kostenpunkte sind steigende Betriebskosten wie Heiz- und Nebenkosten, Personalkosten, die vor allem auf Hauswartschaften, Reinigungspersonal sowie Grünraum- und Parkpflege zurückzuführen sind. Die Investitionsausgaben sind hoch und führen zu Neuverschuldung. Das Zinsumfeld hat sich nun massiv verändert. Die langfristig bereits finanzierten Planungen sind davon nicht betroffen, aber bei Neuinvestitionen werden in Zukunft mehr Kosten anfallen. Deswegen sind Überschüsse für die Finanzierung der Investitionen unerlässlich.

Das Ziel, die Bruttoverschuldung auf 140 Prozent zu halten, wird ebenfalls verfehlt. Im Planjahr 2026 wird der Brutto-Verschuldungsanteil 152,6 Prozent betragen. Die Situation hat sich dahingehend entschärft, das nicht schon ab Ende 2022 mit einem Bilanzfehlbetrag zu rechnen ist, sondern erst ab 2024. Mit dem diesjährigen positiven Jahresabschluss wurde Zeit gewonnen. Handlungsbedarf besteht allerdings weiterhin. Die veranschlagten Defizite betragen für

das Jahr 2023 28 Millionen Franken, im Jahr 2024 21,5 Millionen Franken und im 2025 7,7 Millionen Franken. Mit einem Überschuss wird erst im Jahr 2026 gerechnet. Im aktuellen IAFP gibt es einige Unsicherheiten, wie beispielsweise die Einführung der Feuerwehersatzabgabe, die Parkgebühren, die Teuerung oder die konjunkturelle Entwicklung. Der Gemeinderat sieht vor, den Haushalt ab 2025 um 20 Millionen Franken zu entlasten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die finanzielle Lage der Stadt Bern nach wie vor ernst ist. Der Jahresabschluss 2021 hat nur eine kleine Entspannung gegeben. Die Investitionen in den nächsten Jahren sind gross. Für diese braucht es zwingend Überschüsse, damit es nicht zu einem Bilanzfehlbetrag kommt. Rückblickend war die schnelle Reaktion durch die Massnahmen von FIT I und FIT II richtig und wichtig. Das ist das letzte Jahr, in dem die Prozesse um das Produktegruppenbudget und den IAFP getrennt behandelt werden. Mit FISBE, dem finanziellen Steuerungs- und Berichterstattungssystem werden beide Prozesse zusammengeführt. Die Finanzdelegation hatte ihre letzte Sitzung am 19. August. Im nächsten Jahr wird die neue Finanzkommission ihre Arbeit aufnehmen.

FinDel-Sprecherin *Laura Binz* (SP) zum PGB: Das Produktegruppenbudget (PGB) 2023 weist bei unveränderter Steuerlage im Allgemeinen Haushalt einen Aufwand von 1,33 Milliarden Franken und einen Ertrag von 1,3 Milliarden Franken aus. Im Allgemeinen Haushalt resultiert damit ein Defizit von 28,6 Millionen Franken. Im PGB 2023 sind Entlastungsmassnahmen des Finanzierungs- und Investitionsprogramms II (FIT II) im Rahmen von 42,2 Millionen Franken umgesetzt. Der Stadtrat hat dem Massnahmenpaket FIT II mit Korrekturen im Rahmen der Beratung des IFAP vor einem Jahr zugestimmt. Wichtig zu erwähnen ist diesbezüglich, dass der Gemeinderat keine Sparmassnahmen, die der Stadtrat im letzten Jahr abgelehnt hat, in das Budget aufgenommen hat. Per Ende 2023 sieht die Finanzplanung noch einen Bilanzüberschuss von 400 000 Franken vor. Die Budgetierung 2023 musste erneut in einer finanzpolitisch unsicheren Situation gemacht werden. Es sind positive Elemente, dass der Jahresabschluss 2021 besser als budgetiert ausfiel und der Abschluss 2022 ebenfalls besser als die budgetierten 51,8 Millionen Franken Defizit ausfallen wird. Weiter wird für 2023 von einem Anstieg des Steuerertrags von 33 Millionen Franken ausgegangen. Gleichzeitig gibt es aber grössere Risikofaktoren. Insbesondere die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine, Verspätungen in der Lieferkette, die Inflation und steigende Leitzinsen können sich auch auf die städtischen Finanzen auswirken. Das Budget wurde gemacht, bevor eine höhere Teuerung und höhere Zinsen am Horizont erschienen. Gegenüber dem Budget 2022 sinkt der betriebliche Aufwand um 8,8 Millionen Franken. Insbesondere bei den Personalkosten ist der Aufwand um 10,5 Millionen Franken tiefer. Stark ins Gewicht fällt dabei die Auslagerung des Alters- und Pflegeheims Kühlewil (APHK).

Über alle Produktgruppen gesehen, steigen nur die Abschreibungen im Verwaltungsvermögen und die internen Verrechnungen. Diesem Aufwand stehen Mehrerlöse von insgesamt 13 Millionen Franken gegenüber. Bei den Steuern werden Mehrerlöse von 33 Millionen Franken erwartet. Man rechnet mit höheren Steuereinnahmen sowohl bei den natürlichen wie auch bei den juristischen Personen.

Zu den Stellen in der Stadtverwaltung: Im Budget 2023 werden netto 91,5 Stellen abgebaut. Der Stellenabbau durch FIT II ist darin nicht berücksichtigt. Dieser Stellenabbau von 137 Stellen wird zwischen 2022 und 2024 von den Direktionen umgesetzt und es sind alle auf Kurs.

Im PGB 2023 werden 144,5 Stellen abgebaut. Ein grosser Teil davon – 134,9 Stellen – fallen, wie erwähnt, aufgrund der Auslagerung des APHK aus dem Budget. Es werden 52,9 neue Stellen geschaffen. Die grosse Mehrheit davon – also 43,8 dieser Stellen – basieren auf Beschlüssen des Stadtrats, der Stimmberechtigten, übergeordnetem Recht oder sind durch unbeeinflussbare Sachzwänge begründet. Sie werden über den allgemeinen Haushalt finanziert. 7,3 Stellen werden über Dritte oder Spezialfinanzierungen finanziert und der freiwillige Stel-

lenaufbau beträgt 9,15 Stellen. Die neuen Stellen werden zum Beispiel für den Betrieb der Schwimmhalle, die Aufstockung der Ortspolizei oder für Hauswarschaften bei neuen Gebäuden, insbesondere Schulen, gebraucht.

Das Investitionsbudget sieht für den Allgemeinen Haushalt für 2023 ein sehr hohes Investitionsvolumen von 183 Millionen Franken vor. Bei einem angenommenen Realisierungsgrad von 76 Prozent bedeutet das effektive Investitionen von 140 Millionen Franken. Davon können über den erwarteten Cashflow 41 Prozent selbst finanziert werden. Bis Ende 2023 wird deshalb mit einer Neuverschuldung von rund 70 Millionen Franken gerechnet. Schwerpunkte bei den Investitionen bleiben auch 2023 Schulgebäude sowie Sport- und Freizeitanlagen im Eis- und Wasserbereich. Es handelt sich hier um dringend nötige Investitionen. Die werden die Stadtkasse in den kommenden Jahren mit Abschreibungen, Zinskosten und Kosten für den Betrieb belasten.

Zu den Sonderrechnungen: Die vier Sonderrechnungen weisen einen Ertragsüberschuss von circa 40 Millionen Franken aus. Insgesamt ist das budgetierte Ergebnis per Ende 2023 besser. Bei der Sonderrechnung Tierpark ist für 2023 budgetiert, dass eine Entnahme von 47 000 Franken aus der Sonderfinanzierung das Resultat ausgleicht. Der Planbestand der Spezialfinanzierung per Ende 2023 beträgt 3,1 Millionen Franken. Die Sonderrechnung Stadtentwässerung budgetiert 2023 ein Defizit von 915 000 Franken. Grund dafür ist insbesondere die Umsetzung von Massnahmen aus dem generellen Entwässerungsplan (GEP). Der Bestand der Sonderrechnung per Ende 2023 beträgt 20,9 Millionen Franken. Diese Sonderrechnung ist gebührenfinanziert. Bei der Sonderrechnung Entsorgung und Recycling ist ein Aufwandüberschuss von 944 000 Franken budgetiert. Auch diese Sonderrechnung ist gebührenfinanziert und so wird das budgetierte Defizit der Sonderrechnung, die über 11 Millionen Franken enthält, belastet. Schliesslich zum Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Dieser Fonds erzielt einen Nettoertrag von 21,9 Millionen Franken. Diese Erträge gehen auf die bei der Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2) gebildeten Neubewertungsreserven für Immobilien ab 2019 zurück und müssen jetzt innerhalb von fünf Jahren aufgelöst werden. Die Finanzdelegation hat im Rahmen der Sitzung vom 19. August einen Antrag diskutiert und es gibt keine Anträge der FinDel zum PGB 2023.

Zum Fazit: Trotz des besseren Jahresabschlusses 2021, einem wahrscheinlich ebenfalls besseren Jahresabschluss 2022 und höher budgetierten Steuereinnahmen ist die finanzielle Lage der Stadt Bern nach wie vor angespannt. Hinzukommen die aufgezeigten Unsicherheiten und Risikofaktoren. Wir haben letztes Jahr intensiv über sehr viele Massnahmen im Rahmen von FIT II beim IAFP diskutiert und entschieden. Es ist richtig, die Umsetzung von FIT II und dessen Entlastungsmassnahmen 2023 fortzusetzen. Auch 2023 müssen wichtige Investitionen getätigt werden. In der FinDel haben wir insbesondere auch über die Risiken aufgrund des Ukraine-Kriegs und über die Teuerung diskutiert. Die Mehrheit der FinDel ist der Ansicht, dass mit dem Budget 2023 der Balanceakt zwischen der Umsetzung der Entlastungsmassnahmen und den nötigen Investitionen gelingt und, dass das für 2023 budgetierte Defizit und der Schuldenzuwachs gerechtfertigt sind. Die Finanzdelegation beantragt dem Stadtrat mit 5 Ja,- zu 2 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen das Produktgruppenbudget inklusive Sonderrechnungen 2023 zuhanden der Stimmberechtigten zu beschliessen. Weiter beantragt die FinDel ebenfalls mit 5 Ja,- zu 2 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen die vorliegende Abstimmungsbotschaft zu genehmigen.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ein Hinweis: Es wurde Ihnen mitgeteilt, dass ein neuer Antrag zur Grundsatzdebatte eingereicht wurde. Es sind aber deren zwei. Sie haben die Anträge 48 und 49 neu auf Ihren ausgedruckten Antragslisten.

Antragsbegründungen und Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) zu den Anträgen der Fraktion SVP (inkl. Fraktionsvotum): Ich nehme die Antragsbegründung und das Fraktionsvotum zusammen.

Ich will keine detaillierte Auslegeordnung machen. Uns geht es vor allem darum aufzuzeigen, wo es Verbesserungen gibt und was man diesbezüglich machen muss. Ich danke vorab dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Sie werden aber sehen, dass wir das Budget und den IAFP ablehnen.

Erste Vorbemerkung: Ostermundigen, sei gewarnt! Die Stadt Bern ist keine strahlende Braut, sondern eine alte Jungfrau, die über ihre Verhältnisse gelebt hat. Gendergerecht würde man sagen, dass es sich um einen Hochstapler handelt oder einen, der lange über seine Verhältnisse gelebt hat. Seid gewarnt vor den Altlasten, die wir haben. Es wird nicht besser. Ostermundiger, seid gewarnt! Die strahlende Braut oder eben den strahlenden Bräutigam gibt es nicht mehr.

Zweite Vorbemerkung: Man sagt immer: «The same procedure as every year». Das Schlimme bei uns ist, dass wir nichts daraus lernen. Die SVP weist in der Politik seit Jahrzehnten darauf hin, dass man, wenn man zu viel Geld hat und es dem Steuerzahler nicht zurückgibt, es verschwendet wird und man noch mehr Altlasten eingeht, die man anschliessend nicht bezahlen kann. Es herrscht das System: «Will ich nicht, so kann ich nicht.»

Wir zeigen in unserem Votum auf, wo man sparen und was man besser machen könnte. Wenn man unsere Hinweise beherzigt hätte, würden wir heute viel besser dastehen. Sie erinnern sich, ich bekämpfe seit Jahren die Velobrücke. Zum Glück ist sie jetzt nicht mehr im Budget aufgeführt. Ich habe auch gesagt, dass wir uns den Umbau des Helvetiaplatzes und des Kirchenfeld-Schulhauses nicht leisten können. Man kann die Kosten für ein Projekt von 26 Millionen Franken nicht wegen einer unterirdischen Doppelturnhalle auf 46 Millionen Franken verdoppeln. So geht es eben nicht auf und es läuft darauf hinaus, dass man über die Verhältnisse lebt. Das kommt nicht gut und wir laufen in eine Steuererhöhung hinein. Sie haben in der letzten Sitzung beim Personalreglement wieder Geschenke für über 10 Millionen Franken beschlossen, die der Steuerzahler bezahlen muss. Er muss dafür bluten und es wird zu einer Steuererhöhung kommen.

Die SVP wird grundsätzlich alle Anträge auf Entlastung unterstützen. Es gibt ein paar Anträge, die wir klar ablehnen, beispielsweise den Antrag, dass man keine Drucksachen mehr verteilt. Wir unterstützen einen Antrag der PdA, der verlangt, dass man 6,2 Millionen Franken ausweisen soll. Ich bin der Meinung, dass man transparent argumentieren und deshalb diesem Antrag zustimmen muss. Wir gehen nach dem Grundsatz, dass wir sparen wollen, aber man dort sparen muss, wo es einschenkt.

Zu den Anträgen: Diese haben wir bereits in vergangenen Jahren sinngemäss gestellt. Leider wurden sie nicht berücksichtigt und deshalb stehen wir vor den aktuellen Problemen. Mir wird immer vorgeworfen, dass ich viele Anträge einreiche. An Michael Sutter: Hätte der Stadtrat nur einen oder zwei dieser Anträge berücksichtigt, würde die Stadt Bern heute viel besser dastehen. Ich begründe unsere Anträge summarisch und kurz und nehme hierfür die Anträge zum IAFP sowie PGB zusammen, da es relativ viele sind. Im Rückweisungsantrag 1 beantragen wir, dass eine klare Verzichtsplanung gemacht wird und 50 Millionen Franken eingespart werden. Ich verweise auf die schriftliche Begründung. Wir stellen einen Eventual-Rückweisungsantrag, der eine Steuersenkung enthält. Es würde nämlich für alles reichen, wenn man haushälterisch mit dem Geld umgehen würde. Uns ist wichtig, dass man auflegt, was wünschbar und was nötig ist und was man macht.

Zu Antrag 5: (*liest Antrag 5 vor*) Ich komme in der Detailberatung darauf zurück. Wir sind hier grosszügig, der Gemeinderat erhält die Kompetenz zu entscheiden, wo er das Messer ansetzen will. Zu Antrag 9: Das ist ein grüner Antrag. Die SVP ist, zusammen mit der Grünen alter-

nativen Partei, eine der effektiv grünen Parteien der Stadt Bern. Man verzichtet im Sinne des Erhalts der wertvollen grünen Lungen. Sie haben gerade eine Initiative für eine lebendige Stadt eingereicht. Sie wollen, dass mehr Flächen entsiegelt werden, kleistern aber dann das Viererfeld zu. Dank der grossartigen Planung des Stadtpräsidenten haben wir wegen 30 oder 40 Flüchtlingen jetzt das ganze Viererfeld versiegelt. Es war wohl eher ein werbe- und wahlpolitischer Auftrag, anstatt hier etwas für den Klimaschutz der Stadt Bern zu machen. Wenn wir das Viererfeld nicht überbauen, haben wir sogar positive Effekte auf die Finanzlage. Zu Antrag 10: Man soll einen grossflächigen Marzili-Park erstellen und erhalten. Insbesondere dafür, dass die Leute des Marziliquartiers noch genügend Platz haben, um irgendwo hinzugehen. Zu Antrag 11: Ein sehr interessanter Antrag, den Sie aufnehmen sollten. Die Stadt Bern soll ihre hohen Wachstumsziele reduzieren und sich für die Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung einsetzen. Beim Viererfeld geht es um 120 Millionen Franken Erschliessungskosten. Man macht hier wertvolles Kulturland kaputt. Da ist eben die SVP eine grüne Partei.

Zu Antrag 12: Ich war stets gegen das Tram und man hat mir gesagt, dass man es nicht mit Doppelgelenkbussen machen könne. Jetzt geht es plötzlich trotzdem. Auch dort könnten wir all diese Alleen retten. Zu Antrag 13: Ein sehr grüner Antrag, und ich hoffe, dass die SP und das Grüne Bündnis die SVP diesbezüglich unterstützen wird, damit auch die öffentlichen Alleen unter Schutz gestellt werden. Sie wissen, ich mag Bäume. Meine Nachbarn mögen meine nicht, da ich sie nicht schneide und etwas wuchern lasse. Aber die am meisten gefährdeten Bäume sind diejenigen der Stadt. Diese öffentlichen Bäume und Alleen müssen geschützt werden. Das wäre ein Beitrag an eine lebendige Stadt. Ich erwarte von Ihnen diesbezüglich eine Geschlossenheit für Antrag 13, sonst sind Sie keine grüne Partei oder stecken im Sog der ÖV-Lobby. Antrag 34: Im Sinn der Beschleunigung der Debatte hat die SVP nicht für jede Gebühr einen eigenen Antrag gemacht, sondern wir haben einfach gesagt, dass auf die Einführung neuer Gebühren und Erhöhungen im Sinne der Sparmassnahmen generell zu verzichten sei. Die Stadt verzichtet auf Steuer- und Gebührenerhöhung. Das ist ein zentraler und wichtiger Antrag. Die SVP hat nicht einzeln die Feuerwehersatzabgabe und die Parkgebühren erwähnt, sondern alles zusammengenommen. Hier kann man es differenziert machen. Wir stimmen selbstverständlich den Anträgen der Fraktionen FDP/JF und Mitte zu, die die Sache noch ein wenig differenzieren. Im Sinn einer Beschleunigung der Debatte stellen wir einen generellen Antrag, da wir ansonsten noch eine Abgabe für Meerschweinchenhalter oder eine Kanarienvogelabgabe einführen würden. Vielleicht führt die Stadt auch eine Regenwurmsteuer ein, wenn man zu wenige Regenwürmer im Garten hat, ich traue der Stadt alles zu: «Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzugend, immer Böses muss gebären.», Wallenstein-Trilogie, die Piccolomini von Schiller. Zu Antrag 33: Auch dies ist ein harter Antrag, in dem wir fordern, dass der Personalaufwand um 5 Prozent zu reduzieren sei. Im Eventualantrag fordern wir die Reduktion um 2,5 Prozent, für diejenigen, die ein schlechtes Gewissen haben. Zu Antrag 38: Das ist auch ein interessanter Antrag. Sie haben sicherlich die Woke-Debatte mitverfolgt. Wenn man nicht einmal mehr die Winnetou-Filme schauen darf, aber trotzdem an gewissen Orten weggewiesen wird, sind wir klar der Meinung, dass die Stadt keine Leistungsverträge mit Organisationen abschliessen soll, die Personen aus rassistischen Gründen, aus Gründen der sexuellen Orientierung oder aus politischen Gründen diskriminieren. Auch daraus sind positive Finanzeffekte zu erwarten. Dieser Antrag steht ganz im Sinn der Woke-Debatte und ich erwarte, dass auch die Linken diesem Antrag zustimmen. Wir werden sehen, ich habe zwar wenig Hoffnung, aber der Antrag ist gestellt. Zu Antrag 39: Die Stadt setzt ihre im IAFP beschlossenen Einsparungen konsequent um und gibt die bisherige frivole Ausgabenpolitik, bei der man keine Rücksicht auf die kommenden Generationen genommen hat, auf. Auch dies ist ein Grundsatzantrag. Zu Antrag 40: Wir fordern, dass man die Stellen nach zwei Jahren überprüft und schaut, ob diese überhaupt noch nötig sind oder nicht. Mit Antrag 41 gehen wir noch etwas weiter zurück und verlangen einen Bericht darüber,

ob es die Stelle überhaupt noch braucht. Ich weiss, manchmal gibt es ein Problem, bei dem es eine neue Kompetenz braucht und man etwas machen muss. Dank den EDV-Systemen sollten wir aber eigentlich viel weniger Personal brauchen, in der Stadt ist aber das Gegenteil der Fall, wir brauchen immer mehr Personal. Wir haben es bei base4kids gesehen. Das war ein Debakel, somit hilft EDV nicht immer. Deshalb unterstützen wir auch den Antrag der Fraktion SP/JUSO, der verlangt, dass nicht alles digitalisiert wird. Wir helfen Ihnen dort und verhalten uns diesbezüglich konsequent.

Zu Antrag 42: Hier geht es wieder um den Erhalt wertvoller Grünräume – sogenannte Lungen – und wertvoller historischer Baumalleen. Wir erwarten hier positive, finanzielle Effekte. Ebenfalls beantragen wir, dass auf die Überbauung des Viererfelds und des Mittelfelds verzichtet wird. Das ist ein wichtiger Antrag. Wenn Sie stets sagen – zu Recht –, dass wir gewisse Probleme mit dem Klima haben, können Sie dort konkret etwas machen. Sie müssen nicht am Viktoriaplatz irgendwelche Bäume pflanzen. Klotzen nicht kleckern, sagte Heinz Guderian, der Panzergeneral. Ich sage das gleiche beim Viererfeld und beim Mittelfeld. Wenn Sie grüne Politik und Klimaschutz betreiben wollen, müssen Sie diesen Anträgen zustimmen; ebenfalls Antrag 45, der von der Fraktion Mitte unterstützt wird. Ich danke in diesem Zusammenhang allen Parteien, die uns unterstützen, sei es beim Einreichen oder bei der Abstimmung. Ich bitte darum, auf den Erhalt der Grünflächen vermehrt Rücksicht zu nehmen.

Zu den Anträgen 46 und 47: Diese sind entscheidend, wenn Sie positive Finanzeffekte haben wollen. Sie müssen an den guten Wohnlagen Geld hereinholen. Ich habe Sie auch schon unterstützt, wenn es um Sozialwohnungen ging, die es zweifelsohne braucht. Aber Sie können nicht neben dem Autobahnzubringer höherwertiges Wohnen verkaufen. Das rentiert nicht. Sie müssen an gewissen Orten Geld reinbringen und möglichst viel verdienen. Das ist nur bei den guten Objekten an guten Lagen möglich. Wenn Sie aber auch diese Chance vertun, dann ist Ihnen nicht mehr zu helfen und es kommt nicht gut. Deshalb sind diese Anträge 46 und 47 wichtig. Das Gaswerkareal ist eine wunderbare Wohnlage. Aber wenn Sie dort kein höherwertiges Wohneigentum wollen, dann lässt man es lieber grün, damit eine nachfolgende Generation, die unter dem Joch Ihrer Finanzpolitik leiden wird, dort immerhin atmen kann. Deshalb lassen wir das Gaswerkareal lieber grün und schlagen zwei Fliegen mit einem Streich: Wir haben kein Geld verschwendet und für die nachgehende Generation und den Klimaschutz etwas Gutes getan.

Ich bitte Sie, sich nochmals zu überlegen, was Ihnen nützt und was nicht. Springen Sie über Ihren Schatten. Wenn Sie es mit dem Klimaschutz ernst meinen, gerade Sie von der Initiative für eine lebendige Stadt, dann müssten Sie die Anträge der SVP unterstützen. Das, was Sie da mühsam mit einer Initiative machen wollen, über die wir vielleicht in drei Jahren abstimmen können, könnten wir bereits mit einem IAFP-Antrag entscheiden. So, wie wir die Anträge gestellt haben, könnte vor der Abstimmung noch etwas daran geändert werden, dazu biete ich gerne Hand. Das ist die wahre grüne Politik. Sie können etwas für die zukünftigen Generationen tun, indem Sie SVP-Anträge unterstützen und nicht kurzfristig etwas für Ihre Egos oder für Ihre Wählerstimmen tun und versuchen, Ihre Freunde zu retten. Danke für die Unterstützung.

Milena Daphinoff (Mitte) zu den Anträgen der Fraktion Mitte (inkl. Fraktionsvotum): Gerne möchte ich kurz auf drei der gemeinsam mit der Fraktion FDP/JF eingereichten Anträge eingehen. Es geht um den Rückweisungsantrag 3 und die Anträge 14 und 15.

Zum Rückweisungsantrag: Wir sagen, dass Sparmassnahmen grundsätzlich aufwandseitig vorgenommen werden sollen. Auf die Erhöhung von Steuern und Gebühren ist zu verzichten und Personal und Sachkosten sollen auf dem Stand vom 31. Dezember 2022 eingefroren werden. Warum einfrieren? Das wichtigste Anliegen, das wir heute im Rat vorbringen, ist und bleibt, das in den Griff bekommen unserer Verschuldung. Wir müssen bremsen und Grenzen

setzen. Wir können nicht einfach mehr und mehr Geld aufnehmen und uns immer stärker verschulden. Wir haben eine Verantwortung gegenüber den Bernerinnen und Bernern, den Steuerzahlern, die uns ihr Geld anvertrauen im Glauben, dass wir damit umsichtig umgehen. Wir sagen nicht keine Schulden, aber wenn man schon so einen hohen Verschuldungsgrad hat und sich ein Finanzsteuerungsinstrument gibt, dann kann man das nicht einfach ignorieren und munter weiter auf Pump leben. Dann muss man halt den Gürtel enger schnallen und auf die eine oder andere Investition verzichten. Schulden ja, aber im Verhältnis zu effektiven Mitteln und Kosten. Wenn wir hier im Rat dieses Umdenken nicht feststellen können, weisen wir das Budget zurück und schicken es an den Absender zurück, der seine Hausaufgaben machen muss. Wenn Sie den Rückweisungsantrag nicht annehmen, dann nehmen Sie bitte wenigstens den Antrag 14 zum IAFP an, der die Deckelung der Verschuldung auf einem Niveau von Ende dieses Jahres vorsieht, damit wir nicht in eine gefährliche Spirale hineingeraten. Um es nochmals klarzustellen: Das bedeutet nicht, dass man nichts mehr ausgeben oder investieren kann. Der Gemeinderat muss bei den Investitionen eine Priorisierung vornehmen oder er muss bei den laufenden Ausgaben Abstriche machen, damit der Free-Cashflow weiter steigt und Investitionen aus eigener Kraft getätigt werden können. Zu Antrag 15 zum IAFP von Mitte und FDP/JF bezüglich den Kostenfolgen der Fusion mit Ostermündigen, die nämlich nicht abgebildet sind: Unser Antrag ist ähnlich wie der Antrag der Fraktion GLP/JGLP. Man muss feststellen, dass die Gesamtlage nicht korrekt abgebildet ist, und gemäss dem Vorsichtsprinzip müsste man das hier im IAFP aufzeigen. So viel zu diesen drei Anträgen, die anderen Anträge wird Vivianne Esseiva vorstellen.

Ich hänge noch das Fraktionsvotum an: Das Budget ist nur eines: lauwarm. Es zeigt, dass man sich den Gedanken des Sparens in dieser Stadt schlicht und ergreifend zu wenig angeeignet hat. Wir verlassen deshalb aber nicht einfach den Saal und finden das doof. Wir sehen, dass erste Anstrengungen gemacht werden und dass FIT umgesetzt wird. Diese Tatsache möchten wir an dieser Stelle positiv herausstreichen. Was uns aber beunruhigt, ist der Blick nach vorne auf den Schuldenberg und die dramatische Zunahme der Fremdverschuldung sowie die fehlende Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit, das ist doch ein Begriff, der von links bis rechts gerne und viel gebraucht wird. Was dabei aber häufig zu kurz kommt, ist die Tatsache, dass er drei Komponenten hat, nämlich eine soziale, eine ökologische und eine ökonomische. Nachhaltig bedeutet, dass sich etwas auf längere Zeit auswirkt. Eine ökonomische Nachhaltigkeit ist die Bedingung für den Wohlfahrtsstaat. Ein umsichtiger und gewissenhafter Umgang mit Geld sichert uns die Möglichkeit, nicht nur die nötigen, sondern eben auch die gewünschten Ausgaben für unsere Stadt zu tätigen. Das wollen wir doch eigentlich alle hier.

Man kann eben immer nur so weit handeln, wie es auch die eigenen Möglichkeiten zulassen. Das ist eine simple Regel, die für jedes Unternehmen und jede Privatperson gilt und sie gilt auch für die öffentliche Hand. Das bedeutet, dass Schulden gemacht werden können, diese aber in einem gesunden, tragbaren Verhältnis zu den effektiven Mitteln und Kosten stehen müssen, wie ich es bereits einmal ausgeführt habe. Ein Punkt, den die Stadt Bern grandios vernachlässigt und das seit Jahren. Handeln, und das nur im Rahmen seiner eigenen Möglichkeiten, meine Damen und Herren, das ist frustrierend und herausfordernd, aber es ist nicht anders tragbar, glaubwürdig oder möglich. Mit Blick auf die Realität und die Nachhaltigkeit darf heute nur das Unumgängliche und wirklich Wichtige umgesetzt werden und alles andere muss zurückstehen oder innerhalb der bestehenden Strukturen seinen Platz neu finden – Stichwort Prioritäten umlagern.

Aber es gibt halt auch diejenigen, die sagen, es sei nicht so schlimm, ein wenig auf Pump zu leben, und Schulden zu haben, sei nicht weiter schlimm. Plötzlich heiligt der Zweck alle Mittel. Speziell das Grüne Bündnis sagt, dass Schulden zu machen halb so schlimm sei, es gehe doch primär ums Klima. Ja, Klimaschutz ist wichtig und wir sind froh, dass wir hier in Bern pioniermässig das Klimareglement verabschiedet haben. Aber man kann Massnahmen nur

ergreifen, wenn man sie bezahlen kann. Wer Schulden macht, muss immer mehr bezahlen, beispielsweise Zinsen und das bei steigendem Zinsniveau. Jedes Jahr müssen wir Steuergelder für die Zinsverpflichtungen aufwenden und dieses Geld fehlt unserer Stadt, um ihre eigentlichen Aufgaben zu erfüllen. Der Spielraum für dringend notwendige Entlastungen bei Steuern und Abgaben in einer aktuell angespannten geopolitischen Lage bleibt in Bern massiv eingeschränkt. Man wird anfällig für Zinsänderungen und kann Unerwartetes und Unerfreuliches wie zum Beispiel eine Pandemie oder einen Kriegsausbruch dann nicht mehr gleich abfedern. Die Last trägt schlussendlich die Berner Bevölkerung und der Steuerzahler. Kurz gesagt, das Geld ist knapp, lasst es uns nicht verschwenden – in Anlehnung daran, was wir gestern um 15.00 Uhr gehört haben. Somit werden wir das Budget zurückwiesen und würden dies auch mit dem IAFP machen, wenn das möglich wäre.

Jetzt komme ich noch zu einzelnen anderen Anträgen: Wir nehmen alle Rückweisungsanträge an. Wir erachten die Anträge 6 und 7 der GB/JA!-Fraktion als die gefährlichsten und bitten alle, diese abzulehnen. Sie sagen mit diesen Anträgen, dass es Ihnen egal ist, wie es den Finanzen geht, ein Steuerungsinstrument müsse hintenanstehen und die Stadt soll Kredite aufnehmen. Nein, das geht so nicht. Es ist das Vertrauen unserer Wählerinnen und Wähler und das Vertrauen in die Politik, das so verloren geht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zu einzelnen Anträgen: Antrag 30 lehnen wir ab, Antrag 31 der GLP/JGLP finden wir wichtig und richtig, Antrag 32 ebenso, die Anträge 33 bis 35 nehmen wir an. Die Anträge 36 und 37 SVP, bei denen es um die Stellenreduktion in Prozent geht, lehnen wir ab, da wir dies nicht sinnvoll finden. Das Viererfeld und das Mittelfeld wollen wir selbstverständlich überbauen und lehnen die entsprechenden Anträge der SVP ab.

Vivianne Esseiva (FDP) zu den Anträgen der Fraktion FDP/JF: Ich begründe die Anträge der Fraktion FDP/JF sowie diejenigen, die zusammen mit der Mitte-Fraktion eingereicht wurden. Zu Antrag 16: Wir sind ein Milizparlament. Ich liebe Zahlen über alles, aber selbst ich habe Schwierigkeiten, in dieser Budgetdebatte den Überblick darüber zu behalten, wo wir Veränderungsspielraum haben und womit wir arbeiten können. Gebundene oder nicht gebundene Ausgaben geben darüber zu wenig Auskunft. Der Gemeinderat sagt selbst, dass etliche Aufgaben über das gesetzliche Minimum hinausgehen. Deshalb wollen wir, dass transparent ausgewiesen wird, welche Leistungen vom gesetzlichen Minimum abhängig und von kantonalen Vorgaben vorgegeben sind. Alle anderen Ausgaben sind zusätzlicher Natur, die nicht auf gesetzlichen Grundlagen beruhen. Erst dieses Ausweisen ermöglicht uns, überhaupt zu sehen, wo wir Einfluss nehmen können. Es ermöglicht uns aber auch, ein Gefühl dafür zu entwickeln, was wir mit unseren Anträgen und Entscheidungen eigentlich alles bewirken, die wir hier im Stadtrat stellen und fällen. Das ist unabhängig der politischen Couleur. Unser Antrag fordert einzig Transparenz. Transparenz und eine bessere Lesbarkeit der vorliegenden Zahlen stellen für uns alle einen positiven Mehrwert dar. Zu Antrag 17: Dieser stammt nur von der Fraktion FDP/JF. Wir wollen, dass die Personalressourcen bestmöglich genutzt werden. Wir bezweifeln nicht, dass es auch immer wieder neue Aufgaben gibt und deshalb auch immer wieder neue Stellen geschaffen werden müssen. Wir finden aber, dass wir das bestmöglich mit den bestehenden Ressourcen machen sollten.

Im Antrag 18 geht es darum, dass Stadtangestellte mit einem guten Jahreseinkommen von über 120 000 Franken nicht mehr jede Minute aufschreiben müssen. Es soll hier Vertrauensarbeitszeit gelten. Das ist in sehr vielen Privatunternehmen Usanz. Zu Antrag 19: Die Stadt ist ein guter Arbeitgeber und die Leute laufen nicht wegen schlechten Arbeitsbedingungen davon. Wir beantragen deshalb, dass die Arbeitszeiten den marktüblichen Konditionen angepasst werden. Marktüblich heisst aus unserer Sicht aber nicht, nur kurz bei Kanton und Bund zu schauen, sondern auch die Privatwirtschaft zu berücksichtigen. Zu Antrag 20: Für Angestellte, die körperlich schwere Arbeiten verrichten, ist es bereits mit dem aktuellen Personal-

reglement möglich, sich früher pensionieren zu lassen. Aber für uns «Bürogummis» ist ein Pensionierungsalter von 63 Jahren einfach nicht zeitgemäss. Es besteht kein Grund, warum wir uns als Stadt von den marktüblichen Konditionen abheben sollten. Zu Antrag 21: Wie bereits erwähnt, hat die Stadt Bern vorzügliche Arbeitsbedingungen. In der aktuellen Finanzlage können wir uns eine Reallohnerhöhung nicht leisten. Punktuell wird es sehr wahrscheinlich Lohnanpassungen geben, das kann sehr gut sein. In der aktuellen Phase ist aber keine Gesamtreallohnerhöhung zu budgetieren. Zu Antrag Nummer 22: Dieser betrifft uns auf verschiedene Ebenen. Es gibt überall Doppelspurigkeiten, beispielsweise mit nationalen und kantonalen Stellen. Diesbezüglich ist es wichtig, dass man hinschaut und klärt, wo Synergien genutzt werden können und wo man Doppelspurigkeit streichen kann. Es gibt auch verwaltungsintern immer wieder Möglichkeiten, Prozesse anzupassen und Synergien zu nutzen. Uns ist es wichtig, dass man hier genau hinschaut. Wie gesagt, befinden wir uns in einer finanziell angespannten Situation und es ist zentral, dass die vorhandenen Ressourcen bestmöglich genutzt werden. Die Devise, alles selbst machen zu wollen, ist nicht mehr angebracht. Wir müssen klären, was bereits von jemand anderem gemacht wird, und wo es noch zusätzliche Unterstützung braucht und wo nicht. Das ist auch in Bezug auf die Fusion mit Ostermundigen ein wichtiger Punkt. Die Dringlichkeit ist sehr gross. Ostermundigen wird nicht alles gleich machen wie die Stadt Bern. Es darf nicht sein, dass wir als Stadt Bern sagen, so wie wir es machen, ist es richtig. Man muss gegenseitig schauen, wo und wie Prozesse angepasst werden können und wo auch etwas von der anderen Seite übernommen werden kann. Zu Antrag 23: Es geht in diesem Antrag um die Verschuldung. Milena Daphinoff hat vorgängig schön ausgeführt, was eine Verschuldung ausmacht. Wenn wir diesbezüglich von Nachhaltigkeit sprechen, meinen wir, dass auch zukünftige Generationen einen finanziellen Spielraum haben müssen. Wenn wir es mit unseren Entscheidungen so weit bringen, dass der finanzielle Spielraum nachfolgender Generationen eingeschränkt wird, weil sie nur noch unsere Schulden abbauen müssen, haben wir keine nachhaltige Finanzpolitik gemacht. Es steht keine bestimmte Zahl hier drin, da es nicht darauf ankommt, ob es in fünf oder sieben Jahren so weit ist. Es soll einfach ersichtlich sein, dass man die Intention hat, die Schulden irgendwann wieder abzubauen. Das ist weder im vorliegenden Budget noch im IAFP und der Investitionsplanung ersichtlich. In Antrag Nummer 24 geht es um die Wirtschaftsförderung. Im IAFP und im Grundsatz des Budgets steht, dass Wirtschaftsförderung wichtig sei. Uns wäre wichtig, dass der Gemeinderat aufzeigt, mit welchen Massnahmen er dies erreichen möchte. Zu Antrag 25: Die Stadt ist zu einem Grossteil von privaten Steuereinnahmen abhängig, sie stellen also ein wichtiges Standbein unserer Einnahmen dar. Die Wohnbaupolitik, die der Gemeinderat verfolgt, wird aber mit grösster Wahrscheinlichkeit das Steuersubstrat der einzelnen Einwohner senken, da bewusst auch für tiefere Einkommen Wohnungen erstellt werden sollen. Wir möchten, dass das als reines Risiko im IAFP Platz findet. Den Antrag Nummer 26 haben wir bereits letztes Jahr gestellt, weil er ein uns wichtiges Anliegen beinhaltet. Wenn wir wollten, könnten wir auf städtischen Gebäuden Mobilfunkantennen ermöglichen. Die Stadt hätte damit die Möglichkeit, Miet- und somit Mehreinnahmen zu generieren. Zu Antrag 27: Dieser beinhaltet eine aus unserer Sicht sehr spannende Idee. Durchgangsstrassen liegen vor allem im Interesse des Kantons. Klar muss sich die Stadt Bern ebenfalls auf relevante Strasse konzentrieren. Für alle anderen Strassen verlangen wir, dass man abklärt und schaut, ob solche Strassen dem Kanton abgegeben werden könnten. Die Hebelwirkung hier ist riesig, da es sich um hohe Unterhaltskosten handelt, die teilweise ungerechterweise nur der Stadt und nicht dem Kanton belastet werden. Es ist kein simpler Antrag für die Budgetdebatte, aber es ist etwas, womit die Stadt ihre finanzielle Lage vielleicht ein wenig verbessern kann. Zu Antrag 28, der von FDP/JF, Mitte und SP eingereicht wurde: Es geht um den Sportplatz Lory. Dieser war in den letzten zehn oder zwölf Jahren immer in der Investitionsplanung, dieses Jahr ist er daraus verschwunden oder wir haben ihn zumindest nicht mehr gefunden. Wir möchten, dass

dieser Sportplatz wieder aufgenommen wird. Sportvereine sind dringend auf das Projekt angewiesen und ich denke, es wäre eine Farce zu sagen, dass wir uns in Anbetracht all der Dinge, für die wir Geld ausgeben, einen Sportplatz Lory nicht leisten können. Dieser Sportplatz ist infrastrukturell wichtig und die Stadt muss hier ein Zeichen setzen. Zu Antrag 29: Dieser betrifft mehrere Direktionen. Wir wollen, dass ein Grossteil der Begegnungszonen, die definitiv ein «nice to have» darstellen, in den Investitionsplanungen sistiert wird, bis die finanzielle Lage der Stadt Bern besser ist. Das sind Ausgaben, die man machen kann, wenn wieder genügend Geld vorhanden ist. Deshalb sollen diese in der Investitionsplanung zurückgestellt werden.

Katharina Altas (SP) zu den Anträgen Fraktion SP/JUSO (inkl. Fraktionsvotum): Ich begründe die Planungserklärung Nummer 49. Die SP/JUSO-Fraktion verlangt in der Planungserklärung 49, dass in allen Leistungsverträgen der Stadt Bern auf eine Sparklausel verzichtet wird. Eine Kürzung der Abgeltung um 10 Prozent bei schwieriger Finanzlage verstösst fundamental gegen die Idee eines Leistungsvertrages, der den Institutionen Planungssicherheit geben soll. Von den Institutionen mit mehrjährigem Leistungsvertrag wird erwartet, dass sie ihre Leistung in vollem Umfang erbringen. Die Stadt als Vertragspartnerin könnte aber in schwieriger Finanzlage die jährliche Abgeltung während der Laufzeit des Vertrages um 10 Prozent kürzen. Mit dieser Sparklausel wird die Rechtssicherheit massiv geschwächt und das Vertrauensverhältnis zwischen den Vertragsparteien beeinträchtigt. Damit werden Klarheit, Beständigkeit und Vorhersehbarkeit in Frage gestellt. Wir bitten Sie um Unterstützung.

Ich hänge das Fraktionsvotum direkt an. Wir behandeln heute das Budget und den vierjährigen Finanzplan der Stadt Bern. Wenn man sich die Anträge und Planungserklärungen anschaut, dann gehen die Meinungen darüber, wo wir stehen, was zu machen ist und was zu unterlassen ist, stark auseinander. Ganze 70 Anträge und Planungserklärungen hat die SVP-Fraktion eingereicht. Das ist keine seriöse Politik mehr, das ist nur noch Zirkus. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt alle Rückweisungsanträge ab. Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung haben mit den FIT I- und FIT II-Massnahmen massgeblich dazu beigetragen, dass der Jahresabschluss 2021 positiv ausgefallen ist. Wir sind auf gutem Weg, aber noch nicht über den Berg. Zuerst haben die Pandemie und jetzt der Krieg in der Ukraine für viel Unsicherheit gesorgt. Die pandemiebedingten Mindereinnahmen sind kein Thema mehr, dafür könnte eine Strommangellage, höhere Heiz- und Nebenkosten, Lieferengpässe und die Inflation zu einem Konjunkturerinbruch führen, was wiederum Einfluss auf die Steuereinnahmen hätte. Einerseits verlangt die GB/JA!-Fraktion in Planungserklärung 7, dass die Steuerinstrumente wie Finanzstrategie, Brutto-Verschuldungsgrad etc. nicht zwingend eingehalten werden müssen. De facto werden einige Steuerinstrumente im Moment nicht eingehalten, beispielsweise der Brutto-Verschuldungsanteil. Andererseits will man auf der anderen Seite des Spektrums bei der Verkehrsplanung, bei der Direktion BSS und im Kulturbereich alle Mehrausgaben kompensieren. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus. Wir sind gewählt worden, um als Legislative die Politik mitzugestalten. Pauschale Kürzung oder Aufstockung in angespannter Finanzlage sind da wenig hilfreich. Denn einerseits hat die Stadt Bern enorm hohen Investitionsbedarf, wofür es Überschüsse braucht. Andererseits können wir die Stadtverwaltung und unsere Angebote nicht kaputtsparen. In diesem Spagat befinden wir uns gerade, und wir als SP/JUSO-Fraktion haben unsere Akzente gesetzt, indem wir weder Pauschalauftockung noch pauschale Kürzungen verlangen.

Investitionen in Schulhäuser und die Instandstellung der Eis- und Wasseranlagen sind kostenintensiv. Auch der Ausbau des Fernwärmenetzes wird Kosten verursachen, ebenso fordert die Digitalisierung der Stadtverwaltung ihren Tribut. Damit die Klimamassnahmen umgesetzt werden können, braucht es nicht weitere Konzepte, sondern eine gezielte Umsetzung der beschlossenen Massnahmen. All diese Investitionen sind nötig. Jetzt könnte man mit dem Fin-

ger auf frühere Regierungen zeigen und sich fragen, warum sich die Investition in die städtische Infrastruktur derart angestaut haben. Aber auch frühere Regierungen hatten ihre Sachzwänge. Als ich 2013 in den Stadtrat gewählt wurde, wurde das 14. und letzte Haushaltssparpaket verabschiedet. Der Abbau der Verschuldung und die Schaffung von Bilanzüberschüssen standen im Fokus. Ab 2014 wurden jährliche Überschüsse erzielt und unter anderem in die Spezialfinanzierung Eis und Wasser und Schulhausbauten sowie in die Reserve, sprich in den Bilanzüberschuss, einbezahlt. Ich erinnere mich, dass der Bilanzüberschuss im Jahr 2018 104 Millionen Franken betrug. Nun sieht die Situation anders aus und mit Schuldzuweisung kommen wir aus der Lage nicht raus.

Ich gehe hier nur summarisch auf einige Anträge ein. Es ist nicht Aufgabe einer Stadt Stockwerkeigentum zu ermöglichen. Das können private Investoren viel besser. Was aber Aufgabe der Stadt ist, ist die Wohnbauförderung. Wohnungen für Menschen und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen müssen gebaut werden, damit Wohnen in Bern für alle möglich ist und nicht nur für die Gutbetuchten, die ihr Erbe parkieren wollen.

Und wenn es der SVP in den Kram passt, dann wird sie sogar grün. Dabei geht es hier nicht um den Klimaschutz, sondern um Partikularinteressen wie beim Vierer- und Mittelfeld. In den SVP-Anträgen 42 und 43 ist von grüner Lunge die Rede. Verdichtetes Bauen ist sehr wichtig, um die Zersiedelung zu stoppen. Der Bedarf an Wohnungen in Bern ist ungebrochen hoch. Immer mehr Familien wollen in Bern wohnen, weil hier die familienergänzende Betreuung und die Infrastruktur vorhanden sind. Als Stadt der kurzen Wege ist die Lebensqualität in Bern nach wie vor hoch. Wir müssen familienfreundlich bauen und Wohnungen im günstigen Segment anbieten können. Das ist Aufgabe der öffentlichen Hand. Auch ist es den Bürgerlichen ein Dorn im Auge, dass die Parkgebühren erhöht werden. Im Städtevergleich waren wir mit den Gebühren aktuell eher am unteren Rand. Eine moderate Erhöhung ist darum gerechtfertigt. Der Antrag zu den Mobilfunkantennen ist beim IFPA eher sachfremd. Grundsätzlich kann man darüber diskutieren, ob und wann Mobilfunkantennen auf städtischen Gebäuden möglich sein sollten, aber nicht im Rahmen der Finanzplanung. Wir lehnen die Planungserklärung ab.

Mit ihren neidschürenden Anträgen zur Personalpolitik der Stadt Bern und zum Personalreglement schießt die FDP/JF-Fraktion ein Eigentor. Die Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Deswegen muss Bern hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Die öffentliche Hand ist kein privates Unternehmen und hat andere Gesetzmässigkeiten. Es ist in erster Linie Aufgabe der öffentlichen Hand, einen intakten Service Public zu gewährleisten. Dabei darf auch vorübergehend eine höhere Verschuldung in Kauf genommen werden. Bei der öffentlichen Hand gibt es keinen Shareholdervalue und keine Aktienkapitalsteigerung. Dass die Verschuldung innerhalb eines Konjunkturzyklus' abgebaut werden soll, ist sehr schwammig formuliert. Wie lange soll denn ein Konjunkturzyklus genau dauern? Sind es drei, sieben oder dreissig Jahre? Wir lehnen diesen Antrag der Fraktion FDP/JF ab.

Eine ähnliche Planungserklärung wie diejenige der FDP/JF mit der Nummer 22 haben wir bereits letztes Jahr eingereicht. Allerdings haben wir da auf die Doppelspurigkeit innerhalb der städtischen Verwaltung fokussiert. Manchmal ist Doppelspurigkeit zu nationalen und kantonalen Stellen gerechtfertigt, wie beispielsweise beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, das eine Vollzugsbehörde ist und eng mit der KESB zusammenarbeitet. Doppelspurigkeit ist auch manchmal gewollt, weil die Stadt Bern durch kantonale Gesetzesänderungen dazu gezwungen wird, in die Bresche zu springen, wie beispielsweise bei Wohnen mit Dienstleistungen für Seniorinnen und Senioren. Wir lehnen diese Planungserklärung darum ab.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt das Budget und den IAFP und macht nur ganz wenige Korrekturen. Planungserklärung 28 zum Sportplatz Lory unterstützen wir, weil der Sanierungsbedarf und der Bedarf an Sportrasenplätzen ausgewiesen sind. Die Entfernung der neu eingeführten Sparklausel aus den Leistungsverträgen verschafft den Leistungsvertragspartnern

mehr Sicherheit. Auch unterstützen wir die Planungserklärung Nummer 30 JUSO,JA!. Bei Sanierungsprojekten sollen klimafreundliche Materialien verwendet und in den städtischen Bauverträgen sollen klimafreundliche Materialien als Bedingung aufgenommen werden. An die GFL/EVP-Fraktion: Der Antrag zum bedingungslosen Grundeinkommen wird einige Millionen Franken kosten und diese Millionen sollen dann irgendwo kompensiert werden. Ihr habt noch nicht mal den Mut zu sagen, wo sie kompensiert werden sollen.

Die SP/JUSO-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung für ihre Arbeit. Wir werden den IAFP positiv zur Kenntnis nehmen und das Produktegruppenbudget annehmen.

Ursina Anderegg (GB) zu den Anträgen der Fraktion GB/JA! (inkl. Fraktionserklärung): Ich begründe unsere drei finanzpolitischen Planungserklärungen. Für deren Einordnung muss ich ein wenig ausholen. Anschliessend gehe ich auf die Anträge der anderen Fraktionen ein.

Wir führen heute schon fast wieder eine normale Budgetdebatte, nachdem wir uns in den letzten zwei Jahren sehr intensiv mit riesigen Sparpaketen auseinandergesetzt haben. Es liegt ein bunter Strauss von Anträgen auf dem Tisch, die in die klassische Richtung gehen. Die Bürgerlichen bringen entweder noch einmal x-Anliegen ein, mit denen sie teilweise vor knapp zwei Wochen gescheitert sind oder sie versuchen, riesige Sparpakete durchzubringen mit der Behauptung, dass die Stadt bankrott sei. Eine klassische bürgerliche Logik behauptet, dass alles ganz schlimm sei, es vor allem in näherer Zukunft noch schlimmer werde und deshalb der Staat abgebaut werden müsse. Die Schwarzmalereistrategie ist klassisch und durchschaubar, wie es aktuell beispielsweise auch zwei nationale Vorlagen aufzeigen: Wenn man auf Bundesebene sparen will, sagt man einfach jahrzehntelang, dass die AHV ein Loch habe und nächstens Bankrott gehe, um jetzt auf dem Buckel der Frauen sparen zu können. Oder man kann es auch umgekehrt machen: Die Befürworter der Verrechnungssteuerreform, über die wir bald abstimmen, stützen sich auf dubiose Berechnungen und behaupten, dass die Schaffung von Steuerschlupflöchern für Grosskonzerne die Steuereinnahmen sinken lassen. Das ist absurd, man kann das aber natürlich alles so machen. Es handelt sich dabei aber entweder um eine naive oder eine unehrliche Politik und trägt nicht dazu bei, die wirklichen Probleme, die wir haben, zu lösen, wie zum Beispiel mit aller Kraft die Klimaklimakatastrophe zu bekämpfen oder zu verhindern, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet, wie es leider im Moment immer wieder passiert.

Zurück auf die städtische Ebene und die aktuelle finanzpolitische Situation: Mit Blick auf die Antragsliste scheinen wir uns auf der linken Seite langsam wieder einig zu sein, dass sich die Lage beruhigt. Deshalb liegen von Links auch nur punktuell und inhaltlich priorisiert einzelne Anträge vor. Dass sich die Lage beruhigt, sieht der Gemeinderat im Grundsatz auch so. Die Steuereinnahmen entwickeln sich besser, als ursprünglich befürchtet und die Pandemie hat zum Glück wirtschaftlich nicht so gravierende Spuren hinterlassen, wie angenommen. Das heisst, dass wir auch in diesem Jahr wahrscheinlich davon ausgehen können, dass der Rechnungsabschluss für das Jahr 2022 besser ausfällt, als letztes Jahr budgetiert. So wie das bei den letzten Rechnungen auch der Fall war. Und genau da liegt der grosse Denkfehler in der bürgerlichen Argumentation, beziehungsweise vielleicht handelt es sich dabei sogar um eine Unehrllichkeit in ihrer Politik der Behauptungen.

Budgets dürfen nicht mit Budgets verglichen werden, um eine Erzählung aufrechterhalten zu können. Wir müssen hinschauen, was wirklich passiert. Wir müssen Budgets mit Rechnungen und Rechnungen mit Rechnungen vergleichen. Ich zitiere gerne die FDP in der Budgetdebatte von vor zwei Jahren: Damals sagte Bernhard Eicher, wer rechnen könne, der oder die wisse, dass die Stadt Bern Ende 2021 bankrott sein werde. Man müsse nur drei Zahlen zusammenrechnen können. Die Rechnung 2019 wiese ein Defizit von rund 17 Millionen Franken auf, das Defizit für das Jahr 2020 werde wohl angesichts der Pandemie zwischen 30 und 50 Millionen Franken liegen. Im Jahr 2021 seien es trotz Sparmassnahmen ebenfalls 37 Millionen Franken.

Wenn man das alles zusammenrechnet, verfüge die Stadt 2021 über kein Eigenkapital mehr. Tatsächlich ist nun aber etwas anderes passiert. Die Rechnung 2020 schloss mit einem kleineren Defizit von 11 Millionen Franken und nicht 30 bis 50 Millionen Franken ab. Auch die Rechnung für 2021 schloss nicht mit einem Defizit von 37 Millionen Franken, sondern mit einem Überschuss von 5 Millionen Franken ab. Wenn ich richtig liege, ist die Stadt 2021 nicht bankrottgegangen. Im Gegenteil, sie hat sogar einen Selbstfinanzierungsgrad von 62 Prozent statt der damals budgetierten 23 Prozent. Seriöse und nachhaltige Finanzpolitik ist, wenn man stets genau hinschaut, was wirklich passiert, und anschliessend aufgrund der Tatsachen steuert und das Vorgehen ausdiskutiert. Wir begrüssen es darum sehr, dass der Gemeinderat in der jetzigen Situation, die viel besser ist als von ihm befürchtet, nun eher einmal abwartend ist und genau hinschaut sowie aktuell kein weiteres konkretes Sparpaket vorschlägt. Dass sich die Lage beruhigt, zeigt sich auch in der Tatsache, dass wir unterdessen wieder bei einer klassischen finanzpolitischen Debatte angelangt sind, nämlich bei der Schuldenfrage. In dieser Diskussion stellt sich nämlich nicht die Frage, ob wir uns Investitionen und staatliche Aufgaben leisten können, sondern ob wir uns Investitionen und staatliche Aufgaben leisten wollen, weil wir eine Notwendigkeit darin sehen. Das ist eine politische Frage und folgt keinem Naturgesetz. Und wir haben es heute Abend bereits mehrmals gehört und werden es wahrscheinlich auch noch ein paarmal hören. Wir müssen jetzt Überschüsse machen, um die Verschuldung zu bremsen oder sogar bereits anfangen, diese schleunigst abzubauen, weil wir das den nächsten Generationen nicht antun können. Für die GB/JA!-Fraktion ist klar, dass eine höhere Verschuldung kaum Folgen hat im Vergleich zum Verzicht auf nötige Investitionen und Aufgaben. Das Generationenargument finden wir sogar sehr zynisch. Wir wollen den zukünftigen Generationen ein lebenswertes Klima und die Möglichkeit hinterlassen, dass alle in einer würdigen Existenz leben können. Für uns ist klar, dass die Stadt nach wie vor bei den Investitionen vorwärts machen muss, sonst hinterlassen wir nämlich den zukünftigen Generationen eine lottrige oder inadäquate Infrastruktur und schieben das Investitionsproblem einfach auf sie ab. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern macht auch volkswirtschaftlich und finanzpolitisch Sinn.

Wie heute in den Zeitungen Der Bund und Berner Zeitung zu lesen war, steht die Stadt trotz der vielen Investitionen aktuell gut da, was den Verschuldungsgrad anbelangt. Sie kann nach wie vor zu sehr guten Konditionen Geld aufnehmen, weil die Kreditwürdigkeit hoch ist. Sogar in den Medien ist zu lesen, dass die Aufnahme von Schulden für öffentliche Investitionen nicht per se etwas Schlimmes sei, wie es von bürgerlicher Seite stets suggeriert wird. Im Gegenteil, es macht sogar Sinn, wenn die Öffentlichkeit etwas davon hat. Die grosse Frage ist aber, wie sich der Verschuldungsgrad entwickeln wird. Weil, auch wenn man Schuldenvermeidung gegenüber dringenden Investitionen in Zukunft grundsätzlich priorisieren will – was wir zum Beispiel aktuell nicht tun, aber falls man das möchte –, stellt sich die Frage, ob die heutigen Prognosen zur weiteren Verschuldung auch wirklich eintreffen werden. Weil, wenn sich erstens die Steuereinnahmen weiterhin viel besser entwickeln als angenommen, wird der Selbstfinanzierungsgrad höher sein, als heute in den Unterlagen prognostiziert, und die Schuldenfrage wird sich entschärfen. Zweitens stellt sich für uns auch nach wie vor die Frage, ob wir grundsätzlich mit dem zusammengesparten Personaletat so viele Investitionen vorantreiben können, wie wir eingeplant haben. Man merkt bereits heute, dass es Projekte gibt, die ins Stocken geraten, weil die Verwaltung nicht mehr dazu kommt, diese voranzutreiben. Umso mehr ist es für uns nicht nachvollziehbar, warum die Stadt genau jetzt eine Schuldenbremse einführen soll, wie es der Gemeinderat faktisch vorschlägt. Er will an dieser zwingenden Einhaltung der Steuerungsinstrumente aus der Finanzstrategie festhalten. Wir beantragen deshalb mit unserer Planungserklärung 7 von diesem Paradigma abzuweichen, bis der Investitionsrückstand aufgeholt ist. Wir bekämpfen damit die Einführung einer Schuldenbremse in einer finanzpolitischen Situation, in der die Risiken momentan recht überschaubar sind.

Wir haben noch zwei weitere übergeordnete Planungserklärungen eingereicht. Mit Antrag 8 fordern wir, dass der Stand der Umsetzung der ursprünglich im IAFP und der mittelfristigen Investitionsplanung (MIP) geplanten Investitionen in der Jahresrechnung ausgewiesen werden sollen. Wir finden es wichtig für den Stadtrat wie auch für die Öffentlichkeit, dass nachvollziehbar ist, wie viele der geplanten Investitionen tatsächlich vorankommen. Momentan ist es schwierig, politisch zu priorisieren, auch für uns hier im Stadtrat. Für die finanzpolitischen Diskussionen wäre es wichtig gewesen zu sehen, was im Vergleich zur Budgetierung effektiv umgesetzt werden konnte, da bezüglich Selbstfinanzierungsgrad nicht die Planung, sondern die Umsetzung relevant ist. Deshalb hat das Ganze auch einen indirekten Zusammenhang mit der ganzen Schuldendiskussion.

Zu unserer dritten Planungserklärung 6: Es geht um den Gesundheitsschutz und um die Entlastung des Personals. Wir haben es an den verschiedenen Delegationsbesuchen immer wieder gehört, der Druck auf die Mitarbeitenden ist an vielen Ecken sehr hoch. Die allermeisten haben pandemiebedingt eine sehr anstrengende Zeit hinter sich, sind zum Teil bereits wieder mit anderen Krisen beschäftigt und waren bereits vorher und jetzt noch mehr aufgrund des Fachkräftemangels am Anschlag. Gleichzeitig haben wir im Stadtrat beschlossen, sie auch noch mit dem Schnüren von Sparpaketen zu beschäftigen. Viele Dienststellen versuchen, mit weniger Personal gleichbleibende Aufgaben zu bewältigen. Das ist neben der Tatsache, dass unter diesen Voraussetzungen viele wichtige Aufgaben ins Stocken geraten, vor allem auch aus Sicht der Sorgfaltspflicht problematisch. Wir wissen bereits heute, dass Absenzen – darunter auch viele Langzeitabsenzen – stark zugenommen haben und sich in der Verwaltung auf einem Rekordniveau bewegen. Die Zitrone sei ausgepresst, hat die SBK beispielsweise von Seiten der Verwaltung gehört. Es liege nicht mehr drin, hier weiter zu sparen.

Wir beantragen deshalb, dass Massnahmen für den Gesundheitsschutz und die Entlastung des Personals ergriffen werden und auf einen weiteren Stellenabbau aufgrund von Sparüberlegungen zu verzichten sei, beziehungsweise dort, wo nötig, zusätzliche Ressourcen einzustellen sind.

Ich erläutere noch unsere Grundsatzhaltung und gehe auf die anderen Anträge sowie unser Abstimmungsverhalten in dieser Budgetdebatte ein. Wir gehen von der Prämisse aus, dass der Personalabbau und Einsparungen von Projekten bereits spürbar sind. Viele der eigentlich beschlossenen Aufgaben sind entweder gebremst oder sogar sistiert worden. Für uns ist klar, dass der Klimaschutz und Klimaanpassungsmassnahmen eine hohe Dringlichkeit haben. Ich hoffe, dass diese Dringlichkeit nun bald in allen Köpfen angekommen ist, insbesondere nach diesem Sommer. Wir sind uns einig, dass wir den Berg an Investitionen bewältigen müssen. Auch die soziale Sicherheit ist ein grosses Thema und soll oberste Priorität haben. Deshalb fordern wir mit Anträgen sehr vereinzelt und punktuell, einen Stellenabbau wieder rückgängig zu machen oder entsprechend mehr Ressourcen zur Umsetzung dieser drei für uns sehr dringlichen Aufgaben einzustellen, um die Ziele zu erreichen. In Anbetracht dessen, was ich vorgängig ausgeführt habe, lehnen wir alle Anträge ab, die darauf abzielen, die Sparpolitik im Grundsatz und in dieser Dramatik weiter voranzutreiben oder die einer Schuldenbremsenlogik folgen. Ebenfalls als problematisch erachten wir Antragspakete, die sich auf eine Materie beziehen, die wir entweder vor Kurzem sehr detailliert im Rahmen eines Geschäfts im Stadtrat beraten haben – Stichwort Personalreglement – oder in Kürze beraten werden.

Wie üblich werden wir in den Direktionsdebatten inhaltlich darauf eingehen, warum wir welche Anträge annehmen oder ablehnen und welche wir gestellt haben.

In der Grundsatzdebatte lehnen wir alle Rückweisungsanträge ab. Es ist jedes Jahr wieder amüsant, dass die Rückweisungsanträge von denen kommen, die die Erzählung aufrechterhalten, dass alles so schlimm sei und bald der Kanton kommen und uns zwangsverwalten wird und es dann noch schlimmer werde. Dies würde passieren, wenn wir kein Budget hätten, deshalb widersprechen sich diese Rückweisungsanträge.

Zu Antrag 15 bezüglich Kostenfolgen der Fusion mit Ostermundigen: Wir sind grundsätzlich für mehr Transparenz in unseren Steuerungsinstrumenten. Im Speziellen bei einem Fusionsprozess muss klar sein, welche finanzpolitischen Auswirkungen ein Entscheid hat. Dies muss für alle Seiten transparent sein und deshalb nehmen wir den Antrag an.

Zu Antrag 28 zum Sportplatz Lory: Wir lehnen den Antrag ab. Es ist diesbezüglich ein Vorstoss unterwegs und wir wollen dieses Thema im Rahmen dieser Debatte diskutieren. Für uns war es schwierig einzuschätzen, auf welche anderen Investitionen dafür verzichtet werden müsste. Diese Abwägung zwischen der Investition für den Sportplatz Lory und anderen Investitionen muss detaillierter beraten werden können. Es ist uns nicht möglich, dies hier zu entscheiden. Den Antrag 30 zu klimafreundlichen Sanierungsprojekten nehmen wir selbstverständlich an. Alexander Feuz wird es vielleicht interessieren, wie wir zum Erhalt von Grünflächen der Alleen stehen. Wir teilen das Anliegen, aber wie von Katharina Altas vorgängig erwähnt, geht es bei diesen Anträgen nicht um einzelne Bäume, sondern grundsätzlich um die Überbauung des Viererfelds. Auch können wir die Begründung der Anträge nicht mittragen, in der der Erhalt von Grünflächen und Alleen als Sparmassnahme verkauft wird. Das mutet seltsam an.

Den Antrag GFL/EVP bezüglich Pilotprojekt Grundeinkommen lehnen wir ab. Es wurde gerade erst eine Kommissionsmotion eingereicht, was bedeutet, dass der Inhalt noch gar nicht allen Stadträt*innen zur Verfügung steht. Es befremdet uns, dass in der Budgetdebatte bereits darüber debattiert werden soll, wenn die Leute gar nicht wissen, um was es genau geht. Wie bereits von der Sprecherin der SP/JUSO-Fraktion erwähnt, geht es auch für uns nicht an, dass die Mittel kompensiert werden sollen, aber keine Angaben dazu gemacht werden, wodurch dies geschehen soll. Wir unterstützen den neuen Antrag der SP/JUSO-Fraktion zur Sparklausel, die der Gemeinderat neu in die Musterleistungsverträge einbauen will. Wir finden es grundsätzlich problematisch, dass wir im Stadtrat sehr wenig darüber erfahren, wie die Musterleistungsverträge ausgestaltet werden. Viele Institutionen sind davon abhängig, wenn der Gemeinderat diesbezüglich Dinge entscheidet.

Maurice Lindgren (GLP) zu den Anträgen der Fraktion GLP/JGLP (inkl. Fraktionserklärung): Ich fasse die Begründungen für alle unsere Anträge aus der Grundsatzdebatte und das Fraktionsvotum in einem Votum zusammen.

Die Fraktion GLP/JGLP lehnt das Budget 2023 ab. Wir stellen einen Rückweisungsantrag und verlangen für den Fall, dass die Rückweisung nicht durchkommt, weitere Massnahmen. Das Budget 2023 plant wiederum ein Defizit von 28,6 Millionen Franken. Das ist zwar weniger tiefrot als das letzte Mal, aber es ist immer noch tiefrot und – das ist entscheidender – es kommt trotz sehr positiven Annahmen auf der Einnahmeseite dieses Budgets zustande. Gleichzeitig verpasst die Stadt mit dem Budget jedes einzelne finanzpolitische Ziel der Strategie; eine Strategie, die notabene vom Gemeinderat selbst stammt. Die Nichterreicherung sämtlicher Ziele sollte für alle Parteien und alle Fraktionen in diesem Rat ein deutliches Signal sein, dass etwas nicht stimmt. Richtig schmerzhaft wird es für die Grünliberalen beim geplanten Schuldenzuwachs. Treffen alle Annahmen ein, werden auf dem bestehenden Milliarden-Schuldenberg der zukünftigen Generation weitere 70 Millionen Franken aufgebürdet. Selbstverständlich werden mit diesen 70 Millionen Franken auch Schulhäuser saniert und das ist auch gut so. Aber es gibt Stimmen, die sagen, in dem Fall sei eine weitere Verschuldung in Ordnung. Diese Leute vergessen, dass auch zukünftige Generationen Schulhäuser sanieren werden müssen. Hinzu kommt dann noch unsere Schuldenlast, die sie zusätzlich mittragen müssen. Das ist weder nachhaltig noch generationengerecht. Das ist unfair. Unsere Generation muss unsere Investitionen selbst tragen können. Das Ganze wird begleitet von unschönen Diskussionen – meistens nicht öffentlich – über möglicherweise nötig werdende Steuererhöhungen. Das ist für die Grünliberalen in Angesicht einer zu 100 Prozent selbst verschuldeten

Situation – buchstäblich *selbstverschuldet* – eine inakzeptable Perspektive. Die finanzielle Gesamtsituation muss ein Weckruf sein und weitere Massnahmen des Gemeinderats zur Folge haben. Liebe Einwohnerinnen, liebe Einwohner der Gemeinde Stadt Bern, es ist fünf vor Köniz. Mit dem aktuellen Kurs geht uns das Eigenkapital aus und wenn das Eigenkapital ausgeht, kommt der Kanton. Wenn man beachtet, wie die politischen Differenzen zwischen Stadt und Kanton aussehen, kann das insbesondere für die linke Mehrheit hier im Stadtrat sicher keine Option sein. Ich nenne lieber keine genauen Zahlen und Prognosen, wann genau das eintreten wird, sonst wird Ursina Anderegg kommen, aus dem Protokoll zitieren und uns mitzuteilen, dass der Zeitpunkt nicht gestimmt hat. Wir haben erhebliche Zweifel, dass mit dem vorliegenden Budget die bestehenden Risiken realistisch dargestellt wurden. Der Rückweisungsantrag der Fraktion GLP/JGLP dient dazu, allen reinen Wein einzuschenken. Uns ist klar, dass nur wegen einer realistischeren Budgetierung noch kein Franken gespart wurde. In einem ersten Schritt wird das Budget lediglich ein noch höheres Minus ausweisen. Es zwingt uns aber dazu, der Wahrheit ins Gesicht zu schauen. Die Stadtregierung darf sich nicht aufgrund von Sondereffekten – in der Rechnung 2021 in der Höhe von rund 20 Millionen Franken – wiederum auf das Glück verlassen. Die aktuelle Lage ist ernster, als es uns der Saldo des Budgets glauben machen will. Unser Rückweisungsantrag 4 ist verbunden mit dem Auftrag, folgende Aspekte zu korrigieren: Ob die Feuerwehrabgabe als Kopfsteuer mit budgetierten Einnahmen von 6,2 Millionen Franken bei der Stimmbevölkerung eine Mehrheit findet, ist umstritten. Zudem ist in Angesicht der fortgeschrittenen Zeit ein für 2023 geplantes Inkrafttreten unrealistisch. Bei den Unternehmenssteuern ist mit neuen Rekordeinnahmen gerechnet worden, obwohl die volatile weltpolitische Lage neue Risiken mit sich bringt, wie Energiekrise, Krieg in der Ukraine und noch nicht vollständig verdaute Corona-Effekte wie Konkurse oder mehrjährige Verlustvorträge. Das ist nicht nachvollziehbar und erfordert eine Korrektur. Drittens: Obwohl die Inflation bereits Mitte dieses Jahres bei über 3 Prozent lag, rechnet der Gemeinderat immer noch mit einer Inflation von nur 1 Prozent. Auch die Konsequenzen davon sind im Budget nicht ausreichend berücksichtigt. So viel zu unserer Rückweisung.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass Massnahmen gefordert sind. Zumindest schreibt er das in seinen Ausführungen zum Budget, indem er sagt, dass mittelfristige Massnahmen im Umfang von 20 Millionen Franken nötig seien, um die Finanzen zu stabilisieren. Gleichzeitig will er aber die Massnahmen auf die nächste Legislatur verschieben. Die Grünliberalen verlangen deshalb in einer Planungserklärung – Antrag 31 –, dass die vom Gemeinderat selbst als notwendig bezeichneten Massnahme im Volumen von 20 Millionen Franken früher umgesetzt werden. Ich habe versucht aufzuzeigen, dass es hierfür höchste Eisenbahn ist. Unser Antrag 32 dreht sich um das Personalreglement. Die finanziellen Konsequenzen eines stark ausgebauten Personalreglements sind in den aktuellen Finanzinstrumenten noch nicht einmal abgebildet. Schätzungen gehen davon aus, dass es aufgrund des Reglements zu Mehrausgaben im zweistelligen Millionenbereich kommen wird. Sorgen macht uns auch die im Stadtrat vorherrschende Tonalität zu dieser Personaldebatte und insbesondere der in der Öffentlichkeit fehlende Mahnfinger des Finanzdirektors. Der Stadtrat und die Regierung scheinen nach einer zweijährigen Pause finanzpolitisch wieder in das alte Fahrwasser zurückzukehren; ein Fahrwasser, das wir aus der Zeit von vor Corona leider nur allzu gut kennen. Man baut aus und denkt nicht an die langfristigen Konsequenzen. Dieses Verhalten hat uns in die heutige Situation gebracht.

Die Grünliberalen sind nicht der Meinung, dass gross gespart werden muss. Es würde reichen, wenn konsequent über mehrere Jahre hinweg der Ausbau gebremst würde. Mit dem Wirtschaftswachstum wachsen in der Regel auch die Steuereinnahmen und es wäre eigentlich nicht so schwer, hier die Balance zu halten.

Das Mindeste, was der Stadtrat beim Personalreglement jetzt noch machen kann, ist, den Gemeinderat per Planungserklärung zu bitten, das Personalreglement in seiner Kompetenz

erst dann in Kraft zu setzen, wenn die Budgets der Stadt Bern nicht mehr in diesem Ausmass defizitär sind. Das ist nicht gespart. Es ist ein verzögerter Ausbau. Ein Ausbau in der jetzigen Situation wäre besonders unverantwortlich.

Zum Schluss müssen wir feststellen, dass die Finanzpolitik der Stadt Bern meilenweit davon entfernt ist, nachhaltig zu sein und sie entwickelt sich sogar in die falsche Richtung. Wir müssen jetzt damit beginnen, den Tanker zu wenden. Die Grünliberalen unterstützten in den letzten zwei Jahren defizitäre Budgets, auch solche, die ein grosses Schuldenwachstum vorgehen haben. Diese Ausnahmesituation ist nun vorbei.

Zum Schluss lege ich unsere Grundsätze zum Abstimmungsverhalten dar, ohne auf jeden einzelnen Antrag einzugehen: Anträge, die die finanzielle Situation weiter verschlechtern, lehnen wir ab. Solche, die sie verbessern, nehmen wir an. Davon ausgenommen sind Anträge, die Vorstosscharakter haben und damit als Budgetantrag oder Planungserklärung sachfremd sind. Speziell ist der Fall bei Antrag 38: Wir mussten uns eingestehen, dass wenn der Antrag von linker Seite gekommen wäre, hätten wir diesen angenommen. Hier verlangt nun aber die SVP, dass rassistische, sexistische und diskriminierende Organisationen und Personen von Leistungsverträgen ausgeschlossen werden. Aufgrund der Einreichenden können wir ihn nicht ablehnen. Deshalb stimmen wir dem Antrag zu. Weiter ausgenommen von unserer Zustimmung sind Anträge, die undifferenziert ganze oder halbe Verwaltungsteile abmurksen wollen. Das ist nicht zielführend und wir lehnen diese ab.

Nicole Bieri (JUSO) zu Antrag 30: Ich spreche zu Antrag 30 JUSO, JA!: Die wichtigsten Gründe für diesen Antrag sind in der Liste nachzulesen. Unserer Ansicht nach ist der Fokus auf den Klimawandel wichtig. Die ganze Welt hat diesen Sommer seine Folgen zu spüren bekommen, wir unter anderem in Form von Trockenheit. Auch wenn das einzelne Personen in unseren Breitengraden noch als angenehm empfinden mögen, wird es bald unbequem, wenn es so weitergeht. Die Stadt Bern soll sich darum auf die Veränderungen vorbereiten. Vielmehr noch soll sie sich aber für einen Stopp des Klimawandels einsetzen. Einen wichtigen Schritt – auch wenn es uns zu langsam ist – hat sie mit dem Klimareglement bereits gemacht.

Und jetzt geht es darum, dem Klimawandel bei Gebäuden sowie Neu- und Umbauten, die je nach Bau und Standard der Energie viel Treibhausgasemissionen verursachen und viel Energie brauchen, mit dem Einsatz von neuen Technologien und dem Recycling von Materialien entgegenzuwirken. Dafür soll sich die Stadt einerseits einsetzen, andererseits sollen sich aber auch ihre Partnerinnen und Partner in baulichen Fragen daran orientieren.

Francesca Chukwunyere (GFL) zu den Anträgen der Fraktion GFL/EVP (inkl. Fraktionserklärung): Ich begründe zuerst unsere einzige Planungserklärung. Die Stadt Bern hat die einmalige Chance, ein wirklich innovatives Experiment zu wagen, das über die üblichen Links-Rechts-Denkmuster hinausgehen würde. Die Digitalisierung und veränderte Altersstrukturen sowie eine veränderte Arbeitswelt fordern uns auf, innovativ und neu zu denken, damit die Sozialwerke, die Vollbeschäftigung und der soziale Frieden sichergestellt werden können. Ein Versuch mit einem Grundeinkommen bildet eine solche Idee ab und ist deshalb nachhaltig zukunftsgerichtet. Wir sind der Meinung, dass man nicht immer nur geben kann, sondern auch überlegen muss, woher man das Geld nimmt. Deshalb wollen wir – Sie werden es in meinem Fraktionsvotum feststellen – alle unsere Anträge in irgendeiner Form gegenfinanzieren und schlagen vor, das Geld an einem anderen Ort einzusparen. Da wir aber aktuell noch nicht wissen, welche Anträge durchkommen, übergeben wir die Kompetenz, dies zu entscheiden, dem Gemeinderat. Wir haben sehr wohl eine klare Vorstellung davon, wo das Geld eingespart werden könnte, wie unser Stimmverhalten zeigen wird. Ich finde es spannend, dass die Partei, die unter anderem eine Erhöhung der Ausgaben von mehreren Millionen im Bereich Personal durchgeboxt hat, uns wegen dieser drei Millionen Franken, die der Pilotversuchen kos-

ten würde, vorwirft, wir hätten keine Ahnung. Noch etwas zur formaljuristischen Begründung: Es ist immer wieder erstaunlich, wie man sich mit formaljuristischen Begründungen selbst ein Bein stellen kann, namentlich mit der Tatsache, dass noch nicht bekannt war, dass die SBK eine entsprechende Petition eingeben wird. Wir haben diese Motion als parlamentarische Initiative eingeben. Insofern war der Inhalt dieser Forderungen einem breiten Publikum bereits bekannt.

Zum Fraktionsvotum: Der Gemeinderat hat wieder einmal die Quadratur des Zirkels geschafft. Er hat ein Budget und einen IAFP vorgelegt, die einerseits den Begehrlichkeiten der Regierungsparteien in vorseilendem Gehorsam entgegenkommen und trotzdem einigermassen den marktwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Gesetzmässigkeiten folgen, denen die Stadt als Dienstleistungsbetrieb unterliegt. Er hat die realpolitische Tatsache akzeptiert, dass man nicht gleichzeitig die grünste, velofreundlichste Stadt mit den partizipativsten Mitwirkungsverfahren weit und breit sein und gleichzeitig die Digitalisierung vorantreiben, vernachlässigte öffentliche Infrastrukturen zeitgemäss renovieren und die Kultur grosszügig fördern kann. Vor diesem Hintergrund hat er ein sorgfältig austariertes Budget und einen IAFP vorgelegt, die niemanden zu fest schmerzen und trotzdem den grossen Linien des Sparens folgen und Bemühungen für eine nachhaltige Finanzpolitik widerspiegeln. Bravo! Der Gemeinderat hat dies teilweise nach dem Prinzip Hoffnung gemacht, indem er gewisse Einnahmen wie Gebührenerhöhungen und Ersatzabgaben bereits budgetierte, die weder der Stadtrat noch die Stimmbürger verabschiedet haben, und indem er optimistisch von einer Ausweitung des Steuersubstrats ausging, trotz Ukrainekrieg, Gasmangel, Corona-Pandemie und der daraus resultierenden Inflation. Wir haben deshalb ein gewisses Verständnis für die Rückweisungsanträge der Oppositionsparteien. Wir haben aber kein Verständnis für die Regierungsparteien, die mit ihren neuerlichen Begehrlichkeiten das sorgfältig erarbeitete Budget aus dem Gleichgewicht bringen und so die Gefahr mittelfristig erhöhen, dass die Stadt sich so stark verschuldet, dass sie letztendlich unter die Verwaltung des Kantons gerät.

«La plus belle fille du monde ne peut donner que ce qu'elle a.» In Akzeptanz dieser Tatsache unterstützen wir die vom Gemeinderat vorgelegten Vorgaben, so wie sie sind. Gleichzeitig hegen wir gewisse Sympathien für das Referendum zum Personalreglement der Fraktionen GLP/JGLP und FDP/JF. Zum einen, damit die Stimmbevölkerung zu dieser wichtigen Vorlage das letzte Wort hat, und zum anderen, weil uns der Zeitpunkt der Umsetzung gegenwärtig ungünstig erscheint. Man kann eigentlich gegen keine der Massnahmen inhaltlich etwas haben. Das gilt sowohl für den Teuerungsausgleich, die Elternzeit, den Vaterschaftsurlaub sowie die ausgebauten Mutterschaftsurlaube. Wenn man das ganze Paket aber am Schluss anschaut, muss man sich eingestehen, dass es in der Gesamtschau zu einer Überladung des Fuders geführt hat. Alle Verbesserungen sind wünschenswert, aber eben schrittweise und nicht alle auf einmal. Wenn das Referendum zustande kommt, wird das neue Reglement frühestens im Lauf des nächsten Jahres inkrafttreten können. Das verschafft uns Zeit und damit einen grösseren finanzpolitischen Handlungsspielraum. Ähnliche Sorge hegen wir auch bezüglich der Umsetzung des Betreuungsschlüssels in den Kitas.

Mit unseren beiden bescheidenen Anträgen und Planungserklärungen, mit denen wir innerhalb des vorgelegten Finanzrahmens Gegenfinanzierungen vorschlagen, demonstrieren wir, wo wir als Partei innerhalb des gegebenen Spielraums Akzente setzen möchten und welche Aspekte uns bei der Abwägung der verschiedenen Güter wichtig wären; ämlich das Vorantreiben der Klimaziele und Überlegungen dazu, wie wir in Zukunft – in Anbetracht der immer weiter aufgehenden Schere – in der Gesellschaft den sozialen Frieden wahren können. Im Sinne des Klimaschutzes und der Ressourceneffizienz beantragen wir erstens eine Aufstockung des Personalbestands im Amt für Umwelt um 100 Stellenprozente, damit unter anderem die Gebäudesanierungen, die bisher sträflich vernachlässigt wurden, endlich Fahrt aufnehmen und das geplante Fernwärmenetz nicht nur ausgebaut wird, sondern am Schluss auch genutzt

werden kann. Als Zweites beantragen wir die Finanzierung des Pilotversuchs. Dazu habe ich mich bereits geäußert. Um die erste Massnahme umzusetzen, muss die Verwaltung alte Zöpfe, wie beispielsweise das Energiestadtlabel, abschneiden und das Parlament auf den Ausdruck von Papierunterlagen verzichten.

Konstruktive Anträge der Oppositionsparteien dazu, wie man auf der Einnahmenseite Verbesserungen erreichen könnte, haben wir geprüft und nehmen diese zum Teil an. Die Begehrlichkeiten und finanzpolitisch unrealistischen Anträge der Regierungsparteien lehnen wir – sofern budgetrelevant – grösstenteils ab. Das gilt auch für die Anträge, die die Kultur betreffen; dies obwohl wir uns als Kulturpartei begreifen und uns damit sehr wahrscheinlich bei der eigenen Wählerschaft unbeliebt machen. Der Schritt des Gemeinderats ist mutig. Man muss über die Beiträge diskutieren können, ohne dass bei jedem Kürzungsantrag direkt von Mord an der Kultur gesprochen wird. Dieser pawlowsche Reflex nimmt der Kulturpolitik jeden Gestaltungsspielraum und einen solchen muss die Politik aber haben, sonst gibt es keine Kulturpolitik mehr. Es muss möglich sein und bleiben, Schwerpunkte neu zu setzen und zu verschieben. Eine kleine Ausnahme machen wir dabei, diese betrifft das Haus der Religionen und dies nicht nur, weil wir mit der EVP verhandelt sind. Es scheint uns wichtig zu sein, die Kultur breit zu definieren und das einzigartige Experiment von religiösem Dialog weiter im gleichen Mass zu unterstützen. Das Haus der Religionen verfügt über keine Lobby und fällt strukturell immer wieder zwischen Stuhl und Bank. In Anerkennung der Tatsache, dass die Kultur oft auf religiösen Bekenntnissen fusst, ist ein Dialog zwischen Religionen, wie er dort gepflegt wird, in gewisser Weise eine Voraussetzung für ein transkulturelles und diverses Kulturverständnis.

Diese Wahrnehmung teilen fast alle Fraktionsmitglieder. Eine Person ist der Meinung, dass sich ein säkularer Staat prinzipiell nicht an religiösen Aktivitäten zu beteiligen habe, und wird sich der Stimme enthalten. Sämtliche rein deklaratorischen Anträge, die eigentlich gar nicht in eine Budgetdebatte gehören, lehnen wir aus formalen Gründen ab. Diese können nämlich zu einem späteren Zeitpunkt während des Ratsbetriebs gestellt werden und dienen aktuell nur dazu, Wasser in die Aare zu tragen. Sie fordern Dinge ein, die schon gemacht werden, oder dienen dazu, der eigenen Wählerschaft zu zeigen, dass man sich für sie einsetzt. Dazu ist während des restlichen Jahres noch genügend Zeit vorhanden und das gehört nicht in eine Budgetdebatte. Aus Ratseffizienzgründen werden wir uns deshalb innerhalb der Debatte auch inhaltlich nicht zu solchen Anträgen äussern.

Sollten die kostentreibenden Anträge der anderen Regierungsparteien alle durchkommen, behalten wir uns bei der Schlussabstimmung die Stimmenthaltung vor.

Fraktionserklärungen zu Traktandum 1 und 2

Jemima Fischer (AL) für die Fraktion AL/PdA: Bevor wir zu den einzelnen Anträgen kommen, möchte die Fraktion AL/PdA folgendes festhalten: Ein defizitäres Budget mutet auf den ersten Blick unschön an. Das aber um jeden Preis umgehen zu wollen, ist nicht unbedingt langfristig gedacht. Denn sowohl dringend nötige Klimamassnahmen, sozialverträgliche Anstellungsbedingungen und soziale und kulturelle Angebote benötigen Geld. Spart man sie weg, um kein Minus auszuweisen, sieht es in ein paar Jahren noch prekärer aus.

Wir sind der Meinung, dass ein Budget ein Defizit anpeilen darf, wenn es nötig ist. Nötig ist es dann, wenn wir nicht beim Sozialen, beim Kulturellen und bei der Gesundheit Einsparungen machen müssen. Das ist eine politische Handlungsfrage, ob wir das wollen oder nicht. Wir lehnen die Anträge 1 bis 4 ab und sprechen uns gegen die verschiedenartigen Rückweisungen aus. Einiggehen wir mit einem Punkt aus dem 4. Antrag, nämlich bezüglich der Feuerwehrabgabe. Da herrscht Ungewissheit. Wir haben das in einem separaten Antrag ausformuliert und sehen hier keinen Grund, deswegen das ganze Budget zurückzuweisen. Den Antrag 5 SVP,

der Mehrausgaben insbesondere im Kulturbereich kompensieren will, lehnen wir vehement ab und möchten das auch nicht weiter diskutieren. Die Anträge 6 bis 8 GB/JA! unterstützen wir. Kosten bei einer konsequenten Klimapolitik oder dem Gesundheitsschutz von städtischen Angestellten einzusparen, ist langfristig verheerend. Auch bei der Frage der Schuldenbremse gehen wir mit der GB/JA!-Fraktion einig. Für die Anträge 9 bis 13 hegen wir ein bisschen Sympathien. Wir teilen die Wachstumskepsis und die Sorge um die städtischen Grünflächen. Aufgrund dessen aber die Überbauungen und Erschliessungen des Viererfelds und des Gaswerkareals einmal mehr anzuprangern, erscheint uns nicht zielführend. Antrag 14 lehnen wir aus den eingangs genannten Gründen ab. Dem Antrag 15 stimmen wir zu, denn um langfristig Einschätzungen treffen zu können, ist Transparenz notwendig. Ebenfalls unterstützen wir Antrag 16: Um über allfällige Steuerungen von städtischen Leistungen zu diskutieren, braucht es eine Aufschlüsselung der solchen. Die folgenden Anträge 17 bis 27 der Fraktion FDP/JF, teilweise zusammen mit der Mitte-Fraktion, lehnen wir ab. Die Stadt Bern soll weiterhin gute Arbeitsbedingungen für ihre Angestellten bieten und sich nicht an den Maximen der Privatwirtschaft orientieren. Antrag 28 FDP/JF, Mitte und SP/JUSO stimmen wir zu. Antrag 29 lehnen wir ab, denn eine lebendige Stadt braucht Begegnungszonen und die Möglichkeiten zur Partizipation der Bevölkerung. Dass das nicht ohne Geld geht, liegt auf der Hand. Nicht zuletzt fokussiert der Gemeinderat in seinen Legislaturrichtlinien «Pulsierende Hauptstadt und Partizipation» darauf, als einer von fünf Themenbereichen, in denen Fortschritte erzielt werden sollen. Antrag 30 JUSO, JA! stimmen wir zu. Die weiteren Anträge von GLP/JGLP und SVP lehnen wir ab. Bei Antrag 45 gehen wir inhaltlich mit den Antragstellenden einig. Die Stadt ist verantwortlich für sozialen Wohnbau und Wohnungsunterhalt und es wäre hier aus unserer Sicht zielführender, wenn Ersatzpflanzungen gefordert würden. Den neu eingetroffenen Antrag 48 lehnen wir ab. Die Motion der SBK hat unsere volle Unterstützung und der Pilotversuch darf nicht auf Kosten von anderen gehen und kompensiert werden. Antrag 49 stimmen wir zu.

Florence Schmid (JF) für die Fraktion FDP/JF: Bevor ich mein Fraktionsvotum halte, möchte ich mich noch kurz zu zwei vorherigen Voten äussern. Liebe Ursina Anderegg: Erstens liegt ein Selbstfinanzierungsgrad von 62 Prozent immer noch deutlich unter der Empfehlung des Kantons. Dem Kanton nach sollte der Selbstfinanzierungsgrad nie unter 70 Prozent fallen und wenn, dann muss dieser innerhalb von wenigen Jahren ausgeglichen werden können. Der Median beim Selbstfinanzierungsgrad der Berner Gemeinden weist 100 Prozent auf. Ein Blick in den IAFP zeigt, dass wir meilenweit davon entfernt sind, unseren Selbstfinanzierungsgrad zu verbessern. 2023 wird ein Selbstfinanzierungsgrad von 41 Prozent prognostiziert. Zweitens: Sie können der FDP/JF-Fraktion Schwarzmalerei vorwerfen. Das Einzige, was wir aber tun, ist, die Zahlen und Berichte des Gemeinderats zu zitieren. Ich empfehle Ihnen, diese einmal zu lesen. Drittens: Ihre Begründung zur Ablehnung der Planungserklärung bezüglich des Pilotprojekts für ein bedingungsloses Grundeinkommen ist wenig glaubwürdig. Sie stimmen also nein, weil Sie noch nicht wissen, was in diesem Projekt vorgesehen ist. Dabei basiert der Antrag auf einer von Ihnen miteingereichten parlamentarischen Initiative. Das Geschäft ist Ihnen also bestens bekannt. Sie wollen schlicht nicht, dass in diesem Jahr Ihre Ausgabenfreude im Rahmen der Budgetdebatte erfolgt. Liebe Katharina Altas, die Stadt kann natürlich nicht selbst Eigentum realisieren. Im Moment schränkt sie den Bau von Eigentum aber durch absurde Bedingungen massiv ein, so beispielsweise auf dem Gaswerkareal. Zum Fraktionsvotum: Am Börsenplatz in Frankfurt stehen zwei Skulpturen. Eine Skulptur stellt einen grossen, starken Stier mit erhobenem Haupt dar. Die zweite Skulptur ist ein Bär, der deutlich kleiner ist als der Stier und sein Haupt gesenkt hält, als ob er sich vor dem starken Stier verstecken wolle. Diese Skulpturen stehen vor der Börse, weil man sagt, dass ein konjunkturelles Hoch einem Bullenmarkt entspreche. Ein konjunkturelles Tief, also eine Baisse,

wird als Bärenmarkt bezeichnet. Im Budget der Stadt Bern werden für 2023 100 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen prognostiziert, als 2014 eingegangen sind. Das entspricht einem Fünftel mehr Steuereinnahmen innert zehn 10 Jahren. Ein Fünftel mehr Steuereinnahmen innert zehn Jahren, ohne dass die Bevölkerung in der gleichen Zeit nennenswert zugenommen hätte! Die logische Folge wäre also, dass die Stadt Bern finanziell prosperiert und dass man darum in Erwägung ziehen müsste, dass die Bären im Bärengraben künftig einem Stier Platz machen müssten. Leider ist aber das Gegenteil der Fall. Vor Corona hat es für viele einen Bullenmarkt gegeben. Aber im Wissen darum, dass der Bär – also die Baisse – an den Märkten immer wieder einen Platz bekommt, ist rundherum in Gemeinden und anderen Kantonen für den Bärenwinterschlaf vorgesorgt worden, vor allem, indem man Schulden abgebaut hat.

Die Stadt Bern hat aber keine Schulden abgebaut, sondern Schulden gemacht. Die aufgenommenen Kredite hat sie in Infrastruktur gesteckt. Dass Geld in Infrastruktur gesteckt wurde, ist gut und wichtig, da die Stadt Bern jahrelang dringend notwendige Sanierungen an elementarer Infrastruktur wie Schulen und Sportplätzen sträflich vernachlässigt hat. Das ist bekannt. Nicht gut ist aber, dass der Schuldenberg jedes Jahr um durchschnittlich 100 Millionen Franken angestiegen ist. Allein der Allgemeine Haushalt hat per 31. Dezember 2021 über 1,2 Milliarden Franken und der Gesamthaushalt sogar rund 3 Milliarden Franken Fremdkapital – also Schulden – ausgewiesen. Sie haben es heute Morgen bestimmt in der Zeitung Der Bund gelesen: Selbst, wenn die Stadt Bern auf einen Schlag all ihr Vermögen verkaufen und damit Schulden abbezahlen würde, bliebe für jeden Stadtberner und jede Stadtbernerin noch eine Schuld von rund 2000 Franken. Im Gesellschaftsrecht, das für Private gilt, bedeutet dies eine Überschuldung und der Private ist in diesem Fall für den Konkursrichter bereit.

Die Stadt Bern hat also rund 100 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen, aber trotzdem 100 Millionen Franken mehr Schulden pro Jahr gemacht. Man hat 100 Millionen Franken lieber freimütig ausgegeben, als das Steuergeld in sinnvolle Infrastrukturprojekte zu investieren. Das Geld wurde freimütig für Dienstleistungen ausgegeben, die bereits auf Kantons- und Bundesebene erbracht werden. Ein entsprechendes Beispiel findet sich in der Antragsliste, nämlich beim Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen, das gemäss Motion rund 3 Millionen Franken jährlich kosten würde. Die Fraktion FDP/JF lehnt den Antrag selbstredend ab. Weiter wird freimütig Geld ausgegeben für objektiv gesehen unnötige Dinge wie beispielsweise einen höheren Betreuungsschlüssel in den Kitas und für Projekte, die Private konkurrenzieren, auch im ganz Kleinen. So kann man zum Beispiel bei der Stadtgärtnerei sein Grüngut häckseln lassen. Das ist eindeutig eine Dienstleistung, die von Gärtnern oder Gartenbauunternehmern angeboten wird.

Das freimütige Geldausgeben ist kurzfristig, verantwortungslos und rächt sich schnell. Wir kommen nun nämlich an einen Punkt, an dem die Schuldenlast zu gross wird und uns der Verlust unserer finanziellen Handlungsfähigkeit droht. Wir könnten unser Budget nicht mehr selbst beschliessen, dies würde der Kanton übernehmen. Unser Schuldenberg ist so gross, dass ihn unsere Generation nicht wird abtragen können. Wir hinterlassen ihn stattdessen unseren Kindern und verletzen so die Generationengerechtigkeit massiv. Trotzdem reagiert der Gemeinderat kaum auf diese Situation. Wir bräuchten pro Jahr Überschüsse von 20 bis 40 Millionen Franken, um der Schuldensituation Herr zu werden. Die steigenden Zinsen machen die Sache nicht besser. Das Budget 2023 sieht aber keine Überschüsse vor, sondern einmal mehr ein Defizit von rund 30 Millionen Franken. Die rot-grüne Mehrheit möchte dies durch den automatischen Teuerungsausgleich für das Personal, der rund 10 Millionen Franken kostet, sogar noch verschlimmern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir geben unserem Bären mit dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Budget keine Chance, den Winterschlaf zu überleben. Die geopolitische Lage lässt vermuten, dass der Winter lang werden wird. Für das Überleben verlangt die Fraktion

FDP/JF, dass der Bär in ein wirklich hartes Training geht, das weh tut. Was in den letzten Jahren an unnötiger Verwaltungsstruktur aufgebaut worden ist, muss rückgängig gemacht werden. Das bedingt einen Personalabbau und es bedingt auch, dass man auf alle Aufgaben verzichtet, die bereits durch den Kanton oder den Bund wahrgenommen werden. Es bedingt, dass keine Aufgaben, die nicht zu den Gemeindeaufgaben gehören, wahrgenommen werden, und, dass man Aufgaben, die nicht durch das Gesetz vorgegeben und so zwingend notwendig sind, bleiben lässt. Es bedingt, dass man dem Gewerbe Raum und Wohlwollen entgegenbringt. Es bedingt, dass Wohnbauprojekte ermöglicht werden, die vermögende Steuerzahler in die Stadt Bern locken und auch hierbehalten. Deshalb ist die Realisierung von privatem Eigentum zu priorisieren. Die Stadt Bern muss dringend damit aufhören, Wohnraum für vergünstigte Vermietung zu kaufen. Auch das führt zum stetigen Wachstum der Stadtberner Schuldenlast und bedroht die hohen Steuereinnahmen. Wir haben es vorgängig von Vivianne Esseiva gehört.

Zusammengefasst verlangt die Fraktion FDP/JF also, dass das Entlastungspaket des Gemeinderats zu einem Sparpaket wird. Das PGB 2023 sieht gar keine Sparmassnahmen vor, sondern will den Stadtbernerinnen und Stadtbernern, die offensichtlich genügend Steuern bezahlen, stattdessen noch mehr Steuern und Abgaben zumuten. Die Einführung von zusätzlichen Steuern und Abgaben lehnt die Fraktion FDP/JF konsequent ab. Aus diesen Gründen weist die Fraktion FDP/JF das PGB 2023 zur kompletten Anpassung und Verbesserung zurück. Es muss sichergestellt werden, dass die Stadt die Vorgaben der Finanzstrategie erfüllt – insbesondere was eine gesunde Schuldensituation betrifft – oder sich diesen zumindest annähert. Den IAFP 2023 nimmt die Fraktion FDP/JF negativ zur Kenntnis.

Einzelvoten zu Traktandum 1 und 2

Ruth Altmann (parteilos): Ich sage zum Antrag bezüglich bedingungslosem Grundeinkommen, es ist tatsächlich eine interessante Idee und ich denke, dass es sich lohnt, politisch darüber nachzudenken. Die Stadt Bern ist aber nicht der richtige Ort dafür. Kompensationsmöglichkeiten, die Sie im Moment noch nicht benennen können, wären beispielsweise der Wegfall von Sozialleistungen und so weiter. Das Ganze ist kompliziert. Das Pilotprojekt macht aus meiner Sicht in der Stadt Bern keinen Sinn. Man müsste es aus meiner Sicht auf nationaler Ebene – gesamtschweizerisch – im Nationalrat anschauen. Das Thema ist zu komplex. Ich lehne es nicht grundsätzlich ab, aber ich lehne es ganz klar für die Stadt Bern als Pilot ab. Es ist sinnlos und zu wenig austariert, es bringt nichts.

Bezüglich der weiteren Anträge zur Budgetdebatte halte ich mich an die Voten der Mitte-Fraktion sowie der Fraktion SVP. Ich halte diese für vernünftig. Wir müssen sparen. Wir können nicht zukünftige Generationen verschulden. Es gibt für mich ein paar Ausnahmen, die dem Umweltschutz und dem Klimawandel geschuldet sind, zum Beispiel der Antrag zu umweltfreundlichen Baumaterialien. Diese unterstütze ich. Ansonsten unterstütze ich die Anträge, die die Ausgaben mindern oder bremsen und lehne alle Anträge ab, die die Ausgaben vergrössern.

Simone Machado (GaP): Die rot-grüne Logik der Stadt Bern ist eine eigene Logik. Diese schlägt sich auch in den Finanzen nieder. Es wird vom Sparen gesprochen und gleichzeitig werden grosse Investitionsprojekte angerissen, die teilweise sogar unnötig sind. So zum Beispiel der Tunnel am Hirschengraben oder das Tram Bern-Ostermundigen. Es wird von Klimaschutz gesprochen und gleichzeitig werden in der Stadt Bern in den nächsten Jahren über 330 ausgewachsene, grosskronige Bäume gefällt, deren Kühleffekt zu ersetzen um einiges teurer werden wird, als wenn sie jetzt erhalten würden. Es ist von Biodiversität die Rede, aber

wenn die Stadt baut oder Baurecht vergibt, entstehen waagrechte und senkrechte Betonwüsten, in die sich keine Hummel verirrt, weder in den Blumentrog auf dem Fenstersims noch auf dem Balkon. Es ist zu befürchten, dass unter der rot-grünen Regierung die letzten Grünflächen wegfallen.

Zum IAFP und zu den Anträgen: Alle Anträge, die Investitionen bremsen und gleichzeitig die Natur schützen, nehme ich an. Ebenso stimme ich allen Anträgen zu, die die Transparenz fördern. Ich lehne alle Anträge zur Bremsung der Verschuldung ab und nehme die Anträge zur Erhöhung des Selbstfinanzierungsgrads an. Wenn die Stadt Bern schon so viel zubetoniert, soll sie dies nicht auf Kosten der nächsten Generationen machen. Zu Antrag 43 bezüglich des Projekts für ein Grundeinkommen: Ich bin entschieden gegen dieses Experiment. Ich habe Jahrzehnte für ein Grundeinkommen gekämpft, meine Meinung nun aber geändert. Im Zug der Digitalisierung ist das Ganze zu einer gefährlichen Sache geworden. Wir können heute auf einer Plastikkarte AHV-, Zivilstands-, Lohn-, Steuer- sowie Bankdaten, die Bibliothekskarte und das Carsharing und eben auch das Grundeinkommen vereinen. Es besteht die Gefahr, dass das Grundeinkommen zu einem Social-Credit-System nach dem Modell von China wird. Sie denken nun vielleicht, dass China weit weg ist und meine Befürchtungen übertrieben sind. Ich sage dazu: Nein, China rückt näher. Das Experiment wird noch dieses Jahr in Bologna gestartet und demnächst auch in Wien. Von dem her gilt es hier, wirklich vorsichtig zu sein und nicht etwas Gutes zu meinen und etwas Gefährliches zu machen.

Johannes Wartenweiler (SP): Viele dieser Anträge, die wir heute verhandeln, sind für die Galerie und ich gehe nicht darauf ein. Ich sage ein paar Dinge zur wieder aufgekommenen Diskussion über das Personalreglement, das wir vor zwei Wochen verabschiedet haben. Wir haben vernünftige Verbesserungen zur Vereinbarung von Arbeit und Betreuung für das städtische Personal sowie einen grundsätzlichen Teuerungsausgleich beschlossen, der auf ein Postulat oder eine Kommissionsmotion der SVP, der GFL und der SP zurückgeht. Der Gemeinderat hat uns für diese Kosten etwa 1,5 Millionen Franken in Aussicht gestellt. Weil die Teuerung nun 3,3 und mehr Prozent beträgt, werden wir nun verlangen, dass die entsprechenden Mittel im IAFP eingestellt werden. Die bürgerliche Seite will nun mit dem Personalreglement in eine zweite Runde und ergreift das Referendum. Die Monopolblätter Der Bund und Berner Zeitung haben ihnen hierzu den Teppich ausgelegt und selbst bei der GFL gibt es gewisses Verständnis für dieses Projekt. Sie kommen wieder mit verschiedenen Anträgen, die wir im Personalreglement bereits abgelehnt haben, wie beispielsweise Rentenalter 65 oder Arbeitszeiten wie auf dem freien Markt, Vertrauensarbeitszeit ab einem Lohn von 120 000 Franken und so weiter und so fort. Das ist Ihr gutes Recht. Wenn Sie diese Konfrontation suchen, werden wir dieser Konfrontation sicherlich nicht aus dem Weg gehen. Wir sind bereit, uns dem zu stellen. Wir bekämpfen den Angriff auf das Personalreglement und werden ihn verhindern. Wir sind weiterhin der Meinung, dass es sich um eine vernünftige und massvolle Anpassung handelt und wir keine überzogenen Forderungen gestellt haben. Wir wollen gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen für das städtische Personal. Das Personal soll sich in der Stadt Bern wohlfühlen. Es ist nicht unser Problem, wenn die Privaten nicht wollen oder nicht können und weniger bezahlen. Wir sind für das städtische Personal zuständig und nicht für die Privaten. Man muss erwähnen, dass das Personal nicht auf Rosen gebettet ist. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten x Sparpakete durchgezogen. Es ist nicht so, dass man in dieser Stadt nicht gespart hätte, ganz im Gegenteil. Das Personal trug diese immer mit, dies in der Diskussion mit dem Gemeinderat. Wir haben vom Personal sehr viel Support für das Übergeordnete erhalten.

Zum Teuerungsausgleich: Früher war das selbstverständlich, weil es früher Inflation gab. Die meisten von Ihnen wissen gar nicht, was eine Inflation ist. Bis in die 1980er Jahre waren 3 bis 6 Prozent Inflation üblich. Das war keine gute Entwicklung und der Ausgleich der Teuerung

war sehr wichtig, um die Kaufkraft zu erhalten. Ohne Kaufkraft bricht der Binnenkonsum zusammen und die Wirtschaft läuft nicht mehr. Das will wirklich niemand.

Malen Sie bitte nicht den Teufel an die Wand. Der Ausgleich der Teuerung wird zwischen dem Gemeinderat und den Sozialpartnern verhandelt. Sie können davon ausgehen, dass sie sich zum Wohl der Stadt Bern finden werden. Sie haben in Ihren Voten häufig den Teufel an die Wand gemalt und ausgeführt, wie schrecklich alles sei. Wenn ich Ihnen zuhöre, komme ich mir manchmal vor wie in einem Katastrophenfilm. Wir von den Gewerkschaften haben das Budget studiert, stehen dazu und unterstützen es. Ebenso werden wir das Personalreglement unterstützen.

Szabolcs Mihalyi (SP): Zur Erinnerung: Das budgetierte Defizit von 28 Millionen Franken entspricht ungefähr der Hälfte der Baukosten des neuen Schulhauses Kleefeld. Ein Grossteil der Schulden der Stadt Bern sind Sanierungskosten für unsere Schulhäuser. Sanierungskosten, die man früher gerne aus kosmetischen Gründen in die Zukunft – beziehungsweise auf heute – verschoben hat. Wir können gerne darüber streiten, ob für eine Schulhaussanierung 40, 50 oder 60 Millionen Franken der passende Preis ist. Ich erinnere Sie daran, dass die Sanierung der Schulanlage Schwabgut, die jetzt zur Abstimmung kommt, 50 Millionen Franken teuer ist und von links bis rechts im Stadtrat gutgeheissen wurde. Ich erwarte von keiner Partei, dass sie für irgendein Schulhaus die Nein-Parole beschliessen wird.

Man hat heute viel über die Bürden der Schulden für die kommenden Generationen gesprochen. Ich darf daran erinnern, dass in einem baufälligen Schulhaus, in dem wegen verschobenen Sanierungen der Unterricht nur eingeschränkt durchgeführt werden kann – wie es in manchen Schulhäusern, die ich kenne, der Fall ist – die Chancengerechtigkeit nicht mehr gewährleistet werden kann und dies viel schwerwiegendere Konsequenzen für kommende Generationen hat. Die Steuerzahlenden, auf die Sie sich ständig beziehen, haben auch Kinder und diese haben es verdient, eine anständige Ausbildung zu erhalten. Die Stadt ist nach Gesetz dazu verpflichtet, ihnen dies zu bezahlen und zur Verfügung zu stellen.

Alexander Feuz (SVP) Fraktion SVP: Wir sind ein paarmal angesprochen worden. Ich nehme den Ball gerne auf. Es wurde von einer Konfrontation mit dem Personalreglement gesprochen. Nein, es ist anders. Sie gehen in die Konfrontation mit dem Steuerzahler. Die Kosten der Parkkarten werden verdoppelt, aber wegen dem Personal müssen wir wahrscheinlich noch eine Steuererhöhung machen.

An Francesca Chukwunyere: Die Mitte-Fraktion sowie die SVP-Fraktion tragen das Referendum mit. Wir haben bereits begonnen, Unterschriften zu sammeln. Das Referendum stösst auf Zuspruch.

Bezüglich Schulhäuser: Die SVP war die einzige Partei, die das Wyssloch-Abenteuer abgelehnt hat. Die geplanten 11,5 Millionen Franken sind jenseitig. Sie haben heute die Gelegenheiten, das zu korrigieren. Wir stellen bei der PRD den Antrag, aus der Sanierung des Kirchenfeld-Schulhauses ein vernünftiges Projekt zu machen. Hier könnten wiederum 20 Millionen Franken gespart werden. Ich nehme auch den Ball bezüglich der nächsten Generationen auf. Sie machen die Grünräume kaputt – das Viererfeld – und bürden der Jugend ein finanzielles Joch auf. Beim Viererfeld wurde zuerst immer gesagt, es sei eine eierlegende Wollmilchsau. Nun wissen wir, dass die Erschliessung 120 Millionen Franken kostet. Gemeinderat Michael Aebbersold hat in einer der letzten Sitzungen gesagt, dass man froh sein müsse, wenn eine schwarze Null dabei herauskomme. Was bringt das? Wir zerstören unsere Grünreserven, überbauen alles und haben anschliessend Probleme mit dem Klimaschutz. Es blüht uns dasselbe wie in Ostermündigen: Wir haben dann zwar mehr Einwohner, aber auch höhere Kosten.

Wir haben entsprechende Anträge gestellt und ich bitte Sie, diese zu unterstützen. Die SVP hatte immer einen klaren Kurs. Ich hoffe auf das Referendum. Bedenken Sie, dass das Budget noch angenommen werden muss. Irgendeinmal ist es einfach genug und ich hoffe, dass der Stimmbürger Nein sagt. Wir laufen so unweigerlich in eine Steuererhöhung oder in eine Bevormundung durch den Kanton hinein.

Katharina Altas (SP): Nur eine kleine Replik auf die Aussage der GFL/EVP-Fraktionspräsidentin: Ich weiss nicht, wann Sie Ihre staatstragende Rolle entdeckt haben, aber wenn Sie sich erinnern, haben wir das letztjährige Budget weitgehend mitgetragen und werden auch das diesjährige Budget mittragen. Ausserdem haben Sie auch einen Antrag gestellt, der budgetrelevant ist. Ich weiss nicht, warum Sie hier in Polemik ausarten.

Francesca Chukwunyere (GFL): Ich wurde zweimal namentlich erwähnt. Es geht mir nicht um Polemik. An Alexander Feuz: Wir werden das Referendum nicht mitunterstützen. Es ist eine rein strategische Überlegung unsererseits, dass es dank dem Referendum ein bisschen Luft gibt, und dass wir aber auch finden, der Stimmbürger und die Stimmbürgerin haben ein Recht, darüber zu befinden, wenn unser Personal der Stadt ein neues Reglement bekommt. Wir werden aber nicht mit Ihnen Unterschriften sammeln gehen. An Katharina Altas: Wir haben unsere staatstragende Rolle eventuell wieder entdeckt. Das kann sein. Ich bin neu im Amt der Fraktionspräsidentin und werde vermutlich noch einige Anträge einbringen, die für die eine oder andere Seite irritierend sein werden. Ich definiere mich weder als links noch rechts. Ich bin lösungsorientiert und konstruktiv. Deshalb möchte ich betonen, dass der Unterschied bei unserem Antrag war, dass wir eine Gegenfinanzierung beantragen. Deshalb ist das Grundeinkommen plötzlich zu einem rechten Anliegen mutiert. Das ist interessant.

Thomas Hofstetter (FDP): An Johannes Wartenweiler: Es geht um das Personalreglement. Sie als Gewerkschaftsvertreter konnten Ihre Sicht darlegen und ich lege meine als Unternehmer dar. Sie haben gesagt, dass die Unternehmer selbst schauen müssen, wie sie zu ihren Leuten kommen. Ich kann Ihnen versichern, dass das nicht so einfach ist. Wenn man den Benchmark nimmt, liegen 80 Prozent der Angestellten der Stadt Bern darüber. Und jetzt werden sie noch besser. Das hat einen Einfluss auf alles. Das heisst für die Arbeit in der Privatwirtschaft, die einige nicht mögen, die aber existiert – ich spreche nicht von Konzernen, sondern von KMU –, ist die Stadt eine Konkurrenz. Gute oder einfach mehr Leute gehen zur Stadt oder sie wollen mehr Geld verdienen. Das bedeutet für uns Unternehmer, dass wir teurer werden. Wenn wir beispielsweise die Produktion von Solarzellen aus China wieder in die Schweiz holen möchten, bedeutet das konkret, dass dies aufgrund der hohen Kosten nicht möglich ist. Somit ist das Personalreglement in einem gewissen Sinn klimaschädlich. Wenn wir ehrlich sind, gibt es keine Klimaverbesserung ohne Wohlstandsverlust oder -abbau. Man muss auch dort hinschauen, Sie aber machen das Gegenteil.

Direktor FPI *Michael Aebersold:* Ich habe viele spannende und überraschende Dinge gehört sowie einige Dinge, die man berichtigen müsste. Das ist aber aus Zeitgründen nicht möglich. Ich gliedere meine Ausführungen in vier Teile: Teil 1 ist ein Rückblick, Teil 2 widmet sich dem IAFP und dem Budget, in Teil 3 gehe ich auf die Anträge ein und Teil 4 beinhaltet das Fazit. Die grosse Frage lautet heute, wie es um die städtischen Finanzen steht. Würde man es als Gretchenfrage stellen, hiesse es: «Nun sag, wie hast du es mit den Finanzen?» Es kommt auf das gleiche hinaus, wir stehen vor dem Abgrund. Befinden wir uns auf einem steilen Anstieg oder auf einer gemütlichen Wanderung? Einleitend kann ich Ihnen sagen, dass die Panikmache der bürgerlichen Seite genauso fehl am Platz ist wie die Sorglosigkeit der linken Seite. Trotzdem möchte ich zu Beginn ans Parlament appellieren, an die finanzpolitische Vernunft

und an die Verantwortung, die Sie haben, den vom Gemeinderat eingeschlagenen Kurs voll und ganz zu unterstützen. Das Einfachste und Vernünftigste wäre wahrscheinlich, wenn Sie sämtliche Anträge zurückziehen und dieser Vorlage so zustimmen würden, wie sie Ihnen unterbreitet wurde. Wir könnten dann anschliessend ein Bier trinken. Aber so weit wird es nicht kommen.

Ich komme zum Rückblick: Das Budget 2021 sowie das von 2022 standen unter dem Eindruck der pandemiebedingten Schliessung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens. Das ist vielerorts bereits wieder in Vergessenheit geraten. Sie mögen sich vielleicht erinnern, das Motto lautete «Bleiben Sie zu Hause». Alles stand still und entsprechend pessimistisch wurden die beiden Budgets vorbereitet. Bereits im Jahr 2019 lagen wir mit den Steuererträgen unter dem Budget. Es war sehr wichtig, dass der Gemeinderat rasch reagiert und am fahrenden Zug die Räder gewechselt hat, indem er beim Budget 2020 Korrekturen vornahm. Er beschloss FIT I für das Budget 2022 und mit FIT II ein Entlastungspaket von beträchtlichem Ausmass, das seit 2022 wirksam ist. Sie, liebe Parlamentarier*innen, haben letztes Jahr FIT II beraten, konkrete Entscheide zum jetzt laufenden Budget 2022 gefällt, und dazu sehr viele Planungserklärungen zu den weiteren Planjahren verabschiedet. Der Gemeinderat hielt sich daran und hat die Massnahmen, die Sie in einer langen Debatte beschlossen haben, nicht weitergeführt. Wir werden kein drittes Mal damit ankommen und es nochmals probieren. Zum Teil haben wir das von 2020 auf 2021 getan, jetzt machen wir aber keine beschlossenen Massnahmen rückgängig. Es gab Planungserklärung, das ist nicht immer so. Wir haben sämtliche finanzrelevanten Planungserklärungen umgesetzt. Sie haben nach dieser Debatte einige gute Entscheide getroffen und kleine Korrekturen vorgenommen, die sich sehen lassen können. Deshalb setzen wir auch die Planungserklärungen um, die Sie damals beschlossen haben und die jetzt wirksam werden. Dies waren zum Beispiel die Schliessung des Friedhofs Bümpliz, die Schliessung der Stadtgalerie oder die Verpachtung des Lorrainebads. Bei all diesen Forderungen haben wir Farbe bekannt und die Massnahmen nicht umgesetzt. Deshalb habe ich kein Verständnis dafür, dass das Parlament in einer Salamtaktik erneut weitere von uns beschlossene und vom Stimmvolk zur Kenntnis genommene Massnahmen in einer zweiten Runde rückgängig machen will, nächstes Jahr vielleicht noch in einer dritten Runde. Ganz nach dem Sprichwort: «Nicht wer das Richtige sagt, wird gehört, sondern wer am lautesten redet.»

Ich komme zum IAFP und zum Budget: Es wurde bereits gesagt und ich möchte es auch von meiner Seite her betonen: die Unsicherheiten sind gross und es weiss niemand, wie die Weiterentwicklung der Pandemie aussieht und auch die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine kann niemand voraussehen. Klar ist bereits heute, dass wir Störungen in den internationalen Lieferketten haben. In Dijon können sie nicht einmal mehr Senf produzieren, weil Zutaten fehlen. Die Energiepreise steigen massiv und wir müssen uns auf Engpässe und wahrscheinlich auch Ausfälle vorbereiten. Es ist ebenfalls eine Tatsache, dass die Zinsen steigen und damit Schulden teurer werden. Wir haben bereits steigende, höhere Zinsen, die auch die Stadt betreffen, aber auch sämtliche Menschen und Unternehmungen, die Schulden haben. Somit gibt es keinen Freipass. Ich erinnere mich an die gutgemeinten Vorschläge zu den Negativzinsen, als frohlockt und nach höherer Verschuldung gerufen wurde, um damit noch ein bisschen Geld zu verdienen. Zum Glück haben wir das damals nicht gemacht.

Trotz dieser schwierigen Ausgangslage müssen wir investieren. Rund 800 Millionen Franken sind im Planungshorizont 2023 bis 2026 eingeplant. Nicht, weil wir es einfach lustig finden, zu investieren, sondern weil wir müssen. Wir müssen Schulraum renovieren und bauen. Es sind vor allem die veralteten Sportanlagen, die wir modernisieren müssen. Auch die Stadtinfrastrukturen müssen wir dem Klimawandel anpassen. Wir haben keine Wahl. Ich habe es bereits erwähnt, wir müssen 40 Jahre an Investitionen nachholen und tätigen Investitionen für die nächsten 40 Jahre. Das Freibad Weyermannshaus werden wir in 20 Jahren nicht bereits

wieder vollumfänglich sanieren müssen. Es trifft halt nun uns und deshalb müssen wir diese Investitionen machen. Der Gemeinderat hat Schwerpunkte gesetzt und sich sehr intensiv damit auseinandergesetzt, was aus den Investitionen herausgenommen werden kann. Es ist sehr wenig, das kann ich Ihnen versichern. Wir haben die Velobrücke und einige Sportplätze herausgenommen. Nun kommt das Parlament und will uns das wieder hineinknallen. Sie sagen uns auf der einen Seite, dass wir nicht so viel Geld ausgeben sollen, auf der anderen Seite – wenn man selbst betroffen ist – ist der Fussballplatz wieder gut genug und man sollte dieses und jenes auch noch machen. Die Investitionsliste ist vollgepumpt.

Klar ist – da gehe ich mit hier gemachten Aussagen einig –, dass wir um eine Verschuldung nicht herumkommen, aber wir müssen diese so weit als möglich beschränken. Irgendeinmal müssen wir die Schuld wieder abbezahlen. Es ist dasselbe, wie wenn wir bezüglich Klimaerwärmung sagen würden, dass es uns egal ist, was in 20 oder 30 Jahren ist. Mit der Verschuldung ist es dasselbe. Wir können die Verschuldung nicht auf 2, 3 oder 4 Milliarden Franken erhöhen und sagen, dass das keine Rolle mehr spiele. Wir müssen die Verschuldung, soweit das möglich ist, bremsen und auf der anderen Seite einfach im Hinterkopf behalten, dass wir die Schulden irgendeinmal wieder zurückzahlen müssen. Wenn die hohen Investitionen getätigt sind und der Stau vorbei ist, müssen wir die Schulden massiv abbauen. Tom Berger hat mich gebeten, nochmals folgendes zu sagen: Diese Milchbüchleinrechnung geht nicht auf. Es gibt kein halbes Schulhaus und deshalb kann man nicht ein halbes Schulhaus weniger bauen und damit 20 Millionen Franken sparen. Das geht nicht auf. Das ist eine Investition, die eine Verschuldung sowie Zinszahlungen und Abschreibungen zur Folge hat. Die Verschuldung können wir nur reduzieren, wenn wir Überschüsse haben, und diese haben wir, wenn wir mit unseren Ausgaben nicht übertrieben. Die Einnahmen dürfen nicht bereits wieder verplant werden, sondern es müssen Reserven gebildet werden. Im Idealfall ergibt das einen Überschuss, den wir budgetieren. Wenn wir sagen, dass wir einen Überschuss von 20 oder 30 Millionen Franken haben, weil wir bei den Steuern ein wenig besser abschneiden als geplant und es sonst ein Defizit gewesen wäre, schreiben wir eine Null. Der Effekt ist derselbe, die Verschuldung nimmt nicht im gleichen Mass zu. Das ist entscheidend. Die Ausgaben und die Einnahmen müssen in der Balance sein, damit wir die Schuldensituation in den Griff bekommen. Sie sehen, die Stadt hat viele Sachzwänge.

Weiter waren die Prognosen ein Thema und ob diese positiv oder negativ seien. Der Vorwurf, dass wir mit 1 Prozent Inflation gerechnet haben und es nun 3 Prozent sind, ist unangebracht. Wir sind keine solchen Idioten. An die Fraktion GLP/JGLP: Wir beginnen bald mit der Erarbeitung des Budgets für das Jahr 2024. Im ersten Quartal 2023 müssen wir uns entscheiden und können nur die aktuellen Tatsachen und Prognosen berücksichtigen. Wenn uns die Nationalbank sagt, das Wachstum betrage 1 Prozent, dann nehmen wir auch 1 Prozent und nicht 0 und auch nicht 2 Prozent. Dann müssen wir Annahmen auf den heute geltenden Tatsachen machen. Es bestehen viele Unsicherheiten, die sich vielfach ausgleichen.

Zu den Steuereinnahmen, die wieder wachsen – das war auch eine Frage. Wir rechnen für 2023 wieder mit wachsenden Steuererträgen und einem Rekordergebnis wie 2020. Im Moment ist die Wirtschaft nicht so schlecht unterwegs und das Geld fliesst in die Kassen. Die Steuern 2023 werden auf den Einnahmen von 2022 veranlagt und einkassiert. Also werden wir das Problem im Jahr 2024 wieder haben, wenn wir wiederum besser abschliessen werden als prognostiziert. So wird es wieder schadenfreudig heissen, dass der Abschluss viel besser sei. Man gibt das Geld ab und anschliessend kommt der Einbruch, vielleicht erst 2024 oder aber bereits 2023. Dann haben wir wieder ein Problem. Die Sache ist komplex. Simpel und einfach hingegen ist die Tatsache, dass wir dringend Überschüsse von mindestens 20 Millionen Franken benötigen. Ich predige dies stets und bleibe dabei. Wir brauchen das. Die Situation ist heute so – ohne schwarzmalen zu wollen –, dass wir ab 2025 ein weiteres Haushaltverbesserungspaket im Umfang von 20 Millionen Franken in Aussicht stellen müs-

sen. Ob es dieses dann tatsächlich braucht, kann ich Ihnen heute nicht sagen, aber wir müssen es in Aussicht stellen, wenn sich die Situation so entwickelt, wie wir sie erwarten und es nicht besser wird.

Ich kann das jetzt nicht entscheiden, weil wir letztes Jahr 20 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen hatten und über dem Budget waren. Wir gehen davon aus, dass die Steuereinnahmen für 2022 deutlich höher sein werden als prognostiziert, aus dem einfachen Grund, dass wir zu einem schlechten Zeitpunkt tief lagen und jetzt besser sind. Wir konnten die Korrektur im Hinblick auf die besseren Prognosen vornehmen, und denken, dass es besser wird. Es kommen wieder 540 Millionen Franken rein und nicht nur 512 Millionen Franken. Ob es 20 Millionen Franken mehr oder weniger sein werden, liegt im Rahmen der Ungenauigkeit und des Rauschens. Wir gehen heute davon aus, dass das Defizit nicht 52 Millionen Franken betragen wird. Das würde auch bedeuten, dass der Bilanzüberschuss Ende 2023 nicht bei 400 000 Franken liegt. Entsprechend sage ich, dass die Panikmache fehl am Platz ist. Aber genauso fehl am Platz ist es, dieses Geld direkt wieder auszugeben.

Sie beschliessen heute über ein Budget, das trotz Entlastungsmassnahmen von 42 Millionen Franken ein Defizit von 28,6 Millionen Franken ausweist. Einmal mehr, das ist nicht schön. Das machen wir nicht gerne, aber das ist, was wir als Gemeinderat in der heutigen Situation als verantwortbar erachten. Es gibt auch immer wieder Chancen und Risiken, einige Dinge sind nach wie vor unsicher. Die Feuerwehersatzabgabe ist ebenfalls unsicher. Ich lege Ihnen nahe, dass Sie so rasch wie möglich diese Dinge beraten. Ich sehe nicht ein, warum die Stadt Bern als einzige Stadt in diesem Kanton keine solche Abgabe haben sollte. Den grossen Aufschrei verstehe ich nicht. Wir können damit 6,3 Millionen Franken einnehmen, was den Finanzen guttun würde.

Kurz zur Finanzstrategie: Es ist eine Tatsache, dass wir diese nach heutigen Kenntnissen im Moment im Planungshorizont nicht einhalten können. Es wäre von Vorteil gewesen, wenn wir diese früher gehabt hätten. Wir wollten keine Finanzstrategie entwickeln, die die Situation beschönigt und alles auf Grün oder Orange steht. Es war uns vollkommen bewusst, dass wir mit der Finanzstrategie mitten in eine schwierige Situation geraten. Aber insbesondere deshalb muss das jetzt die Ampel sein, die wir hinstellen und nach der wir uns richten müssen, damit wir rasch mit dem Bilanzüberschuss besser dastehen und der Selbstfinanzierungsgrad steigt. Ich habe erläutert, was es dazu braucht. Es ist keine Hexerei.

Zu den Anträgen: Die zuständigen Direktionen werden im Detail dazu sprechen, ich mache eine Kurzversion. Ich appelliere nochmals an Sie, keine beschlossenen Massnahmen rückgängig zu machen und keine neuen Stellen zu beschliessen, die der Gemeinderat nicht beantragt und auch nicht benötigt. Zur Teuerung: Ich habe in Fraktionsvoten gehört, dass die Fraktionen das Budget ablehnen aufgrund der neuen zusätzlichen Kosten. Dieselben Fraktionen haben aber vor zwei oder drei Wochen den grünen Knopf gedrückt und Ausgaben von 1,4 Millionen Franken beschlossen. Ich versichere Ihnen, dass ich den Teuerungsausgleich aushandeln werde, unabhängig vom alten oder neuen Personalreglement. Der Teuerungsausgleich ist etwas Wichtiges und unser Personal hat ein Anrecht darauf. Das Ausmass des Ausgleichs werden wir verhandeln. Hierzu betrachten wir die finanzielle Situation und werden sicher auch schauen, was rund um uns alles passiert.

Zum Fazit: Der Gemeinderat und die Verwaltung haben ihren Job gemacht. Ich möchte mich bei der Verwaltung bedanken – es sind heute viele Vertreter*innen im Ratssaal präsent. Jetzt liegt es an Ihnen, liebe Parlamentarier*innen. FIT I und FIT II waren nötig und wir müssen diese Massnahmen wie beschlossen umsetzen, damit wir ein FIT III vermeiden können. Versprechen kann ich das aber nicht.

Wir können davon ausgehen, dass die Einnahmen weiter steigen. Ich betone aber nochmals, dass wir die Mehreinnahmen brauchen. Im Klartext heisst das, Mehreinnahmen dürfen nicht durch zusätzliche Ausgaben wegkonsumiert werden. Zum Schluss das Wichtigste: Wir – die

Stadt Bern – haben es im Gegensatz zu Köniz und Biel noch in der Hand, eine Steuererhöhung zu vermeiden. Wir haben es noch in der Hand, da wir den Kurs früh genug angepasst und die Geschwindigkeit reduziert haben. Es liegt nun an Ihnen, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Verantwortung wahrzunehmen und das Budget, die Finanzplanung und den Gemeinderat so zu unterstützen, dass wir den Turnaround schaffen.

Beschluss Grundsatzdebatte

1. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 1 SVP ab. (10 Ja, 64 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 001
2. Der Stadtrat lehnt den Eventual-Rückweisungsantrag 2 SVP ab. (6 Ja, 68 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 002
3. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 3 Mitte, FDP/JF ab. (16 Ja, 58 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 003
4. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 4 GLP/JGLP ab. (27 Ja, 47 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 004

Die Sitzung wird um 19.30 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

11.11.2022

X 

für das Protokoll

X

Signiert von: Manuel Widmer (Qualified Signature)

Präsenzliste der Sitzung 20.00 bis 22.45 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Jelena Filipovic	Szabolcs Mihalyi
Yasmin Amana Abdullahi	Jemima Fischer	Tanja Miljanovic
Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Alina Irene Murano
Janina Aeberhard	Lionel Gaudy	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Franziska Geiser	Halua Pinto de Magalhães
Lena Allenspach	Thomas Glauser	Tabea Rai
Katharina Altas	Claude Grosjean	Simone Richner
Ruth Altmann	Lukas Gutzwiller	Mirjam Roder
Ursina Anderegg	Bernadette Häfliger	Sarah Rubin
Mirjam Arn	Erich Hess	Michael Ruefer
Tom Berger	Michael Hoekstra	Kurt Rügsegger
Nicole Bieri	Thomas Hofstetter	Remo Sägesser
Diego Bigger	Seraphine Iseli	Mahir Sancar
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
Laura Binz	Anna Jegher	Florence Schmid
Gabriela Blatter	Barbara Keller	Sara Schmid
Regula Bühlmann	Ingrid Kissling-Näf	Ursula Stöckli
Michu Burkard	Fuat Köçer	Therese Streit-Ramseier
Eva Chen	Nora Kruppen	Bettina Stüssi
Francesca Chukwunyere	Anna Leissing	Michael Sutter
Nicole Cornu	Corina Liebi	Ayse Turgul
Milena Daphinoff	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Sibyl Martha Eigenmann	Simone Machado	Janosch Weyermann
Vivianne Esseiva	Salome Mathys	Marcel Wüthrich
Alexander Feuz	Matteo Micieli	

Entschuldigt

Dolores Dana	Ueli Jaisli	Claudio Righetti
Thomas Fuchs	Nora Joos	

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel
Anita Flessenkämper, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

- Die Traktanden 1 und 2 werden gemeinsam behandelt. -

1 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2023–2026

2021.FPI.000091

2 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2023 (Abstimmungsbotschaft)

2022.FPI.000072

Fortsetzung: Beschluss Grundsatzdebatte

1. Der Stadtrat lehnt Antrag 5 SVP ab. (5 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 008
2. Der Stadtrat lehnt Antrag 6 GB/JA! ab. (13 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 009
3. Der Stadtrat lehnt Antrag 7 GB/JA! ab. (13 Ja, 44 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 010
4. Der Stadtrat lehnt Antrag 8 GB/JA! ab. (16 Ja, 44 Nein, 5 Enthaltungen) [Namen](#) 011
5. Der Stadtrat lehnt Antrag 9 SVP ab. (7 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 012
6. Der Stadtrat lehnt Antrag 10 SVP ab. (6 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 013
7. Der Stadtrat lehnt Antrag 11 SVP ab. (6 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 014
8. Der Stadtrat lehnt Antrag 12 SVP ab. (7 Ja, 63 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 015
9. Der Stadtrat lehnt Antrag 13 SVP ab. (6 Ja, 63 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 016
10. Der Stadtrat lehnt Antrag 14 Mitte, FDP/JF ab. (21 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 017
11. Der Stadtrat stimmt Antrag 15 Mitte, FDP/JF zu. (41 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 018
12. Der Stadtrat stimmt Antrag 16 FDP/JF, Mitte zu. (38 Ja, 35 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 019
13. Der Stadtrat lehnt Antrag 17 FDP/JF ab. (25 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 020
14. Der Stadtrat lehnt Antrag 18 FDP/JF, Mitte ab. (14 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 021
15. Der Stadtrat lehnt Antrag 19 FDP/JF, Mitte ab. (14 Ja, 59 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 022
16. Der Stadtrat lehnt Antrag 20 FDP/JF, Mitte ab. (14 Ja, 57 Nein, 3 Enthaltungen) [Namen](#) 023
17. Der Stadtrat lehnt Antrag 21 FDP/JF, Mitte ab. (26 Ja, 44 Nein, 4 Enthaltungen) [Namen](#) 024
18. Der Stadtrat lehnt Antrag 22 FDP/JF ab. (22 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 025
19. Der Stadtrat lehnt Antrag 23 FDP/JF ab. (20 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 026
20. Der Stadtrat lehnt Antrag 24 Mitte, FDP/JF ab. (26 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 027
21. Der Stadtrat lehnt Antrag 25 FDP/JF, Mitte ab. (14 Ja, 58 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 028
22. Der Stadtrat lehnt Antrag 26 FDP/JF, Mitte ab. (20 Ja, 51 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 029
23. Der Stadtrat lehnt Antrag 27 FDP/JF, Mitte ab. (15 Ja, 58 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 030
24. Der Stadtrat stimmt Antrag 28 FDP/JF, Mitte, SP/JUSO zu. (55 Ja, 14 Nein, 5 Enthaltungen) [Namen](#) 031
25. Der Stadtrat lehnt Antrag 29 FDP/JF ab. (14 Ja, 60 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 032
26. Der Stadtrat stimmt Antrag 30 JUSO, JA! zu. (41 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 033
27. Der Stadtrat lehnt Antrag 31 GLP/JGLP ab. (26 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 034
28. Der Stadtrat lehnt Antrag 32 GLP/JGLP ab. (27 Ja, 42 Nein, 5 Enthaltungen) [Namen](#) 035
29. Der Stadtrat lehnt Antrag 33 SVP ab. (15 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 036
30. Der Stadtrat lehnt Antrag 34 SVP ab. (15 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 037
31. Der Stadtrat lehnt Antrag 35 SVP ab. (14 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 038
32. Der Stadtrat lehnt Antrag 36 SVP ab. (11 Ja, 61 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 039
33. Der Stadtrat lehnt Eventualantrag 37 SVP ab. (12 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 040
34. Der Stadtrat lehnt Antrag 38 SVP ab. (26 Ja, 46 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 041
35. Der Stadtrat lehnt Antrag 39 SVP ab. (15 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 042
36. Der Stadtrat lehnt Antrag 40 SVP ab. (15 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 043
37. Der Stadtrat lehnt Antrag 41 SVP ab. (15 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 044
38. Der Stadtrat lehnt Antrag 42 SVP ab. (6 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 045
39. Der Stadtrat lehnt Antrag 43 SVP ab. (7 Ja, 67 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 046

40. Der Stadtrat lehnt Antrag 44 SVP ab. (7 Ja, 67 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 047
 41. Der Stadtrat lehnt Antrag 45 SVP, Mitte ab. (9 Ja, 63 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 048
 42. Der Stadtrat lehnt Antrag 46 SVP, Mitte ab. (15 Ja, 58 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 049
 43. Der Stadtrat lehnt Antrag 47 SVP, Mitte ab. (15 Ja, 58 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 050
 44. 48 Der Stadtrat lehnt Antrag 48 GFL/EVP ab. (8 Ja, 66 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 051
 45. Der Stadtrat stimmt Antrag 49 SP/JUSO zu. (44 Ja, 29 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 052

Präsidialdirektion

Anträge

1	SVP	PGB	Das Budget bei der Präsidialdirektion sei linear um 12 Mio. zu kürzen.
2	SVP	PGB	Eventualantrag: Das Budget bei der PRD sei linear um 3 Mio. zu kürzen.
3	Die Mitte, FDP/JF	IAFP	Auf den Druck der Sitzungsunterlagen sei zu verzichten. Die jährlichen Kosten von Fr. 250'000 sind einzusparen.
4	Die Mitte, FDP/JF	PGB	Auf den Druck der Sitzungsunterlagen sei zu verzichten. Die jährlichen Kosten von Fr. 250'000 sind einzusparen.
5	SP/JUSO	IAFP	Die Bundesfeier bietet verschiedenen Kulturen Raum, um sich vorstellen zu dürfen. Zudem übt sie zusätzlich einen aufklärerischen Auftrag aus, indem am 1. August selbst über verschiedene Verstrickungen der Schweiz in die Weltgeschichte, wie z. B. der Kolonialismus informiert wird.
6	GLP/JGLP	IAFP	Das Ortsarchiv Bümpliz ist aufzuheben. Die dadurch freiwerdenden Gelder innerhalb des Globalkredits PG040200 sollen neu zu Gunsten von Digitalisierungsaufgaben beim Stadtarchiv eingesetzt werden.
7	Die Mitte	IAFP	Auf das Meldetool und die Kampagne (Istanbul-Konvention) soll verzichtet werden und der dafür veranschlagte Betrag von 72'000.- für personelle- und Sachmittel eingespart werden.
32	SVP	IAFP	Die Stadt verzichtet auf eigene Schreibweisen (sog. Gendern) sondern übernimmt die Empfehlungen der Bundeskanzlei.
33	SVP	IAFP	Eventualantrag: Die Stadt übernimmt betr. Schreibweisen die Empfehlungen der Bundeskanzlei.
8	SVP	PGB	Die Dienststelle Gleichstellung sei aufzuheben. Das Budget ist folglich um Fr. 732'954.80 zu kürzen.
9	SVP	PGB	Eventualantrag: Die Nettokosten der Dienststelle Gleichstellung sind um Fr. 400'000.00 zu kürzen.
10	GB/JA!	IAFP	Auf die Kürzungen der tripartiten und städtischen Leistungsvereinbarungen ist zu verzichten.
11	GB/JA!	IAFP	Die direkte Kulturförderung muss in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöht werden.
12	SP/JUSO	IAFP	Die geplante Kürzung der Abgeltung für das Haus der Religionen um 50'000 Franken ab 2024 ist rückgängig zu machen.
13	SP/JUSO	IAFP	Die Halbierung des Beitrags an das Robert-Walser-Zentrum ab 2024 von 100'000 auf 50'000 Franken ist rückgängig zu machen.
14	SP/JUSO	IAFP	Projekt- und Programmförderung ab 2024 - Während einer Übergangszeit sollen die Veränderungen aufgrund der spartenunabhängigen Förderung statistisch erhoben werden.
15	SP/JUSO	IAFP	Die neue Aufteilung in die Produkte Kreative-, Plattform- und In-

			terpretationsförderung ist mit konkreten Massnahmen zu begleiten und soll statistisch begleitet werden, damit Aussagen darüber gemacht werden können, wie das lokale Kulturschaffen gefördert wird.
16	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Auf den in der Kulturbotschaft genannten «Kredit Stadtentwicklung durch Kultur» ist zu verzichten. Die vorgesehenen Mittel sind zur Hälfte einzusparen und zur Hälfte in den Kredit «Projekt- und Programmförderung» zu überführen.
17	FDP/JF	IAFP	Auf den in der Kulturbotschaft genannten «Schwerpunktkredit» ist zu verzichten. Die vorgesehenen Mittel sind zur Hälfte einzusparen und zur Hälfte in den Kredit «Projekt- und Programmförderung» zu überführen.
18	SVP	PGB	Die Nettokosten für PG110000 seien um Fr. 8 Mio. zu kürzen.
19	SVP	PGB	Eventualantrag: Die Nettokosten für PG110000 seien um Fr. 4 Mio. zu kürzen.
20	FDP/JF	IAFP	Die Arbeiten der Denkmalpflege sind auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Bei Interessenabwägungen zwischen den Interessen der Denkmalpflege und den Interessen einer ökologischen und nachhaltigen Bauweise sind die Interessen der Ökologie und Nachhaltigkeit stärker zu gewichten.
21	Die Mitte	IAFP	Die Projekt- und Personalkosten für die Implementation des UNESCO- Managementplans sind um mindestens 50% auf 75'000.- zu reduzieren und weitgehendst im bestehenden Personalaufwand zu realisieren.
22	JUSO, JA!	IAFP	Die Denkmalpflege berücksichtigt klimatische Veränderungen und demografische Entwicklungen. Sie gewichtet diese hoch.
23	FDP/JF	PGB	Die Nettokosten der Denkmalpflege sind um Fr. 558'319.95 auf CHF 500'000.00 zu kürzen.
24	SVP	PGB	Es sei eine Kürzung bei den Aussenbeziehungen um Fr. 250'000.00 vorzunehmen.
25	SVP	PGB	Die Nettokosten im P130130 sind um 100'000 Franken auf 920'623.76 Franken zulasten des Projektes Kooperation Bern zu kürzen.
26	SVP	PGB	Die Nettokosten im P130210 sind um 40'000 Franken auf 986'406.21 zulasten der Bevölkerungsbefragung 2023 zu kürzen. Die Steuerungsvorgabe 1) Durchführung der bestellten Erhebungen (P210) soll im 2023 ohne die vorgesehene Bevölkerungsbefragung umgesetzt werden.
27	SVP	IAFP	Verzicht auf die vorgesehene Sanierung Kirchenfeldschulhaus dies soweit die unterirdischen Bauten betreffend.
28	GLP/JGLP	IAFP	Der Gemeinderat orientiert sich im Hochbau nicht mehr an Labels im Energiebereich sondern auf die Erfüllung der Klima- und energiepolitischen Ziele der Stadt Bern und verzichtet auf den finanziellen und administrativen Aufwand zum Erwerb von Labels (sofern diese nicht Voraussetzung von Finanzierungsbeiträgen Dritter sind, die die Kosten des entsprechenden Labels übersteigen.) Die klima- und energiepolitischen Ziele der Stadt Bern werden unverändert beibehalten.
29	SVP	PGB	Die Nettokosten des Stadtplanungsamts sollen auf CHF 5'500'000 gekürzt werden.
30	SVP	PGB	Eventualantrag: Die Nettokosten seien um Fr. 700'000.00 zu

			kürzen.
31	GB/JA!	PGB	Auf die geplante Stellenreduktion von 1 Stelle (vgl auch IAFP S. 82) ist zu verzichten, das Budget ist um Fr. 125'000.- aufzustocken.

PVS-Sprecher *Michael Ruefer* (GLP): Ich spreche zu Hochbau Stadt Bern (HSB) und dem Stadtplanungsamt, also einem Teil der Direktion PRD, der der PVS zugeordnet ist. Es hat in der PVS im Juni/Juli drei Delegationsbesuche gegeben. Einer davon hat mit HSB und dem Stadtplanungsamt stattgefunden. Barbara Nyffeler hatte die Delegationsleitung inne.

Also zuerst sage ich etwas zur Entwicklung aus IAFP-Sicht: Beim Hochbau haben wir über die Periode bis 2026 einen Abbau der Nettokosten um 0,2 Prozent. Dort sind schon 2021/2022 zwei Projektleitungsstellen nicht besetzt worden. Die Sparvorgabe bis 2024 ist somit bereits erfüllt. Beim Stadtplanungsamt findet hingegen über die Planungsperiode ein stärkerer Abbau statt. Ab 2024 sind es zwei Stellen. Die Nettokosten sinken in der Planungsperiode damit um 7,2 Prozent. Besonders Projekte im Bereich der Entwicklung und der Zukunftsplanung werden verzögert. Insgesamt ist man beim Stadtplanungsamt aber immer noch in einer Ausbausituation, wenn auch weniger ausgeprägt, als ursprünglich vom Gemeinderat angestrebt. Im Stadtplanungsamt arbeitet ein junges und sehr motiviertes Team, das sich sehr für Innovationen interessiert. Planungserklärungen sind zu Hochbau und Stadtplanungsamt keine überwiesen worden. Jetzt zum Budget: Bei HSB werden die Kosten 2023 leicht zunehmen. Dazu ist zu sagen, dass der grosse Kostenblock bei HSB nicht eigentlich Löhne sind, sondern Bauherrenleistungen. Eine Projektleiterstelle bei HSB kostet im Budget also beispielsweise nur circa 25 000 Franken pro Jahr. Der ganze Rest wird eben über Projekte abgerechnet. 2023 wird eine vorhandene vakante Projektleitungsstelle wieder besetzt. Zu Hochbau legt die PVS im Rahmen des Budgets 2023 auch keinen Antrag vor. Im Rahmen des Finanzierungs- und Investitionsprogramms (FIT) II hat bei HSB eine Aufgabenüberprüfung stattgefunden. Es wurde evaluiert, bei welchen Investitionen gespart werden kann. Dabei ist man ursprünglich von einem grösseren Einsparungspotenzial ausgegangen, weil man sich viel von der Staffelung von Projekten erhoffte. Die Realität ist allerdings ein bisschen eine andere gewesen: Der Investitions- und Nachholbedarf und auch der Bedarf an Sanierungen ist und bleibt sehr hoch. Beim Stadtplanungsamt ist für 2023 in allen Produkten eine Kostenreduktion budgetiert. Beim Delegationsbesuch ist schon wie bei der Jahresrechnung über die Schwierigkeiten bei Neueinstellungen geredet worden. Die führen mitunter dazu, dass man auch Projekte verschieben muss. Es wird eine Warteliste mit Projekten geführt. Auch bei Auslagerungen an Private oder an Planungsunternehmen gerät man an die Grenzen der Möglichkeiten. Denn auch diese haben mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen.

Ein Thema war beim Delegationsbesuch beim Stadtplanungsamt auch der Stand der Bauordnungsrevision, die parallel zu allen Planungen läuft. Diese Arbeiten verlaufen nach Plan. Verzögerungen werden aber nicht ausgeschlossen.

Jetzt noch ganz kurz drei Themen, die auch ein bisschen spezifisch sind für HSB und das Stadtplanungsamt: Das Problem der Rekrutierung habe ich schon kurz angetönt. Das ist in diesen bauenden und planenden Abteilungen sehr gross. Es fehlt an Leuten mit den gewünschten Qualifikationen. Man hat sehr grosse Schwierigkeiten, diese zu finden. Es ist aber natürlich insgesamt eine angespannte Arbeitsmarktsituation im ganzen Bau und Planungsgerbe. In dieser schwierigen Lage steht die Stadt in Konkurrenz zu anderen Verwaltungen und natürlich auch zu Ingenieur- und Architekturbüros. Zum Zustandswert der Gebäude: Darüber ist auch wiederholt diskutiert worden. Der Zustandswert, der allgemein bekannt ist – der Zielwert von 0,8 – wurde gutachtlich aus fachlichen Gründen einmal als Optimum festgelegt. Es ist ein Mittelwert, der über das ganze Portfolio gerechnet wird. Im Moment liegt man bei 0,77 oder 0,78 und versucht, sich diesem Zielzustandswert von 0,8 stetig anzunähern. Das Ziel wird vom Gemeinderat aufrechterhalten. Nun noch ganz kurz zum Thema Teue-

rung/Lieferschwierigkeiten: Dort, wo die Stadt momentan baut, ist im nächsten Jahr und auch über die Planungsperiode mit Preissteigerungen und Verzögerungen zu rechnen. Bisher ist man allerdings beim Hochbau von der Teuerung recht verschont geblieben. Aber diese dürfte uns nächstes Jahr im einen oder anderen Projekt einholen. Dazu kommt die Ungewissheit bezüglich Lieferschwierigkeiten und Verfügbarkeit von Rohstoffen. Es wird aber damit gerechnet, dass sich die Preisspirale nicht ewig weiterdreht, sondern dass sich die Situation bis 2023/2024 stabilisieren könnte. Man sieht hier aus Sicht des Gemeinderats und der Verwaltung auch Parallelen zur Pandemie und ihren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation. Die PVS empfiehlt das PGB der Direktion PRD mit 8 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung zur Annahme.

SBK-Sprecherin *Sara Schmid* (SP): An der Sitzung vom 15. August 2022 hat die SBK das PGB 2023 und den IAFP 2023-2026 für die in ihre Zuständigkeit fallenden Dienststellen beraten. Im Rahmen von FIT II wurden die Hauptleitplanken grösstenteils schon letztes Jahr gesetzt und für die nächsten Jahre auch vorgespurt. Im Zentrum unserer Diskussion sind darum vor allem Enderkenntnisse und Eindrücke aus dem Delegationsbesuch am 27. Juni gestanden. Bevor ich zu den Hauptdiskussionspunkten komme, noch zwei Bemerkungen zu den Globalbudgets der beiden Direktionen. Bei Gemeinden und Behörden (GuB) wird es ab 2023 zusätzlich zu den Dienststellen Ombudsstelle, Stadtrat, Gemeinderat, Stadtkanzlei und Informatikdienst zusätzlich die neugeschaffene Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz geben. Die neugeschaffene Fach- und Aufsichtsstelle geht auf einen Beschluss der Aufsichtskommission des Stadtrats zurück und ist auch massgeblich der Grund für die gegenüber dem Vorjahr um rund 400 000 Franken etwas höher budgetierten Nettokosten.

Dafür reduzieren sich die Ausgaben bei der Ombudsstelle, wo bis anhin der Bereich Datenschutz angesiedelt ist. Auch bei der Präsidialdirektion sind im Vergleich zum Vorjahr im Budget 2023 um 300 000 Franken höhere Nettokosten aufgeführt. Das ist vor allem aufgrund des nötigen Ausbaus von Digital Stadt Bern hinsichtlich des Qualitäts- und Risikomanagements nötig. Mit Blick auf die beschlossenen Massnahmen, aber auch mit Blick nach vorne hat in unserer Kommission vor allem das Gesundheitsmanagement und die Sorge um die Belastung des Personals zu reden gegeben. Trotz grosser Bemühungen haben sich die Pandemie und auch die knappen Personalressourcen auf die betriebliche Gesundheit ausgewirkt. So hat es zum Beispiel rekordhohe Absenzen gegeben. Es wird zwar versucht, Lösungen zu finden – Abbau von Aufgaben, Homeoffice und so weiter –, aber aufgrund der FIT II-Massnahmen ist der Handlungsspielraum gerade auf der Ressourcenseite beschränkt und es bräuchte mehr aktive Massnahmen wie Coaching oder Resilienzförderung, als aktuell mit den finanziellen Möglichkeiten möglich ist. Ebenso – es ist schon von meinem Vorredner gesagt worden – hat auch bei uns das Thema Fachkräftemangel zu reden gegeben. Das zeigt sich vor allem beim Personal mit spezialisierten Ausbildungen, wie zum Beispiel im Informatikbereich. Da wird momentan dringend Personal gesucht. Das Angebot ist auch hier knapp und es zeigt sich, dass es für die Stadt Bern als Arbeitgeberin schwierig ist, hier konkurrenzfähig zu sein. Es zeichnet sich in dem Sinn angesichts der demografischen Entwicklungen und tiefen Arbeitslosenquote auch keine Entschärfung ab. Der Fachkräftemangel belastet die Stadt. Es ist auch erschwerend, dass seit 15 Jahren keine aktive Personalgewinnungsmassnahmen wie Inserate mehr durchgeführt werden.

Ein gewisses Potenzial wird in der Integration in den Arbeitsmarkt erkannt, das heisst, dass man Fachkräfte, die nicht oder nur Teilzeit arbeiten, mit attraktiven Arbeitsbedingungen wie zum Beispiel einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie zurückzuholen versucht. Auch das beschlossene HR4U soll den Brand Arbeitgeberin Stadt stärken und besser positionieren. Die Arbeiten dazu haben angefangen. Das Thema wird aktuell bleiben. Dann vielleicht noch zu drei kleinen weiteren Entwicklungen und Veränderungsprozessen in den nächsten Jahren,

die uns in der SBK beschäftigt haben: Das eine ist der Informationsdienst. Die verschiedenen Veränderungen in der Medienwelt erfordern auch eine gewisse Diversifizierung in den Kommunikationskanälen, um die Bevölkerung weiterhin erreichen zu können. Man versucht jetzt die Kompetenz in diesem Bereich zu stärken. Es wird auch versucht, direktionsübergreifend Synergieeffekte zu erzielen. Momentan sind dafür keine zusätzlichen Ressourcen nötig, aber man muss das sicher beobachten. Dann stand auch die Stadtkanzlei/Stadtarchiv im Zentrum. Dort ging es um die Frage, ob genügend Ressourcen vorhanden sind, um die Herausforderungen der Digitalisierung, aber auch die Auswirkungen einer Fusion mit Ostermundigen auf das Stadtarchiv zu meistern.

Aber auch die zentrale digitale Langzeitarchivlösung war ein Thema. Da gibt es inzwischen auch kantonale Entwicklungen, die allenfalls eine Anpassung im kantonalen Archivgesetz vorsehen. Aber es ist noch offen, wie sich das entwickelt. Zuletzt noch die Kulturstadt Bern: Hier stehen bekanntlich verschiedene Neuerungen an, die in der Kulturbotschaft 2023–2027 beschrieben werden. Das Budget in der Kulturförderung wird ja gegenüber der Vorperiode um 605 000 Franken reduziert, aufgrund der Sparmassnahmen im Rahmen von FIT II, aber auch aufgrund der Planungserklärungen des Stadtrats.

Die SBK hat keine Anträge zuhanden des Stadtrats gestellt.

Die SBK empfiehlt mit 6 Ja- zu 4 Neinstimmen ohne Enthaltungen dem Stadtrat, das PGB 2023 der Dienststellen GuB/PRD zu genehmigen und den bereinigten IAFP 2023-2026 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Antragsbegründungen und Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich werde die Antragsbegründungen und die Fraktionserklärung zusammennehmen. Vielleicht vorab: Wir werden hier mit der Direktion PRD relativ hart ins Gericht gehen. Andere Jahre hat man immer bei der Direktion SUE gekürzt und am Schluss bei Stadtgrün. Ich bin froh, dass die Direktion PRD am Anfang kommt. Wir haben dort ganz klar Punkte, wo wir kürzen wollen. Ich fange gerade mit den beiden Anträgen 1 und 2 an. Der eine schießt etwas über das Ziel hinaus. Das ist uns klar. Darum haben wir auch einen Eventualantrag gemacht. Schauen Sie einmal, was die PRD alles für Blödsinn geplant hat. Ich sage es einfach so: Es hat immer mehr Personal und das macht immer mehr blödes Zeug. Man verlegt eine Drogenabgabestelle an den Schulweg der NMS und sagt, die Drogensüchtigen gingen nicht dort durch, obwohl man genau weiss, dass es nicht zulässig ist. Auch die Drogensüchtigen, die weiss Gott nicht zu meiner Stammwählerschaft gehören, haben Anrecht darauf, direkt von der Busstation zur Drogenabgabestelle zu gehen. Wenn man so etwas beschliesst und plant und nachher der Feuz dem Gemeinderat eine Anfrage stellen muss, ob das geht oder nicht, und man merkt es nicht, dann fehlt einfach relativ viel. Nächster Punkt: Die Ukraine-Flüchtlinge. Wir haben jetzt einen Vergleich abgeschlossen. Es sind jetzt 30 oder 40 Leute dort draussen. Aber nein, die Stadt und vor allem der Kanton machen für 10 Millionen Franken eine Planung für die 30 Leute dort. Wenn man so plant, ist etwas schief. Oder Ostermundigen: Man hat zwei oder drei Kommunikationsagenturen und schafft es nicht, vernünftig zu kommunizieren. Da muss ich einfach sagen, da fehlt relativ viel. Da wäre es besser mit weniger Personal – weniger Leute machen weniger Fehler. Das sind unsere Grundsätze. Der Hauptantrag schießt ein bisschen über das Ziel hinaus. Das ist klar, aber es gibt auch noch einen Eventualantrag dazu. Wir haben noch andere Anträge zu den einzelnen Fachstellen, denen wir zustimmen werden.

Mit unserem Antrag 10 zum PGB der Direktion FPI wollen wir beim Fonds das Ziel beim 2. Lemma wie folgt anpassen: «Zu diesem Zweck baut die Stadt vermehrt wieder selbst» ist zu streichen. Wir sind der Meinung, man muss das streichen. Positive Effekte auf den Finanzhaushalt seien zu erwarten, wenn die Stadt selber plane und selber baue. Sie haben

gesehen – Stichwort Viererfeld und auch andere Sachen –, wie es herauskommt. Ein weiteres Stichwort: Ostermundigen. Es kommt nicht gut. Die Stadt überlässt das besser Privaten.

Die Anträge 33 und 8 liegen uns am Herzen. Wir wollen, dass die Stadt wieder die Schreibweise der Bundeskanzlei übernimmt. Der Bundesrat hat sich klipp und klar dagegen ausgesprochen, dass man eine eigene Schreibweise wählt. Denken Sie daran, wenn Sie gendern, wenn Sie Sternchen haben oder was auch immer, dass Sie das in einem mündlichen Vortrag nicht machen können. Und es kann ja nicht sein, dass die Gemeinde Lattenbach eine andere Schreibweise hat als Zollikon. Wir sind der Meinung: Fertig mit diesem Gendern. Es ist ein ähnlicher Blödsinn wie, dass wir jetzt keine Winnetou-Filme mehr schauen dürfen. Wehret den Anfängen. Wir finden: Hört auf mit solchen Sachen. Da ist offenbar etwas rausgefallen. Wir haben gesagt, dass man das eben generell nicht mehr machen darf. Wir wollen nicht mehr gendern. Der Eventualantrag ist ein bisschen bescheidener und übernimmt betreffend Schreibweisen die Empfehlungen der Bundeskanzlei. Sonst wird sicher jeder Gesetzestext, jeder Verordnungstext und jeder Vorstoss eines Stadtrats am Schluss, ähnlich wie in Zürich, noch daraufhin angeschaut, ob er gendermässig korrekt ist oder nicht. Wenn man zu viele Leute hat, macht man so was. Dem Bürger nützt es gar nichts. Darum stimmen Sie dem Antrag zu. Ich sehe hier Schmunzeln auf Seiten des Grünen Bündnisses. Ich hoffe, Sie werden dem Antrag zustimmen. Zu Antrag 8 auf Seite 49: In Anbetracht der diversen Fachstellen von Kanton, Bund und diversen Organisationen braucht es wirklich nicht auch noch eine städtische Gleichstellungsstelle. Wir haben Doppelspurigkeiten. Wir müssen in diesem Bereich zusammenarbeiten. Man soll diese Fachstelle aufheben. Unser Eventualantrag sieht einfach eine Kürzung um 400 000 Franken vor.

Mit Antrag 18 setzen wir bei der Kultur ebenfalls einen grossen Hebel an. Wir haben auch mal einen Vorstoss eingereicht «Spielen vor leeren Bänken». Ich habe absolut nichts gegen alternative Kultur. Sie hat ihren Platz, aber man muss alles irgendwie in einem vernünftigen Rahmen sehen. Man kann nicht alles und alles maximal unterstützen. Ich bringe Ihnen immer dieses Beispiel, als man der Gruppierung Auawirleben quasi die Subvention verdoppelt hat, und als wir die Leute gefragt haben – Hansueli Gränicher hat die Frage gestellt –, was das bedeutungsvollste Zeug gewesen sei. Wir haben keine Aufführung gesehen. Man hat gesagt, es sei die Darstellung polnischer Taubstummer gewesen, die über ihre Erfahrungen mit dem Theater berichteten. Ich will gar nichts dagegen sagen, aber das sind wirklich Randthemen. Und darüber, ob die Leute an einem schönen Sommerabend im Mai das dann anschauen, habe ich meine Zweifel. Ist es nicht manchmal wie des Kaisers neue Kleider? Es hat niemand den Mut zu sagen, es interessiert mich nicht, aber es ist gut, ich bin dort gewesen, dann mache ich etwas für das Gendern, für mein soziales Gewissen. Aber interessieren tut es mich nicht. Ich sage einfach, man muss dort kürzen. Wir haben hier diverse Anträge, die man annehmen kann. Antrag 24: Dort wollen wir bei den Aussenbeziehungen eine Kürzung um 250 000 Franken vornehmen. So wie es in Ostermundigen gelaufen ist, das ist einfach psychologisch dermassen falsch. Jetzt wieder einen Vertrag abschliessen wie mit Bümpliz vor vielen Jahren, in dem der Friedhof garantiert ist. Und nun wollen Sie mit Ostermundigen fusionieren, und haben einen solchen Fleck im Reinheft. Da nützt die beste Werbeagentur nichts. Ich hoffe, der Stadtpräsident hört das. Wenn Sie solche Fehler machen, klappt es nicht. Ich habe es schon gesagt – Ostermundigen ist jetzt gewarnt. Bern ist keine schöne Braut mehr und auch kein schöner, stattlicher Bräutigam. Bern ist jemand, der selber grösste finanzielle Probleme hat und vielleicht hofft, in Ostermundigen noch das letzte Bauland überbauen, und den Leuten, die dort wohnen, die Parkplätze verteuern zu können. Antrag 25 ist ein bisschen bescheidener. Ich bin der Meinung, bei dem Projekt Kooperation Ostermundigen–Bern ist noch viel Luft drin, da kann man problemlos sparen. Tue Gutes und sprich davon. Aber angesichts dieses Budgets und dieses Vorgehens in Bezug auf Bümpliz ist es schade, viel Geld zu investieren. Ich war immer ein Gegner dieser gelenkten Politbewirtschaftung. Schon beim Tram Bern–

Ostermundigen war ich dagegen, dass man ein Werbebüro hatte, das das Zeug kanalisieren sollte. Sie sehen nachher auch den Antrag 26. Dort geht es um die Bevölkerungsbefragung. Wir sind der Meinung, man könne da sparen. Ich verweise auf die schriftliche Begründung. Etwas, das nach wie vor wesentlich ist, weil man hier viel sparen kann – Gemeinderat Michael Aebersold sieht es vielleicht ein bisschen anders mit der Investition. Offenbar ist die Baubewilligung in Rechtskraft. Ich bin ja Mitglied des Leists. Der betreffende Anwalt hat die Frist verpasst, weil er in Brasilien in einem Spital lag. Wahrscheinlich wird ein Gesuch um Wiederherstellung eingereicht. Ich weiss, bei gesetzlichen Fristen ist das ein bisschen schwierig, aber ein Gesuch ist dort am Laufen und innerhalb der Nachfrist wird eine Einsprache eingereicht werden. Ob es dann hält oder nicht, weiss ich nicht. Die Stadt Bern hat zu wenig Geld. Sie könnten das Schulhaus mehrfach sanieren. Sogar SP-Leute in unserer Quartierkommission sehen das so. Dass man sanieren muss, da bin ich völlig mit Ihnen einverstanden. Aber muss man eine bestehende Turnhalle, die vor zehn Jahren für 1 Million Franken saniert wurde, abreißen und zwei unterirdische am Hang bauen, wobei wir vom Bärengraben her wissen, dass es ein heisser Lauf ist, dort zu bauen? Man könnte auf dem Gaswerkareal weitere Turnhallen erstellen oder was auch immer. Das wäre sinnvoll. Dann hätten Sie 20 Millionen Franken für andere Sachen. Ich bin auch in der Arbeitsgruppe Schulraumplanung. Das wäre der Ansatz. Ich war zum Glück nicht der Anwalt, der die Frist verpasst hat. Wir kommen nicht weiter und das Schulhaus ist in keinem guten Zustand. Ich war mehrmals drin. Das muss man sanieren, aber es muss doch nicht immer die Maximalvariante sein. Im Goumoënschulhaus haben Sie redimensioniert. Das geht jetzt wahrscheinlich schlank durch, aber wenn man einfach mit dem Kopf durch die Wand will, hat man ein Problem.

Zu Antrag 29: Beim Stadtplanungsamt sollen die Kosten stark gekürzt werden. Die Stadt geht in eine falsche Richtung. Sie reden alle von Klimaschutz und Klimawandel, aber Sie wollen die letzten Grünflächen überbauen und verplanen und meinen noch, Sie täten etwas Gutes. Dabei stehen Häuser in Huttwill und Lyss leer. Diese stehen weiterhin leer, aber das Viererfeld wird überbaut sein und damit der letzte Quadratmeter. Unsere Nachkommen können danach baulich nichts mehr machen. Wir haben noch einen etwas kürzeren Antrag, der etwas bescheidener ist. Dann haben wir auch noch den Eventualantrag. Das sind die Positionen der SVP.

Ich komme noch zu ganz kurz zu anderen Anträgen. Wir lehnen die Anträge 3 und 4 ab. Den Antrag der JUSO unterstützen wir; ebenso den Antrag der SP, in dem gesagt wird, dass es nicht nur Digital Natives gibt, und man deshalb dafür sorgen müsse, allen Zugang zu den Sitzungsunterlagen zu geben. Es geht um den Druck der Sitzungsunterlagen. Man spart damit ein bisschen, aber die Verwaltung hat hier auch noch Freude. Hand aufs Herz –, wie viele unter Ihnen drucken die Kanalisationsvorlagen aus, die nur mässig interessant sind? Vielleicht ein Zehntel oder ein Viertel. Vier Prozent jener, die nicht in der Kommission sind, lesen sie auch. Sie beschneiden Ihre Rechte selber. Sie haben das Gefühl, wir hätten ein bisschen gespart mit diesem Antrag von FDP und Mitte. Aber der Preis, den Sie zahlen, ist, dass viele Leute die Sache nicht anschauen, das Geschäft wird dann durchgewinkt. Die Verwaltung hat vielleicht auch ein Interesse daran, dass die Leute die Sache nicht gut anschauen. Im Grossen Rat ist jetzt auch sehr viel digitalisiert. Früher haben Sie jeweils in der Sitzung jene gesehen, die das Kuvert aufgerissen und die Unterlagen zum ersten Mal herausgenommen haben. Jetzt sieht man dann rein gar nichts mehr. Jetzt gibt es viele, die einen wichtigen Kopf machen und einem Geschäft zustimmen oder es ablehnen, aber das Geschäft gar nicht angeschaut haben. Es geht völlig in die falsche Richtung. Ich glaube die Liberalen zu Zeiten Kaiser Wilhelms I hätten sich mit Händen und Füßen gegen solche Tendenzen gewehrt. Das ist nicht eine liberale Einstellung. Das ist eine etatistische Einstellung, mit der man versucht, sich selber zu gängeln und möglichst Verantwortung auf die anderen abzuschieben. Das ist nicht

ein freiheitlicher Antrag. Das ist ein Antrag, den ein Parlamentarier in Nordkorea gestellt haben könnte.

Ich gehe weiter zu den anderen Highlights, zu denen ich ohne Anspruch auf Vollständigkeit kurz Stellung nehme. Es sind jene, bei denen sich mir die Nackenhaare sträuben. Ortsarchiv Bümpliz: Zuhanden der GLP: Wir haben einen Vertreter, der diesem Antrag zustimmen wird, aber grossmehrheitlich sind wir dagegen, weil das ein kleiner Sparposten ist. Umstritten ist bei uns auch die Antragsaufteilung der Produkte. Da ist Antrag 15 der SP zur Kreative-, Plattform- und Interpretationsförderung. Ein paar Argumente sprechen dafür. Andererseits spricht der Mehraufwand dagegen. Hierzu ist unsere Fraktion relativ gespalten. Klar unterstützen wir den Antrag 28 GLP/JGLP, der darauf abzielt, von der Labelgläubigkeit abzurücken, und auch die Anträge FDP/JF, die darauf abzielen, dass auf weiteren Erwerb von Liegenschaften und Wohnraum zu verzichten sei. Diesen stimmen wir selbstverständlich auch zu.

Hingegen haben wir kein Verständnis für die Anträge 10 und 11 GB/JA!, die Kürzungen rückgängig machen wollen; auch beim Haus der Religionen. Wir haben ja früher mit der GLP selber gekämpft, damit man dort Kürzungen vornimmt. Alle müssen den Gürtel enger schnallen. Darum werden wir diesen Anträgen zustimmen. Auch jene Anträge lehnen wir ab, mit denen die FDP teilweise ökologische Sachen und Nachhaltigkeit über die Anliegen der Denkmalpflege stellen will. Da müssen wir einfach aufpassen. Das ist ein falscher Ansatz. Dass wir Antrag 21 Mitte zustimmen, ist auch klar. Aber, dass man nachher wegen der demografischen Entwicklung und den klimatischen Veränderungen im Kirchenfeldquartier in den Gärten Zelte oder Jurten aufstellen kann, ist für mich der falsche Ansatz. Sie haben der Bevölkerung jahrelang strenge Vorschriften gemacht und jetzt soll plötzlich alles geändert werden.

Wir stimmen sehr differenziert ab. Sie haben unsere Positionen gesehen. Ich habe ein paar Schwächen der Direktion PRD aufgezeigt. Ich habe zu Beginn noch gesagt, dass Ostermündigen die Fusion ablehnen wird, wenn wir uns so dumm verhalten. Ich habe sogar ein gewisses Verständnis dafür. Man gibt ihnen ja nicht einmal einen Gemeinderatssitz. Für vier Jahre hätte man den geben können. Wenn man eine teilweise dermassen falsche Planungspolitik betreibt, hat das die entsprechenden Konsequenzen.

Katharina Gallizzi (GB): Ich begründe nur den Antrag 31 zum Stadtplanungsamt. Die anderen Anträge begründet Stadträtin Franziska Geiser. Sie hält auch das Fraktionsvotum. Unser Antrag 31 fordert, dass im Stadtplanungsamt nicht wie vorgesehen eine zusätzliche Stelle eingespart wird. In der Stadt wird viel geplant, entwickelt und gebaut; und zwar nicht nur von der Stadt, sondern häufig auch von Privaten. Das Stadtplanungsamt ist dafür zuständig, diese Aktivitäten zu begleiten und dabei den gesamtheitlichen Blick zu wahren. Es stellt zum Beispiel sicher, dass genügend Grün- und Begegnungsräume entstehen, dass diese untereinander vernetzt sind, dass es Frischluftkorridore gibt oder dass das Stadtklima auch in Zukunft erträglich bleibt. Werden im Stadtplanungsamt Ressourcen also Stellen gespart, dann muss das Amt natürlich priorisieren. Allerdings hat das Stadtplanungsamt leider nicht immer Einfluss darauf, wenn Privatpersonen oder grössere Konzerne etwas planen. Das heisst, es muss eigentlich immer auf das reagieren, das von aussen kommt. Und wenn es jetzt weniger Ressourcen hat, dann muss es priorisieren, und weil es eigentlich nichts zum Fahrplan dieser Projekte sagen kann, bedeutet das einfach, dass es nicht alle Projekte so eng begleiten kann, wie das eigentlich wünschbar wäre.

Ist dann aber einmal gebaut, müssen wir 50 oder 100 Jahre damit leben. Wenn wir beim Stadtplanungsamt eine Stelle sparen, dann haben wir jetzt im Moment 125 000 Franken mehr in der Kasse. Die zukünftigen Generationen müssen dann aber im schlimmsten Fall über 100 Jahre damit leben, dass es bei diesen Planungen kein Grünraum gibt oder dass dem

Stadtklima nicht Rechnung getragen worden ist. Für uns ist das ein No-Go und darum finden wir, die zusätzliche Stelle beim Stadtplanungsamt sollte nicht eingespart werden.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir sind wirklich radikal dagegen, dass im Kulturbereich gespart wird. Die Auswirkungen der Coronapandemie sind im Kulturbereich noch sehr stark spürbar und viele Kulturschaffende leben von sehr tiefen Löhnen, und ihre soziale Absicherung muss dringend verbessert werden. Wir haben in der letzten Spardebatte vergeblich gegen das Sparen im Kulturbereich gekämpft und hoffen, dass jetzt, wo absehbar ist, dass die Stadt Bern finanziell besser dasteht als befürchtet wurde, auch andere Fraktionen auf weitere Sparmassnahmen im Kulturbereich verzichten. Sparen hat nichts mit kulturpolitischem Gestaltungsfreiraum zu tun. Unser Antrag 10 fordert, dass wir die tripartiten und städtischen Leistungsvereinbarungen nicht kürzen. Kürzungen bei den tripartiten Leistungsvereinbarungen bedeuten, dass der Kanton und die Regionalkonferenzen automatisch auch Gelder kürzen. Das bedeutet, auch wenn die Stadt allein die Beiträge nicht substanziell kürzt, ist es für die Betroffenen einschneidend. Auch die Kürzungen auf den städtischen Leistungsvereinbarungen betreffen die Kulturschaffenden direkt. Wenn Institutionen weniger Geld bekommen, können sie weniger Kunstschaaffende ausstellen, weniger Theaterproduktionen ermöglichen, weniger Musiker*innen für Konzerte engagieren. Mit Antrag 11 fordern wir, dass die direkte Kulturförderung in den nächsten Jahren kontinuierlich ausgebaut wird. Wie gesagt, die Kulturschaffenden haben in der Tendenz tiefe Löhne. Viele haben ungenügende Sozialversicherungen. Die mittel- und längerfristigen Auswirkungen der Pandemie werden sich erst noch zeigen. Aus diesen Gründen braucht es mehr Geld.

Ich komme zum Fraktionsvotum. Die Anträge der Fraktion SP/JUSO zu Kulturthemen nehmen wir alle an. Wir wollen weder beim Haus der Religionen noch beim Robert-Walser-Zentrum Gelder kürzen. Wir haben allerdings den Eindruck, dass die zwei Institutionen ein bisschen zufällig gewählt wurden. Wir sollten die Debatte um Kulturgelder viel grundsätzlicher führen. Es darf nicht sein, dass die Institutionen, die politisch vernetzt sind, die ihre Netzwerke haben, Sparmassnahmen abwenden können und andere, die weniger gut vernetzt sind, es nicht können. Die Fraktionen FDP/JF und Mitte wollen den Kredit Stadtentwicklung und Kultur auflösen. Uns stört die Intransparenz in diesem Kredit auch, der an das Stadtpräsidium gebunden ist. Aber weil der Antrag 16 mit einer Kürzung der Kulturgelder verknüpft ist, lehnen wir ihn ab; genauso wie den Antrag 17 zur Auflösung des Schwerpunktkredits. Das sind sowieso Themen, die wir im Rahmen der Debatte über die Kulturbotschaft noch diskutieren können.

Mit dem Antrag 20 verlangt die Fraktion FDP/JF, dass die Interessen der Denkmalpflege den Interessen einer ökologisch nachhaltigen Bauweise untergeordnet werden. Dem Antrag stimmen wir zu und entsprechend auch dem Antrag 22 JUSO, JA!, der fordert, dass die Denkmalpflege klimatische Veränderungen und demografische Entwicklungen stärker gewichtet. Wir enthalten uns aber beim Antrag 23 FDP/JF, weil der konkrete Kürzungsvorschlag bei der Denkmalpflege um 557 319.95 Franken uns ein bisschen zufällig und willkürlich vorkommt. Antrag 28 GLP/JGLP lehnen wir ab. Es braucht zwar nicht immer Labels im Energiebereich, aber Labels sind auch nicht grundsätzlich überflüssig. Teils bieten sie halt eben auch wertvolle Kenntnisse und können eine Kontrollfunktion wahrnehmen.

Bei Antrag 21 Mitte, der fordert, dass die Personalkosten für den UNESCO-Managementplan halbiert werden, enthalten wir uns. Wir haben uns ja gegen den UNESCO-Managementplan gewehrt, aber jetzt einfach die Personalkosten zu senken und zu schauen, was danach mit dem Plan passiert, finden wir trotzdem problematisch. Die Anträge SVP lehnen wir ab. Ich hoffe sehr, dass unsere Anträge im Rat Zustimmung finden.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO hat zu GuB und PRD fünf Anträge eingereicht, die ich begründe. Sie beziehen sich alle auf den IAFP. Mit der Pla-

nungserklärung 5 verlangen wir, dass die Bundesfeier verschiedenen Kulturen Raum lässt und dabei einen Aufklärungsauftrag wahrnimmt. In Bern leben Menschen mit verschiedenen Hintergründen. Die Vielfalt ist uns wichtig und soll auch an jedem Tag gelebt werden. Es ist wichtig, an der Bundesfeier ein differenziertes Bild der Schweiz zu beleuchten. Unsere Planungserklärungen 12 bis 15 betreffen die Kulturstadt Bern. Kultur fördert die Kreativität, vermittelt Werte, erzeugt Aufmerksamkeit, bietet aber auch Unterhaltung und leistet einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie Begegnungen und Austausch ermöglicht. Die Kulturdiskussion regt an und trägt zur Zufriedenheit bei. Wir haben in der Fraktion ausführlich über den Kulturbereich diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass man angesichts der schwierigen finanziellen Lage der Stadt Schwerpunkte setzen muss. In der Planungserklärung 12 beantragen wir, die Kürzung beim Haus der Religionen rückgängig zu machen. Acht Religionsgemeinschaften finden sich unter einem Dach und pflegen den Austausch mit der Gesellschaft. Die einzigartige Vielfalt leistet einen grossen Beitrag zur Integration. Die zahlreichen Kulturveranstaltungen sind eine Bereicherung für das ganze Quartier. Das Haus der Religionen ist ein Begegnungsort für alle geworden. Eine Kürzung würde das Haus, das sich aktuell noch im Aufbau befindet, sehr hart treffen und somit diesen wichtigen Austausch verunmöglichen.

Auch die Halbierung des Beitrags an das Robert-Walser-Zentrum wollen wir mit der Planungserklärung 13 rückgängig machen. Das Robert-Walser-Zentrum strahlt weit über die Landesgrenzen hinaus. Mit der Kürzung könnte das Zentrum seine Leistungen und Aufgaben nicht mehr aufrechterhalten. Das Robert-Walser-Zentrum kümmert sich um den Nachlass von Robert Walser, einem der wichtigsten Autoren der Schweizer Literatur. Damit das Vermächtnis des weltweit renommierten Schriftstellers in Bern weiterhin gepflegt werden kann, bitten wir Sie, die Planungserklärungsnummer 13 zu unterstützen. In der Planungsplanungserklärung 14 verlangen wir, dass die Veränderungen aufgrund der spartenunabhängigen Förderung, die im Projekt und der Programmförderung 2024 vorgesehen ist, statistisch erhoben werden. Wir möchten sehen, welche Folgen die Systemänderung auf die Förderung hat. Die Zusammenlegung der Sparten könnte beispielsweise für die bildende Kunst weitreichende Folgen haben. Das gilt es zu erfassen. Die soziale Sicherheit von Kulturschaffenden sowie die Qualität des kulturellen Schaffens soll nachhaltig erhalten werden. Die Planungserklärung 15 verlangt, dass die Neuaufteilung in Produktionsplattform und Interpretationsförderung mit konkreten Massnahmen begleitet und ebenfalls statistisch erfasst wird. Denn Berner Künstlerinnen und Künstler sollen als lokale Kulturschaffende besser gefördert werden. Ich bitte Sie eindringlich, unsere Planungserklärungen anzunehmen, um die Kultur und die Vielfalt in der Stadt Bern weiter zu fördern. Sie geben der freien Szene das gebührende Gewicht.

Ich komme jetzt zur Fraktionserklärung. Die Anträge 1 und 2: Wir lehnen diese natürlich ab. Es ist an Polemik nicht zu übertreffen, das Budget der Präsidialdirektion um pauschal 12 Millionen Franken oder auch 3 Millionen Franken kürzen zu wollen. Stadträtinnen und Stadträte, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind, können solche Anträge nur als Affront verstehen. Eine lebendige Stadt braucht eine Verwaltung, die den Service Public aufrecht erhält. Wir danken allen Mitarbeitenden, die dazu beitragen, dass alles funktioniert. Im Gegensatz zur SVP finden wir es zudem überhaupt nicht unsinnig, die Schützenmatte als zentralen Ausgangsknoten in Bern aufzuwerten und dort Sicherheit zu schaffen oder eine Drogenabgabestelle zu verlegen. Die Anträge 3 und 4 lehnen wir ebenfalls ab. Wir erachten es als nicht sinnvoll, auf den Druck von Unterlagen vollständig zu verzichten, solange das Ratsinformationssystem noch nicht benutzer*innenfreundlich ist. Wir finden es sinnvoll, mit solchen Massnahmen zu warten, bis das neue System eingeführt wurde. Die Anträge 7 bis 9 lehnen wir ab.

Es verwundert nicht, dass gerade die SVP eine Dienststelle streichen will, die sich für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern sowie von lesbischen,

schwulen, bisexuellen, trans, intergeschlechtlichen und weiteren queeren Menschen einsetzt. Die Fachstelle unterstützt die Bevölkerung, die Behörden, aber auch die Wirtschaft dabei, die in der Verfassung und den Gesetzen verankerten Grundrechte in der Stadt Bern und in der Verwaltung umzusetzen. Wir sind unglaublich dankbar für die wichtige Arbeit, die leider heute immer noch dringend nötig ist, weil wir mit der Gleichstellung aller Geschlechter noch immer nicht das erreicht haben, das wir erreichen wollen. Frauen haben 2018 im öffentlichen Sektor immer noch 1 618 Franken pro Monat weniger verdient. 686 Franken davon sind komplett unerklärbar. Und da finden gewisse Leute hier drinnen, man könne die Fachstelle doch abschaffen, weil es die gar nicht mehr brauche. Das ist doch absurd. Aber eben, das sind die gleichen Leute, die auch gendern völlig unnötig finden.

Wie bereits in der Antragsbegründung erwähnt, finden wir eine ausgewogene Kulturförderung wichtig. Wir lehnen die Anträge 9 und 10 GB/JA! aber ab. Die Diskussionen haben wir letztes Jahr ausführlich geführt und wir möchten nicht noch einmal darauf zurückkommen. Zudem ist ein kontinuierlicher Anstieg der direkten Kulturförderung um 15 Prozent nicht im Sinne einer ausgewogenen Kulturförderung.

Die Anträge 16 bis 19, die weitere Streichungen verlangen, lehnen wir ab. Kultur ist eine Grundbedingung des menschlichen Daseins und nicht in erster Linie dazu da, kommerziell erfolgreich sein zu müssen. Bei Antrag 20 haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Wir haben mit Antrag 22 einen sehr ähnlichen Antrag eingereicht. Wir sind uns einig, es braucht eine Denkmalpflege, die das Klima und andere Anliegen berücksichtigt. Die Denkmalpflege auf ein Minimum zu reduzieren, wie es der Antrag 20 verlangt, geht einigen in der Fraktion aber zu weit. Antrag 28 GLP/JGLP werden wir unterstützen. Wir stimmen zu, dass man auf Labels verzichten kann, wenn aus ihnen kein Beitrag für Dritte resultiert. Die Anträge 29 und 30 der SVP zum Stadtplanungsamt lehnen wir ab. Der Bau von bezahlbarem, sozial durchmischtem und ökologisch nachhaltigem Wohnbau ist eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der Stadt Bern. Insbesondere bei der Schaffung von günstigem Wohnbau kommt der Stadt eine entscheidende Rolle zu, weil Private dieses Segment nicht genügend abdecken.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion FDP/JF: In ihrem Eintretensvotum hat Katharina Altas gesagt – sie hat zwar nicht gerade den Vorwurf gemacht, aber sie hat sinngemäss gesagt, dass relativ viele Planungserklärungen nichts mit der Finanzdebatte zu tun hätten. Vielen gehe es mehr darum, das Parteiprogramm herunterzubeten. Und genau diese Fraktion reicht an einer Budgetdebatte einen Antrag ein, der den Inhalt einer Bundesfeier definieren will. Das lassen wir jetzt einfach mal so stehen. Wir können uns auch darauf einigen, dass alle solche Anträge einreichen und dass das halt ein bisschen Part of the Game ist.

Ich möchte primär auf zwei Themenbereiche bei der PRD eingehen, wozu auch entsprechende Anträge vorliegen. Der eine ist die Kultur und der andere ist die Denkmalpflege. Bei der Kultur ist vorher richtigerweise gesagt worden, dass wir eigentlich die Debatte, die nächstes Jahr im Rahmen der Leistungsvertragsverhandlungen in den Rat kommen wird, vorziehen. Korrigieren muss ich das Votum der Rednerin des Grünen Bündnisses, dass jetzt schon wieder bei der Kultur gespart werde. Das ist schlicht falsch. Der Gemeinderat vollzieht jetzt genau das nach, was wir bei der letzten Budgetdebatte als finanziellen Rahmen vorgegeben haben. Also, jetzt werden halt die Einsparungen, die letztes Jahr beschlossen wurden, nachvollzogen. Aber wenn man jetzt sagt, dass dieses Jahr wieder bei der Kultur gespart werde, ist das inhaltlich falsch und das kann man so nicht stehen lassen. Wir haben einen finanziellen Rahmen vorgegeben und der Gemeinderat hat sich, glaube ich, mit seiner Kulturbotschaft auf 5 Rappen genau an diesem finanziellen Rahmen orientiert. Ein bisschen speziell ist, dass wir jetzt zwei Anträge haben, die eine Kulturbotschaft betreffen, zu der jetzt erst die Vernehmlassung ausgewertet wird, und wir eigentlich noch gar nicht wissen, ob das, was in die Vernehmlassung gegeben wurde, nächstes Jahr auch so eingeführt werden soll. Die Kulturbot-

schaft ist auch erst in einem Jahr gültig. Jetzt definieren wir aber schon, dass, wenn das eventuell so eingeführt wird, dann bitte noch zusätzliche Statistiken und Reportings eingeplant werden sollen. Man kann sagen, wir handeln hier vorausschauend nach dem Motto: «Gouverner c' est prévoir.» Aber vielleicht sind wir auch einfach ein Jahr zu früh. Gleichzeitig muss ich aber auch sagen, dass wir natürlich Verständnis haben für den Inhalt der Anträge und dass Teile der Fraktion diese sogar annehmen werden. In der Kulturpolitik der Stadt Bern planen wir einen Paradigmenwechsel und das ist richtig. Und wenn man so fundamental in das System eingreift, ist es auch nichts als richtig, dass man nachher eng reportet, ob der gewünschte Effekt erzielt wird. Was aber unserer Fraktion wichtig ist, ist, dass man die Reportings, die Berichte, die Statistiken mit den vorhandenen Ressourcen erstellt, und dass keine Mehrausgaben entstehen, indem man diese Leistungen einkaufen will.

Es ist auch richtig, dass unsere Fraktion zwei Anträge gestellt hat. Sie betreffen zwei Kredite, die in der Kulturbotschaft drin, aus unserer Sicht aber nicht notwendig sind. Es ist auch richtig, dass wir die zur Hälfte streichen wollen und zur anderen Hälfte in den Topf geben möchten, über den künftig die Kommission verfügen kann. Aus unserer Sicht ist das eigentlich Kulturförderung wie sie in der Stadt Bern sein sollte. Wir haben eine Kommission, die transparent zusammengesetzt ist und transparente Kriterien hat, die regeln, wie die Kultur in der Stadt gefördert werden soll. Es gibt keine Sonderkasse des Stadtpräsidenten, aus der dieser im Alleingang Gelder sprechen kann. Denn das widerspricht in den Augen unserer Fraktion einer transparenten Kulturförderung, die man eben auch nachvollziehen kann und bei der auch die Kulturschaffenden verstehen können, wieso jemand Geld bekommt oder jemand nicht. Anträge, die bereits auf die einzelnen Leistungsverträge eingehen, kommen eigentlich zu früh. Man muss dort auch ganz klar sagen, dass wir als Parlament oder als Politikerinnen und Politiker und Parteien in der ganzen Vernehmlassung zur Kulturbotschaft pro Leistungsvertrag im Schnitt nicht mehr als drei Sätze Informationen bekommen haben. Katharina Altas hat gesagt, dass beim Haus der Religionen gespart werde, und das sei genau das Haus, das keine starke Stimme habe. In meinen fünfeinhalb Jahren im Stadtrat habe ich noch nie ein solch professionelles Lobbying hinter den Kulissen erlebt, wie das Haus der Religionen es in den letzten Wochen aufgezeigt hat. Das muss man neidlos eingestehen und es ist auch ganz explizit keine Kritik. Sie haben das hervorragend gemacht. Sie haben für ihre Gelder gekämpft und das resultiert auch in diesem Antrag. Aber im Wissen darum, was für eine professionelle Lobby-Maschine gelaufen ist, zu sagen, dass es ein Haus sei, das keine Stimme habe, ist ein bisschen mutig. Wir werden die Anträge, die einzelne Leistungsverträge betreffen, genau aus diesem Grund ablehnen. Aus unserer Sicht läuft die Debatte noch, und mit dem Kanton bei den Tripartiten sind die Verhandlungen unseres Wissens noch nicht abgeschlossen. Nächstes Jahr, wenn die SBK die Sachen beraten hat und wir die Informationen bekommen haben, die wir brauchen, um zu entscheiden, werden wir entscheiden.

Noch ganz kurz zur Denkmalpflege: Wir haben ja dort auch eigene Anträge gestellt. Wir sind überzeugt, die Denkmalpflege soll sich an ihrem Kernauftrag orientieren. Wir sind überzeugt, dass sie diesen im Moment recht grosszügig auslegt. Gewisse Leute aus unserer Fraktion haben zumindest Sympathie für den Antrag JUSO, JA!, der auch etwas in diese Richtung geht. Vielleicht wird ja im Gegenzug dafür unserem Antrag 20, in dem es um die Interessenabwägungen zwischen den Anliegen des Denkmalschutzes und den Anliegen der Ökologie geht, Rechnung getragen. Ich gehe nicht auf alle Anträge einzeln ein, sondern nur auf jene, bei denen einfach mit dem Rasenmäher oder mit dem Zweihänder angesetzt wurde, indem man einfach mal irgendeine Zahl, die möglichst hoch angesetzt wurde, hineingeschrieben hat, die man streichen will. Solche Anträge lehnen wir ab. Wir finden, dass man dort die Grösse haben sollte, aufzuzeigen, auf was zu verzichten man bereit ist. Bei den anderen Anträgen gibt es gewisse, die wir annehmen, und gewisse, die wir ablehnen. Sie werden es sehen.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Die Fraktion GLP/JGLP lehnt alle Anträge zur PRD ab, ausser einem. Wir sind sehr froh, hat der Gemeinderat hier Mut bewiesen und im Bereich Kultur auch sehr unbequeme Anträge eingebracht. Es ist allen klar, dass man im Bereich Kultur immer sehr ungern spart. Es gibt tausend Argumente, wir haben sie gehört und wir werden sie noch hören, warum man gerade in der Kultur nicht sparen kann. Aber hier scheint uns das eben sinnvoll, und, wie wir auch von Tom Berger gehört haben, wird tatsächlich auch der Auftrag des Parlaments umgesetzt. Der Gemeinderat hat das Parlament hier ernst genommen. Darum verstehen wir nicht, wenn Anträge gestellt werden, die genau das, was man jetzt einzusparen versucht, wiedereinstellen will. Auf der anderen Seite sind wir aber nicht bereit, weitere Streichkonzerte in diesem Bereich zu unterstützen. Darum lehnen wir dort alle Anträge ab. Das gleiche gilt für die Denkmalpflege und für die Aussenbeziehungen. Die Angriffe auf die Denkmalpflege sind vor allem mir persönlich immer ein Dorn im Auge. Die Denkmalpflege ist doch ein sehr starker Garant für qualitatives Bauen und für eine wirklich lebenswerte Welt. Man sieht das überall dort, wo die Denkmalpflege schwach ist, wo sehr vieles in Richtung Disneyland kippt. Es ist manchmal für die Laien etwas schwer verständlich, worum es geht, aber es ist durchaus offensichtlich, wenn man es nachher im Gesamtkontext anschaut.

Wir sehen aber an drei Orten Sparpotenzial. Zum ersten natürlich bei uns selber. Es ist wirklich völlig unsinnig, dass wir nach wie vor auf Papier drucken, dieses unter anderem dort in diese Fächer stellen und es am gleichen Abend als Altpapier entsorgen. Und es ist ja nicht so, lieber Alexander Feuz, dass es jetzt verboten wäre, Papier zu brauchen. Jene, die gerne mit Papier arbeiten, können sich ausdrücken, was sie brauchen. Darum können wir wohlgestrost dem Antrag FDP, Mitte zustimmen und diesen Betrag einsparen.

Jetzt noch zu unseren beiden Anträgen: Einerseits geht es um das Ortsarchiv Bümpliz und andererseits um die Labels. Das Ortsarchiv Bümpliz haben wir sehr genau abgeklärt. Die Problematik ist die folgende: Das Stadtarchiv hat eigentlich für die Digitalisierung, die gemacht werden müsste, zu wenig Leute. Auf der anderen Seite hat man im Ortsarchiv Bümpliz eine Stelle von 20 Prozent, das heisst, einem Tag pro Woche. In diesem Umfang ist eine Person dort vor Ort, um allfällige Walk-ins, die vorbeikommen, anzuhören und mit ihnen zu reden. Vielleicht kommen die Leute noch einmal, bringen vielleicht ein Foto oder einen Brief u.ä. Dann kann man sich überlegen, ob das archivwürdige Material ist oder nicht. In diesem Rahmen läuft das Ortsmuseum. Und das ist wirklich nice to have, wir gönnen das Bümpliz auch, wenn die Situation finanziell rosig ist. Wenn aber die Situation so ist, wie sie es jetzt ist, ist das einfach übertrieben, und dann finden wir es zielführend, wenn man die 20 Prozent, diesen Tag, dem Stadtarchiv zur Verfügung stellt. Darum bitten wir Sie, nehmen Sie unseren Antrag an.

Der andere Antrag, den wir in der PRD stellen, sind die Labels. Jetzt haben wir wirklich jahrelang Erfahrung damit gesammelt, was es heisst, wenn man diese Labels hat. Wir wissen, was wir machen müssen, um diese Labels zu bekommen. Aber dann wären wir doch blöd, wenn wir nachher auch noch immer wieder für die Labels zahlen würden. Wir wissen jetzt, wie es funktioniert. Auch das ist nice to have, wenn eine gute finanzielle Situation herrscht, aber im Moment brauchen wir das Geld und darum erneuern wir diese Labels nicht. Wir bitten Sie, auch diesem Antrag zuzustimmen.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) für die Fraktion Mitte: Es gibt zwei Möglichkeiten um absolut schmerzlos Geld zu sparen, dort wo es niemandem weh tut, nicht einmal uns selber. Die eine führe ich jetzt gerade vor: wenig reden. Ich mache es kurz und bündig. Die andere ist, nichts mehr ausdrücken. Es kann ja wirklich nicht sein, dass wir jeden Abend dort in dieser Tonne stapelweise Papier einfach entsorgen. Es ist nicht ökologisch, es ist nicht nachhaltig und es kostet uns eine Viertelmillion pro Jahr. Also ich bitte Sie wirklich, unseren Anträgen zum Spa-

ren bei unseren Ratsunterlagen zuzustimmen. Damit ist eine Viertelmillion auf einen Klapp eingespart. Es kann nicht so schwierig sein. Der Grosse Rat, der die nächsten zwei Wochen von Montag bis Donnerstag tagt, bekommt keine einzige Unterlage. Alles ist elektronisch. Ich glaube, das schaffen wir auch.

Nicole Bieri (JUSO): Ich werde die Anträge JUSO, JA! und den Antrag 22 JUSO begründen. Beim Antrag 5 haben wir uns in der JUSO ursprünglich überlegt, den Budgetposten für die Bundesfeier ganz zu streichen, weil wir es an sich unnötig finden, dass die Stadt Bern solch ein Fest überhaupt finanziert. Vorläufig haben wir uns aber dagegen entschieden, weil wir in diesem Fall eine Chance sehen, wenn man Vergangenes sichtbar macht. Mit unserem Antrag 22 wollen wir genau das Gegenteil bewirken. Wir wollen Vergangenes in die Vergangenheit schicken und fordern von der Denkmalpflege für die Zukunft eine hohe Gewichtung von klimatischen Veränderungen und der demografischen Entwicklung. Beide sind in der Vergangenheit oft genug viel zu kurz gekommen; sei es, dass manche Schulhäuser nicht in der nötigen Grösse gebaut werden können, weil die Denkmalpflege etwas dagegen hat, oder dass man gewisse Räume nicht angemessen sanieren kann. Mit unserem Antrag bezwecken wir, dass genau das in Zukunft möglich ist. Wir wollen eine zukunftsgerichtete Denkmalpflege, die unsere und künftige Generationen mitdenkt, statt nur Vergangenes zu konservieren. Für uns ist die Frage entscheidend, was bringt der Erhalt von Relikten, wenn die Gebäude nicht für alle zugänglich sind, der nötige Platz nicht vorhanden ist oder die Infrastrukturen nicht an aktuelle Lebensbedingungen angepasst werden können? Genau nichts. Darum fordern wir einen Schritt Richtung Zukunft.

Fraktionserklärungen

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich kann es auch kurz machen. Unsere Fraktion hat zur PRD keine Anträge gestellt. Wir werden drei Anträge annehmen: Erstens die Anträge 3 und 4, also das PGB und die IAFP-Planungserklärung zum Verzicht auf den Druck von Sitzungsunterlagen. Insbesondere mit dem neuen Ratsinformationssystem (RIS) sollte es ja dann auch möglich sein, die PDFs einfacher zu bearbeiten und herauszuziehen.

Die Fraktionschefin hat es schon im Votum zu den übergeordneten Anträgen gesagt: Wir nehmen auch den Antrag zum Haus der Religionen an. Diese Streichung soll man rückgängig machen. Den Antrag 28 GLP/JGLP, der auf den Erwerb der Labels verzichten will, nehmen wir auch an. Allerdings setzt die Stadt das unseres Wissens bereits um. Sie baut nach diesen Standards, lässt sie aber nicht zertifizieren. Man könnte fast sagen, es ist ein bisschen ein Etikettenschwindel, aber es spart eben Geld und wird offensichtlich schon gemacht. Alle anderen Anträge lehnen wir ab.

Tom Berger hat es gesagt, die Vernehmlassung zur Kulturfinanzierungsbotschaft wird im Moment erst ausgewertet. Das heisst, wir werden uns nächstes Jahr im Detail damit befassen. Ich kann Ihnen quasi nur aus unserer Stellungnahme anlässlich der Anhörung zitieren. Die GFL/EVP wird die Kürzungen grundsätzlich begrüssen, auch wenn wir sie natürlich sehr bedauern. Es ist eine bittere Pille, dass wir auch bei der freien Kulturszene ansetzen müssen, aber insgesamt scheinen uns 33 Millionen Franken Kulturbudget pro Jahr immer noch ein anständiges Budget zu sein, und bevor wir zum Beispiel über eine Aufstockung bei Bühnen Bern diskutieren wollen, möchten wir Transparenz bei den dortigen, höheren Lohnklassen. Nach unserem Dafürhalten herrscht bei Bühnen Bern wenig Transparenz bei den Kaderlohnklassen. Das müsste man zuerst einmal verbessern, bevor wir dort das Budget aufstocken können.

Eva Chen (AL) für die Fraktion AL/PdA: Grundsätzlich ist es uns als Fraktion AL/PdA wichtig, konstruktiv und lösungsorientiert mit dem Budget umzugehen. Nichtsdestotrotz haben wir natürlich wie jede Fraktion unsere Meinung, wo das Geld gespart werden kann und wo nicht. Die Anträge 1 und 2 SVP finden wir nicht konstruktiv und lehnen sie darum ab. Es ist immer einfach aufzulisten, wo es Schwierigkeiten gab; konkrete Vorschläge machen hingegen etwas schwieriger. Eine generell verhängte Kürzung von Geldern erachten wir darum nicht als sinnvoll. Die Anträge 3 und 4 FDP/JF wiederum, die verlangen, dass auf den Druck der Sitzungsunterlagen verzichtet werden soll, finden wir hingegen eine sehr konkrete Forderung, womit nebst Kosten auch ein unnötiger Papierverschleiss vermieden wird. Antrag 5 SP/JUSO mit der Forderung, dass der 1. August auch eine kritische Reflexion mit der Schweizer Geschichte fördern und sich das Rahmenprogramm analog der Gesellschaftszusammensetzung transkulturell öffnen soll, unterstützen wir. Die Anträge 7 bis 9 Mitte und SVP lehnen wir entschieden ab. Die Gleichstellung wäre eben ein Thema, bei dem wir als Fraktion auf gar keinen Fall bereit sind, Budget einzusparen. Schon nur ein Blick auf die Schwerpunkte des Aktionsplans Gleichstellung 2023-2026 zeigt deutlich, wie viel Handlungsbedarf dort noch notwendig ist, und dass keine Rede von einer Verwirklichung der Gleichstellung sein kann. Das gleiche gilt auch für die nachträglich eingereichten Anträge 32 und 33. Antrag 10 GB/JA!, der fordert, dass auf die Kürzung bei den städtischen und tripartiten Leistungsvereinbarungen verzichtet wird, unterstützen wir; ebenfalls Antrag 11. Es ist nämlich höchste Zeit, dass sich die Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden verbessern. Wie im Antrag richtig begründet, ist das noch ein langer und kostenintensiver Weg. Wenn man Kultur wirklich nachhaltig fördern will, braucht es dort eine kontinuierliche Erhöhung und auf keinen Fall weitere Kürzungen. Wir unterstützen auch die Anträge 12 bis 15 der Fraktion SP/JUSO. Nicht nur bei den Kulturschaffenden soll nicht gespart werden, sondern auch bei den Institutionen. Dass hingegen die neuen spartenunabhängigen Fördergefässe vorerst statistisch erhoben und überprüft werden, sollen, finden wir eine sinnvolle Idee. Alle weiteren Anträge, die bei der Kulturförderung einsparen wollen, also 16 bis 19, lehnen wir ab. Das gleiche gilt für Kürzungen bei der Denkmalpflege. Grundsätzlich unterstützen wir die Absicht, dass klimatische Veränderungen, die demografische Entwicklung und eine ökologische Nachhaltigkeit berücksichtigt und abgewogen werden, wie die Anträge 20 und 22 es fordern. Trotzdem finden wir, dass auch die Erhaltung von kulturellem Erbe einen wichtigen Teil zur Nachhaltigkeit beisteuern kann und die Reduktion auf ein Minimum, wie es im Antrag 20 formuliert wird, geht uns ein bisschen zu weit. Darum werden wir den Antrag 22 annehmen, 20 aber ablehnen.

Die Anträge 24 bis 26 SVP lehnen wir ab. Besonders die 40 000 Franken, die man mit dem Verzicht auf eine Bevölkerungsbefragung sparen soll, können wir nicht nachvollziehen. Im Grossen und Ganzen ist das ein zu vernachlässigender Betrag. Wenn man im Gegenzug dafür ein Feedback der breiten Bevölkerung in die Planung miteinfließen lassen kann, finden wir diesen Betrag gut investiertes Geld. Die Kürzungen der SVP und GLP/JGLP beim Hochbau und dem Stadtplanungsamt, lehnen wir ab. Antrag 31 GB/JA! unterstützen wir.

Einzelvoten

Timur Akçasayar (SP): Sie können sich sicher gut vorstellen, über welchen Antrag ich spreche, nämlich über den Antrag 8 GLP/JGLP, der ein Angriff auf die Soziokultur in Bümpliz ist. Regelmässig beklagen sich Freunde und Bekannte aus anderen Stadtteilen bei mir und meinen, schon wieder ihr Bümplizer und Bümplizerinnen. Ja, wir in Bümpliz haben gewisse Angebote und Institutionen wie das Ortsarchiv, das andere Stadtteile und Quartiere nicht haben. Das hat aber verschiedene Gründe und nur bedingt etwas mit einer Eingemeindung oder einer möglichen eigenen Identität zu tun. Die Entfernung vom Stadtzentrum und die Konzentration gewisser Bevölkerungsgruppen im Westen haben dazu geführt, dass sich das soziale

Leben ehrenamtlich und lokal organisiert hat. Das bekannteste Beispiel hat vorletztes Wochenende stattgefunden: Es die grösste Chilbi im Kanton Bern, nämlich die Bümplizer Chilbi. Ein anderes Beispiel betrifft den Antrag: das Ortsarchiv Bümpliz, das seit 2020 Teil des Stadtarchivs ist. Der Stadtteil im Westen ist ein wichtiger Zeitzeuge der veränderten Gesellschaft und der Stadtarchitektur vom ländlichen Bauerndorf zum Arbeiterquartier zum heutigen, diversesten Trendquartier der Stadt Bern. Die gesellschaftliche Entwicklung ist mit langjähriger ehrenamtlicher Arbeit für die Nachwelt dokumentiert und der breiten Bevölkerung zugänglich gemacht worden. Aber das Ortsarchiv ist mehr als ein Archiv mit Bildern, wie man es hier hören durfte. Es ist einiges mehr, nämlich ein Bestandteil der Soziokultur des Stadtteils und ein Begegnungsort der Generationen. Es stimmt nicht, dass Sie einfach Fotos anschauen oder abgeben und darüber diskutieren können. Es ist mehr. So haben Anfang Jahr zwei schreibende Bümplizerinnen eine Plattform bekommen und mit ihren Geschichten die Menschen verzaubert – niederschwellig und kostenlos.

Und am 20. Oktober findet eine Zeitreise im Archiv Bümpliz statt: «Rudolf König, Unspunnen und die heile Welt», eine Lesung von Werner Adams.

Geschichte und Kultur sollen für alle zugänglich sein und nicht nur rund um den Bahnhof und in der Altstadt der Stadt Bern stattfinden. Geschichte und Kultur sollen in den Aussenquartieren sichtbar sein, sich entfalten und präsentieren. Das ist, was eine lebendige Stadt ausmacht und nicht irgendeine sanierte Burg irgendwo in Schwarzenburg, liebe Kolleginnen und Kollegen der GLP. Das Ortsarchiv erbringt für die Stadt einen immensen Mehrwert. Und seien wir ehrlich: Die 20 000 Franken können wir uns leisten. Darum lehnen Sie bitte Antrag 8 GLP zur Schliessung des Ortsarchivs Bümpliz ab.

Alexander Feuz (SVP): Ich danke Timur Akçasayar für sein Votum und die Unterstützung für den Stadtteil Bümpliz. Ich habe das sehr geschätzt. Ich habe Sie auch schon um Unterstützung für gewisse Bümplizer Anliegen gebeten – Stichwort Zirkus Wunderplunder.

Ich komme auf das zurück, wo wir angegriffen wurden, zum Stadtplanungsamt. Ich halte nach wie vor fest: Dort sind relativ viele Sachen schiefgelaufen. Die Kürzungen sind meines Erachtens gerechtfertigt. Ich will mich hier nicht wiederholen. Ich will einfach nochmals Wert darauf legen, dass die Anträge 3 und 4 Mitte, FDP/JF für mich in die falsche Richtung gehen. Ich habe Ihnen gesagt, wie es im Grossen Rat läuft. Ich zweifle, dass die Leute die Sachen lesen, dass sie daheim die Sachen ausdrucken. Wenn es darum gegangen wäre, hätte man den Antrag gestellt, man soll das halbieren oder was auch immer, damit wir nicht so viel haben, das nachher vielleicht gleich weggeworfen wird. Aber es gibt auch Leute, die manchmal die Unterlagen zuhause vergessen und froh sind, sie hier zu bekommen. Ich bin wirklich der Meinung, das ist ein Dienst am Stadtrat. Auf Papier kann man auch Notizen machen oder, wenn es Änderungen gibt, diese vermerken. Also, ich bin der Meinung, Sie schwächen das Parlament, wenn Sie diesen Anträgen zustimmen. Ich danke all den Parteien, die im Sinne der Demokratie die Anträge ablehnen. Ich habe es zu Beginn gesagt, die alten Liberalen in Deutschland hätten die Anträge sicher nicht gestellt im Wissen und Geiste, dass man sich damit schwächt.

Corina Liebi (JGLP): Da wir vorhin direkt angesprochen wurden, möchte ich noch ganz kurz etwas zum Ortsarchiv in Bümpliz sagen. Uns ist vorgeworfen worden, dass unser Antrag ein Angriff auf die soziokulturelle Kultur in Bümpliz ist. Wir empfinden das ganz anders, weil es uns überhaupt nicht darum geht, den Bümplizerinnen und Bümplizern etwas wegzunehmen, im Sinne, dass ihnen etwas nicht mehr zur Verfügung steht. Vielmehr geht es uns um die Aufgaben, die das Ortsarchiv momentan in einer Parallelstruktur zum Stadtarchiv übernimmt. Das sind Aufgaben, die das Stadtarchiv per se schon selber macht. Alle Bümplizerinnen und Bümplizer, wie übrigens alle anderen Leute, die in der Stadt Bern wohnen auch, können Unterla-

gen, Fotos, historische Dokumente direkt dem Stadtarchiv abliefern. Das heisst nicht, dass der Dienst nicht mehr zur Verfügung steht, aber die Frage ist: Muss man die in Bümpliz abgeben, damit nachher jemand von Bümpliz zum Stadtarchiv fährt und diese Unterlagen nachher dort einlagert? Denn vor Ort in Bümpliz werden keine Unterlagen archiviert. Es ist ein Mini-museum, aber es ist kein Archiv per se. Und die Beziehung, die unter den Leuten in Bümpliz hergestellt wird, kann man auch anders bewerkstelligen, zum Beispiel mit einem Event. Dafür brauchen wir nicht eine Person, die zu 20 Prozent angestellt ist, wenn an anderen Orten beim Stadtarchiv die Personalprozente dringend benötigt werden. Es wurde von einer Einsparung gesprochen. Wir wollen das Geld nicht sparen, wir wollen niemandem 20 000 Franken wegnehmen. Wir wollen das Geld beim Stadtarchiv lassen, wo es jetzt ist. Wir verlangen eine Priorisierung der Aufgaben. Und es ist sehr schön zu hören, dass sich die Bürgerinnen und Bürger aus Bümpliz engagieren, Geschichten schreiben, Geschichten erzählen, und ich finde, das kann auch weiterhin in einem freiwilligen Rahmen möglich sein. Das können wir auch im Rahmen einer Event-Plattform schaffen, aber dafür brauchen wir definitiv nicht 20 Stellenprozente.

Simone Machado (GaP): Ich will hier noch für die Denkmalpflege eine Lanze brechen. Die Anträge 20, 21, 22 sind ein klarer Angriff auf die Denkmalpflege. Das Argument lautet, die Denkmalpflege gehöre in die Vergangenheit und es gebe wichtigere Interessen, die man wahren müsse wie zum Beispiel ökologische. Die Denkmalpflege bewahrt aber auch vor Dummheiten, die man in der Gegenwart begeht. Stellen Sie sich vor, es gäbe die Denkmalpflege nicht. Das Mattenhofquartier und die Altstadt wären heute durch Neubauten ersetzt. Die Denkmalpflege beinhaltet auch den Schutz von Baumalleen und sogenannten Garten-Denkmalern. So heisst es in der denkmalpflegerischen Sprache. Das heisst also, es werden auch Parkanlagen geschützt. Überlegen Sie sich gut, ob Sie diesen Schutz wirklich schwächen wollen.

Szabolcs Mihalyi (SP): Ich stelle einfach verwundert fest, dass das erste Mal der Antrag gestellt wird, dass wir das Budget wegen wahrscheinlich 25 Millionen Franken Defizit verwerfen sollen. Und wenn wir es dann doch machen, dann sollen wir doch bitte einfach 20 000 Franken in Bümpliz sparen und sie haben gar keinen Antrag zu anderen Stadtteilen gestellt. Es ist schwer vermittelbar. Es ist schwer vermittelbar gerade im Hinblick auf die Fusion, wenn wir gerade jene Teile der Stadt, deren Geschichte vielleicht nicht auf der Aare-Halbinsel angefangen hat, so behandeln – und auch ihre Bevölkerung. Das ist ein Angebot für das Quartier. Es ist auch ein Angebot für Schulen ganz speziell aus dem Quartier. Es ist auch ein Stück Geschichte und ein Stück Identität.

Stadtpräsident Alec von Graffenried: Excusez, dass ich nicht während der ganzen Debatte anwesend war. Ich war noch in Ostermundigen. In der BZ wird stehen, ich hätte mich davongeschlichen. Ich habe aber angemeldet, dass ich weggehen werde. Sie haben die Fusionsdebatte geführt und mit 23 zu 12 Stimmen beschlossen, dass sie die Fusionsverhandlungen weiterführen wollen.

Merci für die Debatte. Merci auch für die Referate. Ich versuche, in diesen acht Minuten kurz auf den einen oder anderen Punkt einzugehen. Ich kann in dieser kurzen Zeit nicht alle Anträge behandeln. Ich versuche, den Schwerpunkt ein bisschen auf die Kultur zu legen. Ich sage es in jeder Budgetdebatte: Beraten Sie bitte in der Budgetdebatte das Budget und nicht Sachen, über die wir später in der Sachdebatte diskutieren. Wir werden die Kulturdebatte führen. Sie haben jetzt die Finanzbotschaft zur Kultur für die nächste Beitragsperiode gesehen. Sie konnten sich vernehmen lassen. Wir werden die Kulturdebatte, soweit ich weiss, im Januar führen. Wir werden in extenso beraten können, wie wir diese Kultur finanzieren wollen.

Versuchen Sie jetzt nicht über das Budget, das eine oder andere vorzubestimmen. Es ist eine kurze Debatte hier. Es ist ein wenig eine oberflächliche Debatte. Ich möchte das lieber in der Debatte, in der wir uns dann tatsächlich auch vertieft darauf vorbereiten und auch vertieft darauf eingehen, diese Fragen klären. Zweitens zum Finanzrahmen in der Kultur: Der Finanzrahmen in der Kultur hingegen ist sehr klar. Wir haben letzten September eine ausführliche Kulturförderungsdebatte geführt. Wir haben Ihnen Vorschläge gemacht, wie wir sparen würden. Der Stadtrat war nicht einverstanden. Es hat ja auch Demos gegeben. Es wurde von der Kulturseite ein grosses Lobbying betrieben. Dann haben Sie Planungserklärungen gemacht. Und jetzt haben wir haargenau entlang dieser Planungserklärungen den Finanzrahmen festgelegt. Also es ist der Finanzrahmen des Stadtrats, den wir zur Anwendung gebracht haben und nichts anderes. Entsprechend ist es jetzt eigentlich auch konsequent, wenn man sich im Rahmen dieses Finanzrahmens bewegt. Zu einzelnen Institutionen: Haus der Religionen: Zur Erinnerung, wir haben in der letzten Periode von 200'000 um 100'000 auf 300'000 Franken aufgestockt. Jetzt nehmen wir das im Rahmen des allgemeinen Sparens wieder ein wenig zurück. Wir wollten dem Haus der Religionen damals auch die Chance geben, die Kommunikation zu verstärken. Das konnten sie teilweise auch tun. Das Haus der Religionen ist nicht sehr üppig finanziert, vor allem leistet eben niemand einen Beitrag. Namentlich der Kanton leistet keinen Beitrag an das Haus der Religionen. Der Grund ist, dass das Haus der Religionen im Grunde genommen keine Kulturinstitution ist. Es ist ein bisschen Soziokultur und es gibt immer wieder Diskussionen. Man könnte sich auch vorstellen, dass das bei der Direktion BSS ebenso gut aufgehoben wäre und diese sagt, es sei eigentlich bei der Präsidialdirektion auch gut aufgehoben. Es steht ein bisschen zwischendrin. Und das ist vielleicht auch ein bisschen sein Schicksal. Aber wir haben aufgestockt und wir sind immer noch höher, als wir in der Anfangszeit des Hauses der Religionen waren. Dann zum Robert-Walser-Zentrum: Beim Robert-Walser-Zentrum war das Konzept der Finanzierung eigentlich, dass wir die Dotation dieser Stiftung hochfahren. Die Stiftung ist unterdessen sehr gut dotiert. Die 100'000 Franken, die wir zahlen, gehen direkt auf das Konto und bleiben auch auf dem Konto. Die werden im Moment vom Robert-Walser-Zentrum nicht gebraucht, weil es so viel Geld hat. Wir würden es jetzt über vier Jahre zur Hälfte finanzieren. Wenn man nachher sieht, es ist unterfinanziert, können wir jederzeit wieder unsere Unterstützung hochfahren. Wir finden das einen guten Weg. Bitte präjudizieren Sie das jetzt nicht. Wir werden auch das in der Kulturdebatte im nächsten Winter diskutieren. Es wurde auch kurz der Fonds für Stadtentwicklung angesprochen. Das ist tatsächlich eine Blackbox. Sie kennen ihn vielleicht nicht so gut, ich kenne ihn sehr gut. Er wird auch Stapi-Fonds genannt. Damit unterstützen wir Bücher wie die Festschrift des Leists der Unteren Stadt Bern, Bücher, wie das WG-Buch über die WG an der Neubrückstrasse 69 – solche Produkte, aber auch Tapisserien. Die Restauration der Cäsartapisserien im historischen Museum passt jetzt einfach in keine Sparte hinein. Deshalb nehmen wir solche Sachen über diesen Fonds. Es ist in dem Sinne ein sehr wertvoller Fonds. So viel zur Kultur. Jetzt zur Denkmalpflege. Wir versuchen die Dichotomie in der Denkmalpflege zwischen Ökologie und Denkmalpflege aufzulösen. Es gibt sie eigentlich gar nicht. Denkmalpflege und Naturschutz – beides ist im gleichen Verfassungsartikel über Natur- und Heimatschutz in der Bundesverfassung festgelegt und die Denkmalpflege schützt das Kulturerbe. Die Denkmalpflege schützt auch die alten Bauten. Wenn Sie das nachhaltige Bauen vor allem von der grauen Energie her anschauen, ist die Denkmalpflege extrem ökologisch unterwegs. Die Denkmalpflege leistet dort einen wichtigen Beitrag. Wir versuchen das in Zukunft auch besser zu erklären. Gerade auch im Rahmen des UNESCO-Managementplans probieren wir besser aufzuzeigen, dass eigentlich Denkmalpflege und Klimaschutz Hand in Hand gehen. Die ganze Altstadt, die Sie hier draussen sehen, ist ohne einen einzigen Liter Öl oder Gas gebaut worden. Zum Stadtplanungsamt: Es stimmt, beim Stadtplanungsamt bauen wir Stellen ab. Wir haben aber auch sehr viele Stellen aufgebaut. Wir hatten den Plan, acht Stellen aufzubauen

und haben diesen jetzt zurückgenommen. Die Entwicklung ist auch in diesem Rahmen. Natürlich könnten wir diese Stelle brauchen, aber wenn wir die ganze Stadtverwaltung ein bisschen schlanker aufstellen müssen, dann gehört das Stadtplanungsamt auch dazu. Die Einschränkung ist vertretbar. Zu Hochbau und den Labels: Sie können den Antrag zu den Labels annehmen. Wir verhalten uns bereits so. In der Kommission wurde der Antrag zurückgezogen, weil ich offenbar so überzeugend argumentiert habe. Jetzt ist er wieder aufgetaucht wie das Nessie, das auch jeden Sommer wieder auftaucht. Aber wir verhalten uns eigentlich genau so. Wir beanspruchen Labels nicht ohne Not. Zur Bundesfeier: Ich weiss nicht, ob Sie dieses Jahr an der Bundesfeier waren. Ich glaube, die Bundesfeier ist wirklich eine sehr inklusive, sehr coole Bundesfeier. Wir haben jetzt die richtige Formel gefunden. Ich fände es sehr, sehr schade, wenn Sie die Kosten für diese Bundesfeier kürzen würden. Es ist wirklich ein Fest für alle und das soll es auch in Zukunft sein. Zum Ortsarchiv Bümpliz: Ich danke allen aus der Bümplizer Fraktion, die sich hier dafür stark gemacht hat. Ich kann vielleicht noch präzisieren. Wir haben zum hundertjährigen Jubiläum das Ortsarchiv Bümpliz, das bis dahin in Freiwilligenarbeit betrieben wurde, in das Stadtarchiv übernommen. Es ist also bereits im Stadtarchiv. Es gibt jetzt noch den Ausstellungsraum im Bienzgut, den wir weiterführen. Er wird im Moment durch einen separaten Leistungsvertrag mit den Kornhausbibliotheken betrieben und ab 2024 wird der Betrieb dieses Ausstellungsraums im Bienzgut durch die Kornhausbibliotheken übernommen. Also, der Antrag läuft ein bisschen ins Leere. Das Ortsarchiv Bümpliz bleibt erhalten. Der Antrag, Druckkosten zu sparen, finde ich einen Superantrag. Ich habe zwar nichts dazu zu sagen. Wenn Sie sich über Kredite auslassen, über die eine Volksabstimmung stattgefunden hat, bitte ich um folgendes. Wir sind hier ein demokratischer Rechtsstaat. Wenn abgestimmt ist über etwas, wenn das Volk gesprochen hat, dann wird es nachher so umgesetzt, hören Sie auf zu sagen, die Volksabstimmung sei doch eigentlich auch nicht so super herausgekommen. Ich war auch kritisch dem Kirchenfeldschulhaus gegenüber. Ich habe verloren und jetzt wird das umgesetzt, was die Mehrheit beschlossen hat. Es hat ja lange genug gedauert, bis wir das umsetzen können. Genau das gleiche gilt natürlich für das Viererfeld. Es gibt demokratische Mehrheiten und diese Mehrheiten gelten. Die Fachstelle für Gleichstellung: Soll man die weiterführen? Es gibt ja schon das eidgenössische Büro für Gleichstellung. es gibt die kantonale Fachstelle für Gleichstellung. Man könnte jetzt auch die Frage aufwerfen: Es gibt schon eine schweizerische SVP, es gibt auch schon eine kantonale SVP – wozu braucht es noch eine städtische SVP? Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Beschluss PRD

1. Der Stadtrat lehnt Antrag 1 SVP ab. (5 Ja, 67 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 053
2. Der Stadtrat lehnt Antrag 2 SVP ab. (4 Ja, 67 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 054
3. Der Stadtrat stimmt Antrag 3 Mitte, FDP/JF zu. (42 Ja, 22 Nein, 8 Enthaltene) [Namen](#) 055
4. Der Stadtrat stimmt Antrag 4 Mitte, FDP/JF zu. (45 Ja, 21 Nein, 5 Enthaltene) [Namen](#) 056
5. Der Stadtrat stimmt Antrag 5 SP/JUSO zu. (41 Ja, 32 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 057
6. Der Stadtrat lehnt Antrag 6 GLP/JGLP ab. (16 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 058
7. Der Stadtrat lehnt Antrag 7 Mitte ab. (8 Ja, 61 Nein, 3 Enthaltene) [Namen](#) 059
8. Der Stadtrat lehnt Antrag 32 SVP ab. (15 Ja, 56 Nein, 2 Enthaltene) [Namen](#) 060
9. Der Stadtrat lehnt Eventualantrag 33 SVP ab. (15 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 061
10. Der Stadtrat lehnt Antrag 8 SVP ab. (5 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 062
11. Der Stadtrat lehnt Eventualantrag 9 SVP ab. (9 Ja, 63 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 063
12. Der Stadtrat lehnt Antrag 10 GB/JA! ab. (17 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltene) [Namen](#) 064
13. Der Stadtrat lehnt Antrag 11 GB/JA! ab. (17 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 065
14. Der Stadtrat stimmt Antrag 12 SP/JUSO zu. (48 Ja, 22 Nein, 3 Enthaltene) [Namen](#) 066
15. Der Stadtrat stimmt Antrag 13 SP/JUSO zu. (41 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltene) [Namen](#) 067
16. Der Stadtrat stimmt Antrag 14 SP/JUSO zu. (45 Ja, 28 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 068

17. Der Stadtrat stimmt Antrag 15 SP/JUSO zu. (46 Ja, 24 Nein, 3 Enthalten) [Namen](#) 069
18. Der Stadtrat lehnt Antrag 16 FDP/JF, Mitte ab. (14 Ja, 59 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 070
19. Der Stadtrat lehnt Antrag 17 FDP/JF ab. (11 Ja, 62 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 071
20. Der Stadtrat lehnt Antrag 18 SVP ab. (5 Ja, 68 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 072
21. Der Stadtrat lehnt Antrag 19 SVP ab. (5 Ja, 68 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 073
22. Der Stadtrat stimmt Antrag 20 FDP/JF zu. (38 Ja, 30 Nein, 5 Enthalten) [Namen](#) 074
23. Der Stadtrat lehnt Antrag 21 Mitte ab. (7 Ja, 47 Nein, 19 Enthalten) [Namen](#) 075
24. Der Stadtrat stimmt Antrag 22 SP/JUSO zu. (44 Ja, 28 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 076
25. Der Stadtrat lehnt Antrag 23 FDP/JF ab. (10 Ja, 49 Nein, 14 Enthalten) [Namen](#) 077
26. Der Stadtrat lehnt Antrag 24 SVP ab. (5 Ja, 67 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 078
27. Der Stadtrat lehnt Antrag 25 SVP ab. (5 Ja, 68 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 079
28. Der Stadtrat lehnt Antrag 26 SVP ab. (6 Ja, 67 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 080
29. Der Stadtrat lehnt Antrag 27 SVP ab. (5 Ja, 67 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 081
30. Der Stadtrat stimmt Antrag 28 GLP/JGLP zu. (54 Ja, 18 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 082
31. Der Antrag 29 SVP unterliegt dem Antrag 31 GB/JA! in der Gegenüberstellung. (24 Ja, 46 Nein, 3 Enthalten) [Namen](#) 083
32. Der Antrag 30 SVP unterliegt dem Antrag 31 GB/JA! in der Gegenüberstellung. (25 Ja, 44 Nein, 4 Enthalten) [Namen](#) 084
33. Der Stadtrat lehnt den Antrag 31 GB/JA! ab. (16 Ja, 54 Nein, 2 Enthalten) [Namen](#) 085

Direktion SUE

Anträge

1	SVP, Die Mitte	IAFP	Sofern die Stadt weiterhin die gleich hohe Anzahl Parkkarten verkaufen will, darf sie die Parkplätze nicht reduzieren, andernfalls muss sie die Anzahl Parkkarten ebenfalls reduzieren und auf die entsprechenden Einnahmen verzichten.
2	SVP	IAFP	Die Stadt toleriert die rechtsfreie Zone bei der Reithalle/Schützenmatte nicht mehr. Sie erteilt der Kantonspolizei die entsprechenden Aufträge zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung auf dem Areal.
3	SVP	IAFP	Der Schutz der Fussgänger vor vorschriftswidrig fahrenden Velofahrern muss verbessert werden. Falsch abgestellte Fahrräder auf den Trottoirs müssen entfernt werden. Der Kantonspolizei sind entsprechende Aufträge zu erteilen.
4	JUSO, JA!	IAFP	Die Polizeipräsenz in der Stadt Bern wird nicht erhöht, auch nicht im Rahmen der neuen Verträge mit der KaPo bzw. der Ortspolizei.
5	JUSO, JA!	IAFP	An den sogenannten "Brennpunkten" kommen primär sozialpädagogisch ausgebildete Personen zum Einsatz, die dialogisch arbeiten.
6	JUSO, JA!	IAFP	Der Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei soll nach jeder Neuverhandlung mit allen Informationen der FSU als Bericht vorgelegt werden.
7	SVP	PGB	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 350'000.00 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Damit soll eine Verbesserung des Fussgängerschutzes auf den Trottoirs und auf Gehwegen mit Fahrverbot erreicht werden. Der Betrag ist vollumfänglich bei der Verkehrsplanung zu kompensieren.
8	SVP	PGB	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 550'000.00 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Damit soll die Sicherheit im Raum Reithalle/Schützenmatte verbessert werden.
9	GB/JA!	PGB	Im Amt für Umweltschutz seien die personellen Ressourcen um 300

			Stellenprocente bez. das Budget um 450'000 CHF aufzustocken.
10	GFL/EVP	PGB	Im Amt für Umweltschutz seien die personellen Ressourcen um 100 Stellenprocente bez. das Budget um 150'000 CHF aufzustocken.
11	FDP/JF	PGB	Auf das Re-Audit Enegiestadt Gold ist zu verzichten und das Budget um CHF 30'000.00 zu kürzen.
12	FDP/JF	PGB	Die CHF 60'000 für eine klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung sind zu streichen.
13	FDP/JF, Die Mitte	PGB	Auf die Durchführung der Berner Nachhaltigkeitstage und auf das entsprechende Budget in Höhe von CHF 120'000 ist zu verzichten.
14	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Auf die Erhöhung der Gebühr für Anwohnerparkkarten ist zu verzichten. Der budgetierte Mehrerlös in Höhe von CHF 1'579'200 ist zu eliminieren.
15	FDP/JF, Die Mitte	PGB	Auf die Erhöhung der Gebühr für Anwohnerparkkarten ist zu verzichten. Der budgetierte Mehrerlös in Höhe von CHF 1'579'200 ist zu eliminieren.
16	JUSO, JA!	IAFP	Trotz Digitalstrategie können Geschäfte von Einwohner*innen weiterhin vor Ort erledigt werden.
17	FDP/JF	IAFP	Eventualantrag (Verzicht auf Einführung einer Feuerwehrepflicht): Die Einnahmen aus der Feuerwehersatzabgabe sind ausschliesslich für Feuerwehraufgaben einzusetzen. Anderweitige für Feuerwehraufgaben vorgesehene Ausgaben sind entsprechend dauerhaft einzusparen.
18	FDP/JF	IAFP	Eventualantrag (Verzicht auf Einführung einer Feuerwehrepflicht): Die Einnahmen aus der Feuerwehersatzabgabe sind mit einer Herabsenkung der Einkommenssteuern zu kompensieren (Senkung Steuerfuss).
19	FDP/JF, Die Mitte	PGB	Auf die Einführung der Feuerwehrepflicht und damit verbunden der Feuerwehrepflichtersatzabgabe ist zu verzichten. Die entsprechend budgetierten Mehreinnahmen in Höhe von jährlich CHF 6'200'000 ab 2023 sind zu eliminieren.
20	AL/PdA	PGB	Auf die Budgetierung der 6,2 Mio. sei zu verzichten.
21	SVP	IAFP	Auf die wiederkehrenden Sparmassnahmen der Stadt Bern in der Höhe von Fr. 300'000.00 sei zu verzichten. Das Budget ist um Fr. 300'000.00 zu erhöhen.
22	SVP	PGB	Auf die wiederkehrenden Sparmassnahmen der Stadt Bern in der Höhe von Fr. 300'000.00 sei zu verzichten. Der städtische Beitrag an den Tierpark ist entsprechend von Fr. 7'777'003.00 auf Fr. 8'077'003.00 zu erhöhen.

FSU-Sprecherin *Regula Bühlmann* (GB): Wir hatten eine phänomenal kurze FSU-Sitzung. Im Vergleich zu letztem Jahr war es wirklich eine recht kurze Budgetberatung. Darum kann ich mich heute kurzfassen. Wie bei anderen Direktionen wurde auch bei der Direktion SUE gesagt, dass man die Auswirkungen von FIT II spürt, was bei Einsparungen in dieser Grössenordnung auch normal ist. Einerseits gibt es weniger Stunden bei der Kantonspolizei. Auch die Erhöhung der Hundetaxe ist schon im Budget. Man hat die Erhöhung der Gebühren für die Anwohner*innen-Parkkarten und die Feuerwehersatzabgabe budgetiert. Es ist effektiv so, dass, wenn letzteres abstürzt, anscheinend kein Plan B besteht. Auch das Personal hat viel Arbeit geleistet, wird weiterhin viel Arbeit leisten müssen. Wir rechnen weiterhin mit hohen Fallzahlen beim Erwachsenen- und Kinderschutz und die Vorhersagen sind wegen der

Coronapandemie, aber auch wegen des Kriegs in der Ukraine im Moment schwierig. Das bedeutet, dass man allenfalls, wenn das so weitergeht, im Jahr 2024 auch dort höhere Abgeltungen budgetieren muss. Auch beim Amt für Umweltschutz ist das Personal angesichts der vielen Anforderungen und Herausforderungen knapp. Das wird auch nächstes Jahr der Fall sein. Das Klimareglement muss umgesetzt werden. Man muss Sanierungsberatungen machen, klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung, die jetzt immerhin im Budget 2023 wieder drin ist. Aber auch dort haben wir gehört, dass das Personal einfach auch knapp ist, um alles umzusetzen. Beim Polizeiinspektorat wurden höhere Erlöse budgetiert als sie dieses und letztes Jahr ausgefallen sind, weil man das Gefühl hat, dass nach zwei Pandemie Jahren wieder eine gewisse Normalität eingekehrt ist. Es wird sich aber zeigen müssen, ob Gastro- und Taxibetriebe und die Marktfahrer*innen und so weiter die Pandemie wirklich unbeschadet überstanden haben. Das heisst, man wird dort noch schauen müssen, ob man die höheren Erlöse wirklich auch reinholt. Ein Detail, das für die Finanzen nicht relevant ist, aber trotzdem eine Änderung im Budget 2023 darstellt: Das Gesundheitsinspektorat ist neu statt bei der Direktion BSS bei der Direktion SUE, das heisst, die Kosten werden im Budget 2023 zur Direktion SUE transferiert. Und noch etwas zum Bauinspektorat: Es sind im Moment keine grossen Bauprojekte geplant, bei denen infolge hoher Gebühren grössere Kosten entstehen würden. Aber man sieht es auch im Budget: Die Baukosten werden wegen der schwierigen Umstände steigen – Zinsentscheid der Nationalbank, Ukrainekrieg. Die Materialkosten steigen. Die Auswirkungen davon sind noch nicht klar.

Alles in allem hat gut die Hälfte der FSU den IAFP positiv zur Kenntnis genommen. Es gab ein paar Enthaltungen und ein paar Ablehnungen. Mehrheitlich empfiehlt die FSU auch das PGB der SUE zur Annahme.

Antragsbegründungen und Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich nehme Antragsbegründung und Fraktionserklärung zusammen. Ich versuche mich kurz zu halten. Ein paar Anträge sind Ihnen wahrscheinlich schon bekannt, insbesondere jene, die die Sicherheit, die Reithalle und den Fussgängerschutz betreffen. Zu Antrag 1, der von der Fraktion Mitte unterstützt wird: Da sehen Sie, sofern die Stadt weiterhin die gleich grosse Anzahl Parkkarten verkaufen will, darf sie die Parkplätze nicht reduzieren. Andernfalls muss sie die Anzahl der Parkkarten ebenfalls reduzieren und auf die entsprechenden Einnahmen verzichten. Es geht doch nicht, meine Damen und Herren, dass Sie an gewissen Orten im Kirchenfeld 36 oder 39 Prozent der Parkplätze abbauen und im gleichen Areal die gleich grosse Anzahl Parkkarten verkaufen wollen. Man würde sagen, das ist eine Verknappung des Angebots. Das ist Abzocke. Das ist nicht seriös, da muss man die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Antrag 2: Für mich ist einfach entscheidend, dass die Stadt Bern die rechtsfreie Zone bei der Reithalle Schützenmatte nicht mehr toleriert. Sie erteilt der Kantonspolizei die entsprechenden Aufträge zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Auf eine Begründung verzichte ich. Ich bin aber der Meinung, die gesetzliche Verpflichtung ist hier als Begründung ausreichend. Jetzt zu einem aktuellen Antrag, den ich immer wieder stelle: Als ich letztes Mal beim Marzili Richtung Eichholz gegangen bin, ist nach dem Schönausteg ein Velofahrer in hohem Tempo vorbeigefahren. Ich habe ihm gesagt, man dürfe hier nicht durchfahren. Die Antwort war: Ich weiss es. Er hat es trotzdem gemacht. Die Polizei kontrolliert dort zu wenig. Man muss hier eingreifen. Es darf auch nicht sein, dass, wenn Sie am Samstag auf dem Markt sind – und Sie wissen, ich bin oft dort – und von dort zum Bundesplatz, zur Haltestelle des Elfenaubusses hinübergehen, kommen Sie bei der Kantonalbank kaum vorbei, weil dort das Trottoir mit Velos und Lastenvelos vollgestellt ist; das gleiche bei der Ka-We-De. Die Lastenvelos versperren den Platz. Man kommt mit dem Kinderwagen oder Einkaufswagen oder ein bisschen Gepäck kaum daran vor-

bei. Man muss auf die Strasse ausweichen. Dort soll die Polizei eingreifen. Gerade Sie von der Velo-Lobby bitte ich, diesen Antrag auch zu unterstützen. Wenn man sich für Fussgänger und Velofahrer einsetzen will, ist das eine Selbstverständlichkeit. Ich gehe weiter zu den Anträgen 7 und 8: Man muss dort die entsprechenden Nettokosten erhöhen. Ich sehe hier von weiteren Begründungen ab, weil ja diese Anträge schon früher einmal gestellt wurden.

Zu Antrag 22 betreffend Tierpark: Wir sind der Meinung, auf die wiederkehrenden Sparmassnahmen in der Höhe von 300 000 Franken sei zu verzichten. Der städtische Betrag an den Tierpark sei entsprechend von gut 7 Millionen Franken auf 8,1 Millionen Franken zu erhöhen. Die Fraktion ist grossmehrheitlich dafür. Eine oder zwei Stimmen sind dagegen. Ich bin der Meinung, der Tierpark ist etwas, das der Bevölkerung nützt und wo die Beitragserhöhung daher gerechtfertigt ist.

Ich gehe ganz kurz auf gewisse Anträge ein, die uns wichtig scheinen. Die meisten Sparanträge unterstützen wir. Wir lehnen die Anträge ab, die wieder neue Mittel beim Amt für Umweltschutz einführen wollen.

Antrag JUSO, JA! bezweckt, dass trotz Digitalstrategie Einwohnerinnen und Einwohner Geschäfte weiterhin vor Ort erledigen können. Das ist konsequent. Wir stimmen dem selbstverständlich zu. Es gibt Leute, die die technischen Fähigkeiten nicht haben. Heute Vormittag habe ich versucht, einen QR-Code einzugeben, den ich nachher nicht gehabt habe und jetzt muss ich den Einzahlungsschein wieder rekonstruieren. Ich stehe dazu, ich bin kein Digital Native. Aber es gibt viele andere Leute, die das auch nicht sind und darum ist der Antrag wichtig. Wir unterstützen ihn mehrheitlich. Sie sehen, die SVP hat überhaupt kein Problem, einen Antrag, den wir gut finden, zu unterstützen. Wir werden auch den Antrag 20 AL/PdA unterstützen. Ich habe schon früher gesagt, auf die Budgetierung der 6,2 Millionen Franken sei zu verzichten. Die Begründung ist richtig, denn ob und wie die Feuerwehrdienstpflicht und damit die Feuerwehrdienstabgabe umgesetzt werden, ist noch offen. Das stimmt. Wir müssen ehrlich sein, dann wird halt das Budget noch einmal viel höher und dann merkt vielleicht auch der Bürger, was wir hier für ein Hochrisikospiegel machen. Wir geben immer mehr aus. Wir geben für das Personal wahrscheinlich über 10 Millionen Franken aus, wir unterstützen anderen Blödsinn. Das Kirchenfeldschulhaus wird jetzt für 20 Millionen Franken oder mehr gebaut, obwohl es günstiger auch ginge. Das ist problemlos durchgegangen. Dann soll der Bürger auch sagen, ob er dem Budget zustimmt oder nicht. Ich hoffe, dass man es dann langsam merkt. Darum stimmen wir dem Antrag zu.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Netto-Null 2045? Ja, gerne, noch lieber 2035. Klar, aber wie? Ein wichtiger Bereich, in dem die Stadt Bern sehr unbefriedigend vorwärtskommt, ist die energetische Gebäudesanierung. Eine weitere grosse Baustelle ist die Transformation weg von den fossilen Energien; auch hier vorwiegend im Gebäudebereich. Der dritte unmittelbare Punkt ist die Realisierung und die Förderung neuer Nahwärmeverbände. Und die grauen Emissionen verdienen hier natürlich auch ein Ausrufezeichen. Alle diese Massnahmen binden Ressourcen, personelle Ressourcen, die das Amt für Umweltschutz (AfU) heute schlicht nicht hat, aber dringend braucht. Zwecks Finanzierung des Antrages, also die Erhöhung des AfU um eine Stelle, haben wir entschieden, dem Antrag FDP/JF, Mitte zu folgen, der verlangt, dass wir auf Papierunterlagen verzichten. Diesen haben wir ja gerade vorhin angenommen. Das ist eine Einsparung von 250'000 Franken und damit sind die 150'000 Franken für die neue Stelle mehr als aufgewogen. Ich hoffe, Sie können unserem Antrag folgen und unterstützen ihn.

Jetzt möchte ich gerne im Rahmen des Fraktionsvotums noch zwei, drei Sätze zu den anderen Anträgen sagen. Wir sympathisieren an sich sehr mit dem Antrag GB/JA! im AfU drei Stellen zu schaffen, finden aber, dass die finanzielle Situation der Stadt Bern das schlicht nicht zulässt. Deshalb haben wir auch den Antrag für eine Stelle gestellt und eine ganz klare Priori-

sierung der Aufgaben mit möglichst grosser Wirkung vorgesehen. Die Kürzung von 30 000 Franken für das Goldstandardlabel, die auch die FDP eingebracht hat, werden wir auch annehmen. Wir brauchen keine Labels in der Stadt Bern. Wir wollen einfach eine energieeffiziente Stadt. Sie sehen, auch wir nehmen manchmal FDP-Anträge an. Dass aber die FDP 60 000 Franken bei der klimaneutralen Vermögensbewirtschaftung streichen und gleichzeitig die heute viel zu tiefen Parkplatzgebühren nicht erhöhen möchte, ist im Rahmen der Klimapolitik weder kreativ noch konstruktiv. Aber ja, ehrlich gesagt, bei Ihnen bin ich ja manchmal schon froh, wenn Sie mir nicht gerade ein AKW in den Garten bauen wollen, um das Klima zu retten. Alle deklaratorischen Anträge, die zum Beispiel keine Zahlen nennen, lehnen wir schlicht ab.

Lea Bill (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich mache auch beides zusammen, also die Antragsbegründung und das Fraktionsvotum.

Aber zuerst zu unserem Antrag: Meine Vorrednerin hat schon einiges gesagt. Es ist sehr nett, dass wir jetzt ein Klimareglement und auch alle möglichen Strategien haben, wie wir die Klimakrise bekämpfen wollen. Aber es geht jetzt wirklich um die Umsetzung. Es geht darum, dass man aus diesen Papieren auch wirklich Realität macht, und dass wir wirklich in dieser Energie- und Klimakrise auch Antworten geben und die müssen aus Taten bestehen. Es ist unbestritten, dass es dafür auch Personal braucht; und zwar mehr Personal, als heute vorhanden ist. Deshalb kommen wir nicht darum herum – auch wenn wir aus unserer Sicht ein sehr lasches Klimareglement verabschiedet haben –, dass wir dafür auch mehr Personal brauchen. Und wir sind da halt einfach anders als die Fraktion meiner Vorrednerin der Meinung, dass 100 Stellenprozente nicht reichen. Dementsprechend haben wir den Antrag gestellt, beim Amt für Umweltschutz 300 Stellenprozente mehr einzuplanen. Wir bitten Sie, das zu unterstützen. Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit der Bekämpfung der Klimakrise, müssen Sie auch zustimmen. Alles andere ist ein Witz. Sollte unser Antrag keine Mehrheit finden, werden wir den Antrag GFL/EVP, der nur die Erhöhung um 100 Stellenprozente fordert, natürlich unterstützen – ganz unter dem Motto: Besser das als gar nichts.

Noch etwas zu den anderen Anträgen: Zu den Anträgen SVP kann ich nicht vielmehr sagen als: Copy-Paste. Seit Jahren sagen wir etwa das gleiche zu diesen Anträgen.

Zu den Anträgen JUSO, JA! zu Polizei und Polizeipräsenz: Dort geht unsere Fraktion einig mit den Einreichenden, dass der Gemeinderat sehr viel mehr Einfluss auf den Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei haben sollte, sowohl in Bezug auf die Höhe, das heisst, wie viel wir der Kantonspolizei zahlen, als auch in Bezug auf den Inhalt des Vertrags in Bezug auf die Aufträge, die man der Kantonspolizei gibt. Hier fordern wir auch eigentlich seit Jahren Einblick in den Vertrag, weil – wir kennen es ja – der Gemeinderat und die Kantonspolizei in konkreten Fällen immer wieder die Verantwortung hin- und herschieben. Es wäre spannend einmal zu sehen, was in diesem Vertrag tatsächlich steht. Darum nehmen wir auch den Antrag 6 JUSO, JA! an. Wir nehmen ebenfalls Antrag 4 an, der nicht will, dass die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum erhöht wird. Wir befürworten das nicht. Wir sehen auch keinen Sinn dahinter und darum nehmen wir den Antrag an. Zu Antrag 5 haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Das ist der Antrag, in dem es heisst, dass man an Brennpunkten vor allem sozialpädagogisches Personal einsetzen soll. Wir finden, das geht in eine richtige Richtung. Es ist richtig, dass man Konflikten grundsätzlich, aber auch im öffentlichen Raum, in erster Linie mit sozialpädagogischem Personal oder Sozialarbeiter*innen begegnet und nicht mit repressiven Massnahmen. Es ist allerdings so, dass für einen Teil unserer Fraktion der Antrag zu offen formuliert ist, indem nicht ganz klar ist, was genau mit diesen sozialpädagogischen Personen gemeint ist. Reden wir hier von toj oder von Pinto oder was ist genau die Idee dahinter? Wir hätten auch mehr Infos gebraucht, um dem Antrag zuzustimmen. Wir finden auch, wenn wir ehrlich sind, dass diese Lösung nicht nur für sogenannte Brennpunkte gut wäre, einmal abgesehen davon,

dass nicht klar ist, was mit Brennpunkten gemeint ist und ob wir es gut finden, von Brennpunkten zu sprechen. Darum haben wir Stimmfreigabe beschlossen, weil wir sehr unterschiedliche Prioritäten gesetzt haben.

Noch die Anträge FDP/JF zum Amt für Umweltschutz: Wir sind wirklich sehr froh, sind FDP/JF jetzt auch noch Energie- und Klima-Expert*innen. Das freut uns natürlich umso mehr. Leider ist es so, dass sie ihr Wissen ein bisschen für Falschinformationen brauchen. Wir würden es begrüßen, wenn Sie einfach zugeben würden, dass Sie vor allem Geld sparen wollen und es Ihnen auch ein bisschen egal ist, ob man jetzt Geld investiert in die Bekämpfung der Klimakrise oder nicht.

Zu den Anträgen zu den Parkkartengebühren und Feuerwehersatzabgabe. Diese Anträge lehnen wir alle ab, nebst dem, dass wir inhaltlich mit den Anträgen FDP/JF zu den Parkkarten nicht einverstanden sind, sind diese Geschäfte alle bereits für die stadträtliche Debatte traktandiert, und wir sehen nicht ein, wieso wir diesen Debatten vorgreifen sollten, auch wenn es darum geht, dass man einfach Einnahmen budgetiert oder nicht.

Und zum Schluss noch etwas sehr Grundsätzliches. Die Stadt Bern steht finanziell sehr viel besser da, als vor allem der Gemeinderat lange befürchtet hat. Darum ist jetzt wirklich auch der Zeitpunkt gekommen, dass wir die Investitionen nicht aufschieben und auch nicht warten, um endlich die Klimakrise zu bekämpfen, und dafür auch genug Personal zur Verfügung stellen, damit es auch wirklich möglich ist, und es nicht noch mehr kranke Leute gibt, die für die Stadt Bern arbeiten oder krankheitshalber ausfallen. Nur so schaffen wir es, dass wir der nächsten Generation keine Hypothek betreffend Klimaschutz und sozialer Infrastruktur hinterlassen. Wir bitten Sie, doch das beim Abstimmen auch zu beachten.

Jemima Fischer (AL): Ich werde den Antrag 20 begründen: Auf die Budgetierung der 6,2 Millionen Franken sei zu verzichten. Wir sind nicht ganz einig, was die Vorbudgetierung dieser 6,2 Millionen Franken angeht, und zwar auch aus inhaltlicher Sicht. 2023 soll eine Feuerwehersatzabgabe eingeführt werden. Wir finden, die Steuern durch Gebühren und Abgaben zu ersetzen, ist nicht gleich sparen, weil die Abgaben nur von natürlichen Personen im Alter zwischen 19 und 52, nicht aber von juristischen Personen entrichtet werden sollen, und für die Einkommensstarken des Kantons hat der Kanton einen Maximalwert festgelegt. Das ist eine Entlastung für Firmeneigentümer*innen und für jene mit hohem Einkommen. Zudem profitieren auch juristische Personen von den von der Feuerwehr erbrachten Dienstleistungen und die sollen auch weiterhin im bisherigen Umfang mitfinanzieren. Wir kritisieren hier vor allem den Deckel der Feuerwehersatzabgabe, also die Obergrenze für Einkommensstarke, weil somit die Ersatzabgabe nur begrenzt einkommensabhängig ist, wie es einmal geheissen hat.

Wir finden es nicht zuletzt auch ein bisschen bevormundend, Geld im Budget anzurechnen, das aus einer Totalrevision des Feuerwehreglements resultiert, das erst noch im Rat diskutiert werden muss. Und wir finden daher, dass die 6,2 Millionen Franken noch nicht budgetiert werden sollten.

Mohamed Abdirahim (JUSO): Die Begründung der Anträge JUSO, JA! wird kurz und knapp. Die drei ersten Anträge beziehen sich auf die Kantonspolizei. Mit Antrag 4 wollen wir, dass die Polizeipräsenz nicht erhöht wird. Es ist Fakt, dass Präsenz nicht ergo mehr Sicherheit heisst. Es könnte zum Teil sogar zu einem Unsicherheitsgefühl führen. Darum sollte es keine Erhöhung geben. Mit Antrag 5 bezwecken wir einen kleinen Wechsel beim Vorgang einer Deeskalation. Darum sollte statt Polizei geschultes Personal mit sozialpädagogischem Wissen und Hintergrund auf die Strasse geschickt werden. Bei Antrag 6 geht es uns darum, einmal Transparenz zu schaffen, was für Leistungen der Sicherheitsdirektor einkauft und verhandelt. Damit das nicht in den Stadtrat kommen muss, und daraus eine endlose Debatte wird, sollte

das eigentlich in der FSU, als der zuständigen Kommission passieren. Zum Antrag, der von Alexander Feuz bereits angesprochen wurde: Wir wollen damit aber nicht bezwecken, dass die Digitalisierung nicht voran geht, sondern, dass einfach beide Angebote zur Verfügung stehen und der Service Public mit einer digitalen Alternative als Option ausgebaut wird.

Florence Schmid (JF) für die Fraktion FDP/JF: Die Direktion SUE ist eine Vollzugsdirektion und das nimmt sie aus Sicht der Fraktion FDP/JF auch ernst. Die Direktion SUE nimmt vor allem Aufgaben wahr, die gesetzlich vorgesehen sind und auch den Kernaufgaben einer Gemeinde entsprechen, insbesondere Sicherheitsaufgaben. Darum sind auch ihre Aufwände in den letzten Jahren vergleichsweise wenig gestiegen. Das sollte an dieser Stelle einmal honoriert werden. Trotzdem sieht die Fraktion FDP/JF auch da mögliches Sparpotenzial. Und jetzt komme ich zur Begründung von Antrag 11. Wir beantragen, künftig auf das Label Energiestadt zu verzichten. 30 000 Franken für ein Label mit nur symbolischem Charakter sind viel zu viel. Antrag 12: Wie auch schon in der Debatte über das Klimareglement halten wir fest, dass eine klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung zwar gut gemeint ist, aber aus unserer Sicht nichts bringt. Was ist mit klimaneutral gemeint beziehungsweise welche Voraussetzungen sind dafür gegeben? Die klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung ist schlicht ein mit 60 000 Franken sehr teuer dotiertes Feigenblatt. Darum beantragen wir, auf die klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung zu verzichten. Antrag 13: Wir beantragen, künftig auf die Nachhaltigkeitstage zu verzichten. Nachhaltigkeit wird in erster Linie durch Anreizsysteme gefördert, zum Beispiel durch eine steuerliche Bevorzugung nachhaltiger Sanierungen, aber nicht durch einen 120 000 Franken teuren Informationstag. Die Anträge 14, 15, 17 und 18: Wie schon in meinem Eingangsvotum gesagt, lehnt die Fraktion FDP/JF jegliche Erhöhung von Gebühren und Steuern ab. Ich wiederhole, die Stadt Bern hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Es müssen also Ausgaben eingespart und nicht zusätzliche Einnahmen zu Lasten der Stadtberner Bevölkerung veranschlagt werden. Die Debatte zur Feuerwehersatzabgabe möchte ich hier nicht vorwegnehmen. Darum nur so viel: Die Stadt Bern hat eine Berufsfeuerwehr, diese wird mit Steuergeldern entschädigt. Führt man eine Feuerwehersatzabgabe ein, muss konsequenterweise der gleiche Aufwand für die Berufsfeuerwehr entfallen. Ist das nicht der Fall, handelt es sich bei der Ersatzabgabe um nichts anderes als eine Steuererhöhung. Noch eine Replik an Lea Bill: Wir nehmen mit unseren Anträgen keine Debatte vorweg, sondern sehen es sehr kritisch, dass die Bevölkerung die zusätzlichen Gebühren und die Feuerwehersatzabgabe toleriert. Die Unsicherheit muss man in einem Budget abbilden. In dem Sinne danke ich auch Jemima Fischer für ihr Votum.

Jetzt noch zu den anderen Anträgen: Bis auf die Anträge 1 und 6 lehnen wir die weiteren zur Direktion SUE gemachten Anträge ab, vor allem den Antrag 10 GFL/EVP. Wenn man «öffentliche Energieberatung Kanton Bern» im Internet eingibt, findet man heraus, dass es auf Kantonsebene schon eine Fachstelle gibt, die in Sachen Gebäudesanierung berät. Es ist also nicht notwendig, in der Stadt Bern entsprechende zusätzliche Ressourcen in der Höhe von 150 000 Franken zu sprechen.

Fraktionserklärungen

Michael Sutter (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Bei der mittlerweile 10. Budgetdebatte, an der ich dabei sein darf, lautet das Motto «Same procedure as every year». Für die meisten Anträge von bürgerlicher Seite heisst das vor allem Copy-Paste der Anträge des letzten Jahres. Sinngemäss hat das auch der SVP-Fraktionschef gesagt. Das trifft besonders auf die Direktion SUE zu. Das vereinfacht es, das Fraktionsvotum zu halten. Und ich werde auch nicht alles wiederholen, was ich hier vor 364 Tagen schon einmal gesagt habe.

Eine Erhöhung der viel zu tiefen Parkkartentarife ist schon lange überfällig. Es geht darum, Fehlanreize zu beseitigen und einen Schritt in Richtung Kostenwahrheit zu machen. Wie die Tarife für wen genau erhöht werden sollen, diskutieren wir wahrscheinlich im Oktober. Die Fraktion SP/JUSO lehnt wie schon letztes Jahr alle Anträge ab, die die Erhöhung in Frage stellen. Über die Feuerwehersatzabgabe haben wir hier auch vor einem Jahr schon sehr ausführlich geredet und nächsten Montag haben wir in der FSU die erste Lesung des entsprechenden Reglements. An den Bedingungen, die aus Sicht der Fraktion SP/JUSO dabei gelten müssen, hat sich nichts geändert, namentlich eine einkommensabhängige Höhe der Abgabe und die Möglichkeit, dass man die neue Dienstpflicht auch tatsächlich bei der Feuerwehr leisten kann und nicht nur die finanzielle Abgeltung möglich ist. Dann ist es nämlich auch nicht einfach eine neue Steuer, wie hier behauptet wird. Was die Polizeipräsenz angeht, unterstützt die SP mehrheitlich eine Stellenaufstockung beim Polizeiinspektorat. Die Kündigung der Zusatzvereinbarung mit der Kantonspolizei bezüglich Fusspatrouillen soll damit teilweise kompensiert werden. Es gibt aber auch bei uns gewisse Zweifel, ob es die zusätzlichen Stellen zwingend braucht. Und das ist ja immer noch nicht so ganz klar, was die konkreten Aufgaben und Kompetenzen dieser Bobbys sein sollen. Betreffend Ressourcenvertrag gehen wir davon aus, dass dieser sowieso, falls er neu ausgehandelt würde, vor den Stadtrat und sogar vor das Volk kommt, wahrscheinlich schon allein aufgrund der Höhe des Betrags. Darum ist der Antrag der Jungparteien überflüssig. Einer Stellenaufstockung beim Amt für Umweltschutz steht die Fraktion SP/JUSO kritisch gegenüber; nicht, weil uns der Umweltschutz nicht sehr wichtig wäre. Konkrete Klimaschutzmassnahmen werden aber auch nicht in erster Linie am Schreibtisch umgesetzt. Die Wirkung von zusätzlichen Büroarbeitsplätzen ist jedenfalls hier nicht ganz klar. Wir haben letztes Jahr dem FIT II-Gesamtpaket mit Einsparungen in allen Direktionen zugestimmt. Dieses Paket jetzt schon wieder aufzuschnüren und einzelne Stellen wieder hineinzupacken, ist für uns nicht nachhaltig. Somit wäre dieses Wort auch noch untergebracht. Ebenso wenig unterstützen wir zusätzliche Einsparungen beim AfU, wie die FDP sie fordert. Auch die Reduktion des Beitrags an den Tierpark war Teil dieses FIT II-Pakets. Und diese nach einem Jahr rückgängig zu machen, scheint uns auch hier nicht angezeigt. Und solange so teure Hirngespinnste, wie der Bärenparkausbau, immer noch nicht ganz vom Tisch sind, scheint es offenbar auch nicht akut an Geld zu mangeln. Die Planungserklärung der Jungparteien, dass trotz der durchaus sinnvollen Digitalisierung Geschäfte auch weiterhin vor Ort erledigt werden können, stimmen wir zu. Eher absurd, auf jeden Fall sachfremd, in einer Finanzdiskussion zur Direktion SUE sind die Planungserklärungen zur Reitschule oder zum Veloverkehr. Auch diese lehnen wir selbstverständlich ab. Der Stadtrat kann eben nicht einfach zusätzliches Geld sprechen und der Kantonspolizei direkte Aufträge erteilen. Leider nicht, aber das ist ein anderes Thema.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion AL/PdA: Wir werden alle Anträge der Fraktionen SVP, FDP/JF und Mitte ablehnen. Die Anträge JUSO, JA! und GB/JA! werden wir alle annehmen. In der Gegenüberstellung von Antrag 9 und 10 sind wir natürlich bei GB/JA!, die mehr verlangt als nur 100 Stellenprozent. Wir werden aber auch den Antrag GFL/EVP annehmen, sollte dieser obsiegen. Zu einzelnen Anträgen möchte ich noch schnell etwas sagen, und zwar zu den Anträgen 2 bis 8. Das sind Anträge zum Beispiel zum Budgetposten der Kantonspolizei. Wenn eine Partei nach der Wiederherstellung von Recht und Ordnung schreit an einem Ort, wo unter anderem Leute sind, die durch jahrzehntelange rechte Politik an den Rand der Gesellschaft getrieben worden sind, dann ist ja klar, was Sache ist: Die konsequente Verfolgung von Angst ist das eigentlich einzige politische Instrument. Wir haben auf der Schützenmatte dialogisch arbeitende Leute und das scheint bis jetzt gut zu funktionieren. Darum sind wir auch mit JUSO, JA! ganz klar einig, dass nicht die Polizeipräsenz erhöht werden muss, sondern dass an gewissen Orten, wo es Bedarf gibt, sozialpädagogisch ausgebildete Menschen zum Ein-

satz kommen sollten. Zu Antrag 6 JUSO, JA!: Es ist enorm wichtig, dass eine Organisation, die das Gewaltmonopol hat, demokratisch kontrolliert werden kann. Wir haben keine Stadtpolizei, keine Ombudsstelle. Das absolute Minimum ist, dass wenigstens ein paar Nasen in der FSU wissen, was für Leistungen zu welchen Konditionen die Stadt sich einkauft. Es wäre ein kleiner Schritt in die richtige und sehr, sehr wichtige Richtung. Wenn jemand den Auftrag hat, für Ordnung zu sorgen, uns zu beschützen, dann müssen wir auch wissen, was sie darunter verstehen und wie viel sie dafür verlangen. Zu den Anträgen 9 und 10: Wir gehen mit den Antragstellenden einig, dass die Klimakrise bekämpfen auch bedeutet, personelle Ressourcen aufzubringen, damit die Klimaziele angegangen werden können. Wir haben unser Klimareglement und wenn man dieses ernstnimmt, braucht es auch Menschen, die helfen können, es umzusetzen. Wir werden beide Anträge annehmen, bevorzugen aber in der Gegenüberstellung sicher den Antrag GB/JA!. Anträge 11 und 12 FDP/JF. Ich habe mich beim Lesen, ehrlich gesagt, ein bisschen amüsiert über den Widerspruch, der sich in diesen zwei Anträgen zeigt, die notabene direkt aufeinander folgen. Wenn sie mit Antrag 11 auf das Re-Audit Energiestadt Gold verzichten wollen mit der Begründung, dass Labels grundsätzlich einen symbolischen Wert haben, finden sie nachher bei Antrag 12, dass der Begriff Klimaneutralität nicht klar definiert, nicht gesetzlich geschützt sei und somit eine klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung nicht zu gewährleisten sei. Im Prinzip kann man das so verstehen, dass sich die Antragstellenden gegen Labels wehren, wenn sie kosten, sich aber für Labels einsetzen, wenn der freie Kapitalfluss behindert wird; nach dem Motto: Sparen und freier Markt. Das lehnen wir natürlich ganz klar ab. Antrag 13 FDP/JF, Mitte verlangt, auf die Nachhaltigkeitstage zu verzichten, weil die steuerliche Bevorzugung nachhaltiger Sanierungen schon Anreiz genug ist, damit Private sich nachhaltig verhalten. Auch zur Bewältigung der Klimakrise reicht es nicht, davon auszugehen, dass der Preis genug Informationen liefern, genug Anreize setzen kann, damit man sich nachher entsprechend verhalten kann. Friedman und Co. werden uns nicht aus dieser Krise helfen. Aufklärung, das Aufzeigen von Möglichkeiten, von Problemen und Lösungen muss immer in der Gemeinschaft passieren. Und vergessen Sie nicht, nicht alle haben ein Haus oder sonst etwas, das sie steuergünstig sanieren können. Antrag 19 FDP/JF, Mitte lehnen wir auch ab. Es geht nicht darum, dass wir grundsätzlich gegen eine Ersatzabgabe sind. Vielmehr lautet die Frage, ob und wie das umgesetzt wird, wie das in der Antragsbegründung schon erklärt wurde.

Tanja Miljanović (GFL): Ich möchte mit einem **Ordnungsantrag** beantragen, dass wir heute noch über die Anträge der Direktion SUE abstimmen.

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Miljanovic zu. (47 Ja, 15 Nein, 2 Enthalten) [Namen](#) 086

Direktor SUE *Reto Nause*: Herzlichen Dank für die speditive Beratung. Es ist gesagt worden, die Direktion SUE ist eine reine Vollzugsdirektion. Wir haben im Rahmen von FIT II massiv gelitten. Wir haben deshalb auch echte Abstriche machen müssen. Wir haben die Abstriche aber auch alle mitgetragen, aber all das, was jetzt noch darüber hinausgeht, lehnen wir ab und auch die Aufstockungen, die zum Teil beantragt werden, lehnen wir ab. Ich will auf einzelne Anträge eingehen. Punkt 1 ist Antrag 4 JUSO/JA!, der verlangt, dass die Polizeipräsenz in der Stadt nicht erhöht wird. Das ist, glaube ich, ein Riesenmissverständnis, weil die Polizeipräsenz in der Stadt Bern heruntergefahren wird. Im Rahmen von FIT II haben wir einen Zusatzvertrag mit der Kantonspolizei über einen zusätzlichen Einkauf von 20 000 Fusspatrouillenstunden gekündigt. Dieser ist ungefähr 1,9 Millionen Franken wert. Wir führen einen Teil davon weiter, nämlich 700 000 Franken bei der Kantonspolizei für Jugendpatrouille und rund 700 000 Franken beim Polizeiinspektorat. Das ergibt also eine Einsparung

von einer halben Million Franken im Bereich der Sicherheit im öffentlichen Raum. Das ist eigentlich ein relativ kritischer Entscheid in der aktuellen Zeit. Was machen wir mit diesen Polizeiinspektoratsstellen, die jetzt geschaffen werden? Dort werden wir namentlich mit Kontrollen, die Schwarzarbeit, Menschenhandel, Rotlichtmilieu etc. im Visier haben, aktiv werden. Wir werden bei all jenen Konflikten im öffentlichen Raum – Lärmschutzklagen, Gastgewerbe etc. – aktiv werden; auch im Bereich Lärm, Littering etc. einen Einsatz leisten können. Wir wollen eigentlich ein Maximum an Präsenz im öffentlichen Raum aufrechterhalten, trotz dieser Kürzung in der Höhe einer halben Million Franken. Wenn Sie Antrag 4 annehmen, missachten Sie den Volkswillen relativ krass. 2010 hat die Berner Stimmbevölkerung der damaligen Aufstockung der Kantonspolizei zugestimmt. Und wir haben jetzt ein Modell entwickelt, mit dem wir die Kürzung im Bereich Sicherheit so gut wie möglich abfedern können. Die Anträge 9 und 10 zum Amt für Umwelt: Die Stellenaufstockungen sind mir ja grundsätzlich ausserordentlich sympathisch. Ich muss Ihnen einfach sagen, der Gemeinderat lehnt auch diese Aufstockungen ab. Wenn wir einmal mit Ostermundigen fusionieren, werden die Aufstockungen wohl zwingend werden; und zwar, weil Ostermundigen im Bereich Energie, Richtplanung etc. auf einem anderen Standard ist als die Stadt Bern. Antrag 11 zur Streichung des Re-Audits für das Label Energiestadt Gold. Es ist schlicht und ergreifend dumm, wenn Sie diesem zustimmen. Denn in der Vergangenheit haben wir aufgrund dieses Re-Audits und aufgrund der Position der Stadt Bern – wir sind jetzt schweizweit die Nummer 1 – bei PostFinance von einem Zinsvorteil profitieren können. Die 60 000 Franken, die Sie dort einsparen wollen, haben wir in der Vergangenheit schon fünf- oder sechsmal neu eingenommen. Die klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung wollen wir ebenfalls weiterziehen können. Und die Nachhaltigkeitstage betreffend: Diese sind auch schon eine Zusammenlegung verschiedener Veranstaltungen. Auch dort bin ich der Meinung, dass es sie braucht. Die Anträge 21 und 22 SVP für die Aufstockung beim Tierpark: Das sind, glaube ich, die sympathischsten Anträge, die die SVP jemals gestellt hat. Ich habe grosse Sympathien dafür, aber auch diese lehne ich natürlich aus Kollegialitätsgründen ab. Merci vielmals, wenn Sie der Linie des Gemeinderats folgen.

Beschluss SUE

1. Der Stadtrat lehnt Antrag 1 SVP, Mitte ab. (13 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltten) [Namen](#) 087
2. Der Stadtrat lehnt Antrag 2 SVP ab. (7 Ja, 61 Nein, 1 Enthaltten) [Namen](#) 088
3. Der Stadtrat lehnt Antrag 3 SVP ab. (8 Ja, 60 Nein, 1 Enthaltten) [Namen](#) 089
4. Der Stadtrat lehnt Antrag 4 JUSO/JA! ab. (23 Ja, 39 Nein, 5 Enthaltten) [Namen](#) 090
5. Der Stadtrat lehnt Antrag 5 JUSO/JA! ab. (26 Ja, 33 Nein, 8 Enthaltten) [Namen](#) 091
6. Der Stadtrat lehnt Antrag 6 JUSO/JA! ab. (19 Ja, 40 Nein, 10 Enthaltten) [Namen](#) 092
7. Der Stadtrat lehnt Antrag 7 SVP ab. (6 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltten) [Namen](#) 093
8. Der Stadtrat lehnt Antrag 8 SVP ab. (5 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltten) [Namen](#) 094
9. Der Antrag 9 GB/JA! unterliegt dem Antrag 10 GFL/EVP in der Gegenüberstellung (28 Ja, 39 Nein, 2 Enthaltten) [Namen](#) 095
10. Der Stadtrat lehnt Antrag 10 GFL/EVP ab. (24 Ja, 44 Nein, 2 Enthaltten) [Namen](#) 096
11. Der Stadtrat lehnt Antrag 11 FDP/JF ab. (21 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltten) [Namen](#) 097
12. Der Stadtrat lehnt Antrag 12 FDP/JF ab. (12 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltten) [Namen](#) 098
13. Der Stadtrat lehnt Antrag 13 FDP/JF, Mitte ab. (21 Ja, .49 Nein, 0 Enthaltten) [Namen](#) 099
14. Der Stadtrat lehnt Antrag 14 FDP/JF, Mitte ab. (14 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltten) [Namen](#) 100
15. Der Stadtrat lehnt Antrag 15 FDP/JF, Mitte ab. (12 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltten) [Namen](#) 101
16. Der Stadtrat stimmt Antrag 16 JUSO, JA! zu. (44 Ja, 25 Nein, 0 Enthaltten) [Namen](#) 102
17. Der Stadtrat lehnt Antrag 19 FDP/JF, Mitte und Antrag 20 AL/PdA ab (identischer Inhalt). (29 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltten) [Namen](#) 103
18. Der Stadtrat lehnt Eventualantrag 17 FDP/JF ab. (23 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltten) [Namen](#) 104

19. Der Stadtrat lehnt Eventualantrag 18 FDP/JF ab. (14 Ja, 56 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 105
20. Der Stadtrat lehnt Antrag 21 SVP ab. (5 Ja, 60 Nein, 4 Enthalten) [Namen](#) 106
21. Der Stadtrat lehnt Antrag 22 SVP ab. (4 Ja, 61 Nein, 4 Enthalten) [Namen](#) 107

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Wir haben heute wahnsinnig schnell und gut gearbeitet. Ich möchte Ihnen darum konsultativ folgenden Vorschlag zu machen: Wir würden nächstes Mal eine neue Traktandenliste verschicken, die eine normale Pause vorsieht, aber mit der Option, dass wir das Budget abschliessen. Wenn wir es bis 23 Uhr nicht schaffen, würde ich abbrechen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt konsultativ zu. (53 Ja, 12 Nein, 5 Enthalten) [Namen](#) 108

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Fortsetzung der Beratung von Traktandum 1 und 2 auf die Sitzung vom 15.9.2022.

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Kleine Anfrage Fraktion GB/JA (Franziska Geiser/Lea Bill, GB): Sanierung Anlaufstelle
2. Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur (Ursina Anderegg, GB): Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten
3. Postulat Fraktion FDP/JF (Simone Richner, FDP): Bevölkerungsnaher Service public; Effiziente Prozesse bei der Rechnungsstellung und im Zahlungsverkehr
4. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Handelt das Sportamt im Sinne des Gemeinderats und im Sinne vom Motto «Bern bewegt»?
5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger, SVP): EWB: warum wird im Normalfall dem Bezüger/Konsumenten aus der Stadt Bern nicht der günstigste, sondern nur der zweitgünstigste Tarif in Rechnung gestellt? Sind der Gemeinderat und das EWB bereit, diese Tarifpolitik gerade angesichts der steigenden Energiepreise zu ändern?
6. Kleine Anfrage SVP (Thomas Fuchs/Janosch Weyermann, SVP): Unterstützt die Stadt Bern diskriminierende Veranstaltungen?
7. Kleine Anfrage Michael Ruefer (GLP), Sibyl Eigenmann (Mitte), Tom Berger (FDP), Alexander Feuz (SVP): Was kostet das neue Stadtberner Personalreglement und wie will der Gemeinderat dieses finanzieren?
8. Kleine Anfrage Alexander Feuz, Kurt Rügsegger (SVP): Wann installiert der Gemeinderat endlich wieder auch von Ferne gut ablesbare Uhren in den Freibädern?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.45 Uhr

Namens des Stadtrats

Der Präsident

11.11.2022

X 

Signiert von: Manuel Widmer (Qualified Signature)

für das Protokoll

15.11.2022

X 

Signiert von: Anita Flessenkämper (Qualified Signature)